

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Mann der Bourgeoisie.

Paris, 26. Oktober. (Fig. Ver.)

Der „Fall Briand“ ist kein persönliches Problem mehr, sondern ein Problem der Klassenpsychologie. Wie ist es möglich, daß die französische Bourgeoisie, einst die Preisfechterin der europäischen Demokratie, zu diesem vulgären Handlanger herabgesunken ist? Wo ist die dritte Republik angelangt? Der kleine tiidische Thiers hatte seine Persiflage an der Historie aufgefüttert, ein Gambetta hatte seinen persönlichen Schwung, Ferry einen scharfen Sinn für reale Interessen, Clemenceau immerhin noch die Vergangenheit eines eleganten Talents, sie alle waren Europäer — aber Briand? Wenn der Mann nicht aus Zeitungen und Klubreden einige Schlagworte der Zeitgeschichte aufgeschnappt hätte, könnte er nicht ebensogut der Besir irgendines barbarischen Despoten sein? Briand, der Generalstreikler, hat in Wirklichkeit in der geistigen Welt des Proletariats nie Bürgerrecht gehabt, und Briand, der große Streikbrecher, ist ein verlorenener Fremdling auf den Begegnungspunkten, Rousseau, Tocqueville gegangen sind. Und dennoch senkt der Heerführer des Profits vor ihm die Fahnen, und die geschichtlichen Meinungsstreifeure der „gebildeten“ Presse huldigen seiner rohen Gewöhnlichkeit. Briand, der Sieger — welche Niederlage bedeutet er für die Klasse, die sich von ihm bedienen läßt!

Welche Schmach für sie, daß sie die Ohnmacht seiner gestrigen Rede in Mut und staatsmännischen Geist umlügen läßt. Kaum hatte die gegen ihn gerichtete sozialistische Batterie in der Rede des Genossen Colly den ersten Schuß abgefeuert, sprang Briand vor, mit der Annahme, in einem einzigen Griff alle Geschütze des Feindes umzuwerfen. In leidenschaftlichen Worten hatte Colly den „agent provocateur“ des Generalstreiks charakterisiert und den ungeheuren Mißbrauch der Armee während des Eisenbahnerstreiks nachgewiesen. Was hatte Briand zu erwidern? Unschickliche Behauptungen über die Bemühungen der Regierung, bei den Gesellschaften zugunsten der Arbeiter zu intervenieren; triviale Phrasen über die notwendige „Rettung des Landes“, über „wahre“ Freiheit und über die „Tyrannie“ der „Falschen“. Und auf die Beweise, daß den Eisenbahnern das Streikrecht gesetzlich zusteht, erwiderte er, indem er ein „Dokument“ der angeblichen Sabotage-Organisation hervorzuholte, für die ja die Eisenbahner auch dann unmöglich verantwortlich gemacht werden könnten, wenn es zeitlich mit ihrer Streikbewegung zusammenhinge. In Wahrheit aber ist die anonyme, in ihrem Ursprung völlig dunkle „Anweisung“ zur Zerstörung von Telegrafenleitungen zwei Jahre alt und stammt aus der Zeit des Poststreiks. Wenn dieses „Dokument“ irgend etwas beweist, so nur die Tatsache, daß Briand nicht die geringste Rechtfertigung hat, weder für die Verneinung des Streikrechts, noch für die Verhaftung des Streikkomitees, dessen Mitglieder, wie die „Humanität“ heute mitteilt, noch immer nicht wissen, wessen sie angeklagt werden können.

Die Verheit von Briands Rede wird sogar von einigen bürgerlichen und entschieden arbeiterfeindlichen Blättern zugestanden. So schreibt Ernest Judet im national-liberalen „clair“: „Wenn diese Rede mehr ist als eine bloße Rede, und wenn Briand alles gesagt hat, was die von ihm zu verantwortende revolutionäre Situation ihm inspiriert, wird das Land seine Intervention sehr kurz und seine Erklärungen mittelmäßig bis zur Bedeutungslosigkeit finden.“ Immerhin hat Briand, wenn auch gar nichts, um das Geschehene zu rechtfertigen, so doch einiges Wichtige über seine Pläne für die Zukunft gesagt: Die Regierung wird sich mit den „delikatsten und komplizierten“ Problemen der Beschränkung des Koalitionsrechtes beschäftigen. Sie wird „Lösungen“ suchen, die „zugleich das Land vor ähnlichen Unternehmungen sicherstellen und keine wesentliche Freiheit der Republik antasten“.

Briand war genötigt, bei dieser Schlussfolgerung zu betonen, daß er die Verantwortlichkeit seiner Kollegen in bezug auf diese künftigen Maßnahmen nicht engagieren könne. Diese Bemerkung drückt die bevorstehende Demission Vivianis aus, den nun doch endlich der Stel über die seinem „Ministerium der Arbeit und sozialen Fürsorge“ zugewiesenen Aufgaben überkommen zu haben scheint. Zwar hat heute Briand die Demissionsmeldungen dementiert, aber in Wendungen, die eigentlich nur besagen, daß Viviani für die Regierungspolitik während des Streikes noch solidarisch verantwortlich ist. Dieses Bedürfnis nach geteilter Schande gehört zu den gemeinsten psychologischen Erfahrungen. Sicherlich kann auch die verübete Demission Vivianis nicht als Sozialisten rehabilitieren, aber doch einigermaßen als politischen Kopf und, in Anrechnung seiner Willensschwäche, selbst als Menschen. Viviani zieht es anscheinend doch vor, in der Geschichte nicht als Faktotum der nunmehr fest konstituierten Firma Briand und Begine zu erscheinen, deren Teilhaber gestern von den sozialistischen Deputierten die verdiente Begünstigung erhalten haben. Weder den Präzedenz in seiner Nummer, aber darum nicht minder herausfordernden Zuschauerrolle und hernach

über Briand während seiner ganzen Rede ging die Empörung der Vertreter des Proletariats in Sturmwellen nieder. Die kapitalistische Presse entrüstet sich über diese angebliche „Sabotage“ des Parlaments und greift sogar den alten Briand an, der als Präsident nicht genug Polizeieifer gezeigt hat. Diese Dummheit wird das Volk darüber nicht täuschen, daß die wahren „Saboteure“ der parlamentarischen Republik diejenigen sind, die sie einem Briand in die Hände liefern.

Ein weiterer Unfall.

Die alte Auffassung der „Kreuzzeitung“ über die notwendige Bestrafung unschuldig verhafteter politischer „Verbrecher“: „Der Kerl muß zwar freigesprochen werden, aber er mußte wenigstens ein paar Monate in Untersuchungshaft drummen“, findet ihren Niederschlag auch im § 128 der neuen Strafprozessordnung. Danach kann ein Verdächtiger bis vier Wochen in Untersuchungshaft gehalten werden, ehe die Sache beim Gericht anhängig gemacht und die Voruntersuchung eingeleitet wird. Und dann kann auch noch eine Verlängerung dieser Fristzeit eingeholt werden, so daß es in der Tat dem Ermessen des abhängigen Staatsanwalts anheimgestellt ist, den Verdächtigen, auch wenn sich nachher die Schuldlosigkeit derselben herausstellt, unbestimmte Zeit in Haft behalten zu lassen. — Unsere Genossen beantragten in der Freitagssitzung der Justizkommission, mit dieser Willkür aufzuräumen und zu bestimmen, daß, wenn nicht innerhalb zwei Wochen nach der Verhaftung des Verdächtigen die Sache beim Gericht anhängig gemacht wird, der Haftbefehl aufzuheben ist. — Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, einiger Freisinnigen und einzelner Zentrumsdahgeordneten abgelehnt.

Einen weiteren Nachteil für den verhafteten Beschuldigten legte die Kommission fest, indem es einen besseren Beschluß der ersten Lesung wieder aufhob. So bestimmte der neue § 127a, daß der in Untersuchungshaft befindliche Beschuldigte nur vom Richter vernommen werden darf. Unter Ablehnung verschiedener Zwischenanträge stich die Kommission mit 15 gegen 11 Stimmen diese etwas größere Garantie einer ordentlichen Vernehmung des Verhafteten.

Arbeitersekretäre als gerichtliche Verteidiger zugelassen, forderten unsere Genossen beim Abschluß der „Verteidigung“. Damit sollte dem Gericht die Möglichkeit genommen werden, die Vertrauensleute der Arbeiter, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsbeamte usw., oder Frauen als „ungeeignet“ für die Verteidigung zurückzuweisen zu können. — Ein Regierungsvertreter erklärte, daß in Anbetracht der erweiterten Rechte des Verteidigers das Gericht um so vorsichtiger bei der Zulassung nichtjuristisch gebildeter Personen als Verteidiger sein müsse. An sich sei gegen die Zulassung „geeigneter“ Gewerkschaftssekretäre als Verteidiger nichts einzuwenden. — Der Antrag unserer Genossen wurde gegen die Stimmen derselben abgelehnt.

Eine weitere Einschränkung der Verteidigung beschloß dann die Kommission beim § 133. In erster Lesung wurde insofern eine Verbesserung gegenüber dem Entwurf in den § 130 eingefügt, als auch in Sachen, die in erster Instanz vor dem Landgericht zu verhandeln sind, oder wenn der Beschuldigte wegen Vergehens in Untersuchungshaft genommen ist, dem Beschuldigten auf Antrag ein Verteidiger gestellt werden muß. Ferner sollte der Beschuldigte auf dieses Recht hingewiesen werden. Während unsere Genossen beantragten, für alle Fälle dem Beschuldigten einen Verteidiger zu stellen, lehnte die Kommissionsmehrheit nicht nur diese Forderung ab, sondern mit 15 Stimmen wurde, auf Antrag der für die Kommission neu gebildeten national-liberal-konservativen Blockgemeinschaft, die Verbesserung aus der ersten Lesung gestrichen und die nach jeder Seite hin unzulängliche Regierungsvorlage wieder hergestellt. Da die Abstimmung sich zuerst zum Nachteil des konservativ-national-liberalen Antrages zu gestalten schien, erhoben sich im Zentrum noch die fehlenden drei Hände. Und wieder war mit dieser Verschlechterung ein neuer Unfall komplett, dank dem Zentrum!

Berichtigung.

In dem gestrigen Bericht aus der Justizkommission sind einige sinnenstehende Druckfehler enthalten.

So muß es in dem in der vierten Zeile beginnenden Satz heißen: „In der ersten Lesung wurde im § 106a festgelegt, daß in den Geschäftsräumen einer gesetzgebenden Körperschaft Hausuntersuchungen und Beschlagnahmen nur mit Genehmigung des Vorsitzenden dieser Körperschaft vorgenommen werden dürfen.“

Und in der dritten Spalte muß es in der siebenten Zeile anstatt „Sorkrafen“ „Tatfachen“ heißen.

Der Maßregelungsminister.

Es sind erst zwei Monate her, daß der Genosse Koll auf dem Offenburger Parteitag prophezeien zu können glaubte, in zehn Jahren werde die Zeit kommen, wo jeder Beamte sich in Baden zur Sozialdemokratie werde bekennen können. Die Maßregelung des national-liberalen Beamten Krenzberger spricht jedenfalls nicht dafür, daß diese Entwicklung von Regierungswegen gefördert wird. Es ist ja nun bezeichnend, daß die Anhänger der Großblockpolitik, die unter den ganz unparlamentarischen Verhältnissen des angeblichen Mutterlandes auf die Unterstützung der bürokratischen Regierung angewiesen sind — an einen ernsthaften Kampf um Durchsetzung des parlamentarischen Regierungs-

systems denken ja die badischen Nationalliberalen gar nicht — sich auch jetzt nicht alle Illusionen auf einmal rauben lassen möchten. Und so verfallen sie auf die Idee, Herrn v. Bodman als Opfer Berliner Einflüsse und der Hefe der „Kreuzzeitung“ hinzustellen. Nun wollen wir durchaus nicht solche Einflüsse bestreiten, die zugleich den Beweis liefern, wie die etwas besseren politischen Zustände Süddeutschlands durch die preussische Reaktion bedroht sind. Aber um die Politik eines Bodman zu begreifen, bedarf es wirklich nicht erst der Heranziehung dieser Einflüsse. Ni doch Bodman zwar seinen Worten untrennbar worden, aber mit seinen früheren Taten stimmt die Maßregelung seines Vereinsbruders desto besser überein. War es doch die Regierung, der Herr v. Bodman angehört, die den Eisenbahnarbeiter Genossen Schäufele vor die Wahl gestellt hatte, entweder sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen oder seine Arbeitsstelle zu verlassen. Derselbe Bodman hat ja auch erklärt, daß Sozialdemokraten nicht als Beamte geduldet und nicht Bezirke werden dürfen. Damals hatte sich ja unsere badische Fraktion zu dem Beschluß veranlaßt gesehen, das Budget abzulehnen, denn die politische Ehre verbietet, für das Budget zu stimmen, da Sozialdemokraten in Baden nicht politisch gleichberechtigt seien. Auch das Eintreten Bodmans für die bürgerliche Sammelpolitik zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die er jetzt wieder in der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ mit solchem Eifer predigt, ist bei Herrn v. Bodman nichts neues. Neu ist also höchstens, daß die politische Enttötung jetzt von den Sozialdemokraten auch schon auf die national-liberalen Regierungsführer ausgedehnt wird und Herr v. Bodman damit den Rekord erreicht hat, der bisher nur in ostelbischen Gesidben aufgestellt worden war.

Damit aber der Sinn der Maßregelung auch ja recht deutlich werde, gibt die badische Regierung in der „Karlsruher Zeitung“ noch folgende Erklärung ab:

„Die großherzogliche Regierung war und ist der Ansicht, daß bei den nächsten Reichstagswahlen zur Verhütung eines weiteren Anwachsens der sozialdemokratischen Vertretung ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien dringend erwünscht ist. Sie hat diese Anschauung wiederholt in der „Karlsruher Zeitung“ hervortreten lassen. Oberamtmann Krenzberger hat in einer politischen Versammlung, deren Verlauf durch die Tagespresse der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, Stellung gegen die Anschauung genommen, indem er ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen für absehbare Zeit für ausgeschlossen bezeichnet und nach Hinweis auf die Tätigkeit einiger (evangelischer) Geistlicher im Landbezirk Karlsruhe mit der Aufforderung schloß, keinesfalls „mit Geistlichen und Junkern“ zusammenzugehen. Im Landbezirk Karlsruhe sind die Konservativen, denen auch die Mehrzahl der protestantischen Geistlichen zugerechnet ist, zahlreich und bilden ein haltverhaltendes Element von besonderer Bedeutung. Unter diesen Umständen hat die Regierung ein Verbleiben des Oberamtmanns Krenzberger in diesem Bezirk nicht für tütlich erachtet und hat seine Veretzung in einen anderen Bezirk herbeiführt.“

Dienstliche Nachteile sind damit für Oberamtmann Krenzberger nicht verbunden. Im Gegenteil ist er von der Stellung eines „den Amtsvorständen gleichgestellten zweiten Beamten“ (C 2 des Gehaltszarfs) in die selbständige Stellung eines Amtsvorstandes und in den Genuß einer Dienstwohnung gelangt. Die Stelle in Stanten ist wegen der Annehmlichkeiten des Aufenthalts eine der begehrtesten des Landes. Eine Strafveretzung liegt somit weder im beamtenrechtlichen Sinne noch in tatsächlicher Beziehung vor. Die Entschickung der Regierung beruht auch weder auf einem Wechsel ihrer Anschauungen, noch auf Berliner Einflüssen.“

Mit Recht gibt unser Karlsruher Parteiblatt, daß die in sich widerspruchsvolle Ablehnung der letzten Worte nicht ernst nimmt, dieser Erklärung die Ueberschrift: „Klarheit“ und mit Recht meint die „Frankf. Volksstimme“: „Damit ist unseren badischen Genossen der Weg zur offenen Bekämpfung der Regierung deutlich genug gewiesen.“ Ist doch diese Erklärung nur die Bekräftigung der Tat, stellt sie doch nur noch einmal fest, daß die Maßregelung erfolgt ist, weil Krenzberger Anhänger der Großblockpolitik ist. Daß die Maßregelung zuletzt schließlich nicht „Maßregelung“ heißen soll, ist eine lächerliche Ausrede, die höchstens durch ihre Verlogenheit erbitternd wirken muß.

Um so unbegreiflicher sind die Bemerkungen, die unser Mannheimer Parteiblatt im Gegensatz zur klaren und selbstverständlichen Haltung nicht nur der gesamten Parteipresse, sondern auch des „Karlsruher Volksfreundes“ an diese Erklärung knüpft. Es schreibt:

„Die obige Rundgebung bestätigt, daß Herr v. Bodman es auch heute nicht für opportun hält, einen seiner Beamten desfalls zu maßregeln, weil er Anhänger der Großblockpolitik ist. Denn mit den Parteien des Großblocks hat Herr v. Bodman auf dem letzten Landtag gearbeitet und mußte er arbeiten, und wenn seine Antimänner heute die politischen Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen, so liegt das nur im wohlverstandenen Interesse der Regierung selbst. Dies will Herr v. Bodman offenbar auch zum Ausdruck bringen, wenn er der Veretzung des Oberamtmanns Krenzberger jeden kraftmäßigen Charakter abspricht und sie lediglich mit lokalen, nicht etwa mit allgemeinen politischen Erwägungen begründet. Die Versicherung, daß die Regierung ihre Anschauungen nicht gewechselt und auch nicht unter dem Druck von Berliner Einflüssen“ geändert habe, ist vollends geeignet, den status quo ante wieder herzustellen, so daß als das Ergebnis der aufregenden Tage die Tatsache festzustellen wäre:

ed bleibt beim alten, und Herr v. Bodman hat lediglich durch eine
der an ihm geübten Schwankungen das Beweismittel dar-
für zu verlieren beliebt, daß er eine komplizierte
Natur ist, die außerordentlich stark den Einflüssen der je-
weiligen Augenblickslage unterliegt.

Ein sanderer Kommentar, den wir eher in der
amtlichen „Karlsruher Zeitung“ als in einem Parteiblatt zu
finden erwarten hätten! Man denke, ein Beamter wird wegen
einer politischen Äußerung gemahnt. Die Regie-
rung läßt noch dazu ausdrücklich erklären, daß diese Maßre-
gelung den Konservativen zuliebe geschehen, daß sie
erfolgt ist, weil Anspenberger gegen die Sammlungs-
politik, für die Großblockpolitik eingetreten ist. Und ein Parteiblatt
schreibt auf den offiziellen Reim, daß eine Maßregelung keine
Mahnregelung ist, sondern nur eine Verfolgung ohne materielle
Schädigung! Das ist, das muß mit aller Ruhe, aber auch mit
aller Entschiedenheit gesagt werden, eine unmögliche
und unhaltbare Stellungnahme. Die Maß-
regelung Anspenbergers ist ein Schlag ins Gesicht, rührt un-
mittelbar an die Ehre der sozialdemokratischen Partei. Mag
das offiziöse Geschloß nachträglich schreiben, was es will, die
Tat bleibt bestehen. Sie bedeutet, um mit unserem
Karlsruher Parteiblatt zu reden, einen Kriegszustand
gegen die Regierung und den Minister, der diese Tat verübt hat.
Man würde sich in Mannheim in Widerspruch zu der
Gesamtpartei stellen, wenn man eine andere Politik
triebe.

Eine liberale Stimme über die Regierungserklärung.

Gegen die Erklärung der Regierung zum Fall Anspenberger
schreibt der „Badische Landeshote“, das Organ der Fort-
schrittlichen Volkspartei:

Mit dieser Erklärung wird also das bestätigt, was der
liberalen Presse aller Schattierungen bisher zur Grundlage ihrer
scharfen Kritik gedient hatte. Wenn die Regierung, um die billige
Bille zu verfügen, davon spricht, eine Strafverfolgung liege weder
im beamteten rechtlichen Sinne, noch in tatsächlicher Beziehung vor
und die Stelle in Staaten eine der begehrtesten im Lande nennt,
so müßte das in diesem Zusammenhang doch nur wie ein schlechter
Witz an. Wir stellen nochmals fest: Die großherzogliche Regierung
hat, um der kleinen Gruppe der Konservativen ge-
fällig zu sein, derselben Gruppe, von der sie und insbesondere
Herr v. Bodman in der gehässigsten Weise belämpft worden ist, die
staatsbürgerliche Freiheit der Beamten im höch-
sten Maße gefährdet. Sie hat weiter dadurch die Parteien,
deren schloßloser Unterstützung sie im letzten Landtag ihre Erfolge
verdankt und die sie in der letzten Zeit gegenüber den gefälligen
und leichtfertigen Angriffen von konservativ-ultramontaner Seite
lebhaft in Schutz genommen haben, auf das schwerste bräu-
stet. Die notwendige Folgerung ist für die Fortschrittliche Volks-
partei jedenfalls klar: Sie hat keine Veranlassung, dem Ministerium
Bodman in Zukunft anders als mit Mißtrauen entgegen-
zutreten. Wir zweifeln auch, daß das in der nationallibe-
ralen Partei, die ja die zunächst getroffene ist, irgend wie
anders sein kann. Ob es der Wunsch des Herrn v. Bodman ist, mit
Hilfe des konservativ-ultramontanen Herrmanns, an dessen ein-
mütiger Geschlossenheit, wie uns jetzt erst wieder versichert wird,
sich nicht geändert hat, den liberalen Parteien entgegenzutreten
— das wird er mit sich selbst auszumachen haben. Herr v. Bodman
wird aber auf alle Fälle darauf verzichten müssen, andere Leute
glauben zu machen, daß die großherzogliche Re-
gierung weder ihre Anschauungen gewechselt hat
noch Berliner Einflüssen erlegen ist.

Bruhn und Genossen.

Eine köstliche Komödie spielt sich seit Montag im Moabit-
Gerichtssaal ab. Auf der Anklagebank der antisemitische Reichstags-
abgeordnete Bruhn und Genossen. Gegen die Anklage, mittels des
von ihm herausgegebenen Sektionsblattes „Die Wahr-
heit“ Erpressungen begangen zu haben, hat er sich zu ver-
teidigen. Die Enthüllungen im Dohsel-Prozess im Oktober ver-
gangenen Jahres haben die Anklagebehörde zu der Anklage ge-
zwungen. Diese baut sich darauf auf: Die „Wahrheit“ wird in
einer Weise redigiert, daß schon ihre Existenz eine Mützung dar-
stellt, das solle sie auch darstellen, um dem Verleger durch Zu-
wendung von Inseraten Vorteile zuzuwenden. Bruhn soll also eine
technisch verfeinerte Erpressung als sein Gesinnungsgenosse und
Mitarbeiter Dohsel oder sein älterer Vorgänger im Kampf für
das „Nationale“, der Zubehörer der Konservativen Emil Vin-
denberg, angewendet haben. Unsere Leser erinnern sich aus der
Schilderung Emil Vindbergs, die wir am 9. Oktober vorigen
Jahres gaben, was Geistes Kind der Mann war. Erpressung ver-
ging dieser nationale Held erst dadurch, daß er Manuskripte über
unangenehme Familienvorgänge wohlhabender Interessenten vor-
las und versprach, die Artikel nicht erscheinen zu lassen, wenn er
— gute Bezahlung erhielt. Dieses Redolenzkunststück verding
einmal nicht, er wurde zur Anzeige gebracht und erhielt einige Jahre
Zuchthaus wegen versuchter Erpressung. Nach seiner
Entlassung aus der staatlichen Erziehungsanstalt wurde der Ehren-
mann Bravo der Konservativen mit General von
Bleichwe an der Spitze. Er wiegte im „nationalen“ Sinne
für den „Preußener“, einen Vorgänger des Reichsverbandes
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sein „literarisches
Genie“ machte nun öffentliche Meinung in der Zeitung „Der
Königsberger Freimütigen“. Da schrieb er Klatsch-
berichte über Familienverhältnisse. Hierin benutzte er in
prickelnden Artikeln die intimsten persönlichen Verhältnisse, Wahr-
heit mit Erfindung vermischt — ganz wie Bruhn es seinen Ar-
tikeln in der „Wahrheit“ nachahmt. Der konservative Lump wurde
wegen Verleumdung 18mal bestraft, dank seiner hohen So-
nnetionen aber jedesmal begnadigt. 1885 wurde er vom General
von Bleichwe beauftragt, den späteren Kaiser Wilhelm I. auf seiner
Reise nach Minden zu bespielen. Der Spießbericht fiel dann
in unechte Hände. Auch in ihm war Nichtigkeit mit Falschem ver-
mengt. Wegen der in dem Bericht enthaltenen Bringenbeleidigungen
wurde Vindenberg abermals verurteilt und abermals —
begnadigt.

Die Vindenbergische Technik hat Bruhn vergrößert, aber auch
kraftrechtlich vervollständigt.

Und nun beruft sich Bruhn als Gewährsmann dafür, daß
die „nationale“ Sache nur durch prickelnde, listerne Klatterien
und Geinnungsgenossen. Die Polizei verfolgte ihre Wirkungen.
Ist wirklich das Wohl Deutschlands gefährdet, wenn die Beziehun-
gen der Polizei zu Bruhn aufgedeckt werden? Mehr Glück hat er
mit dem „gerichtlichen Sachverständigen“. Der ihm unerwünschte
Dr. Schweiger ist erkrankt. Über der Ordnungsmann, der „natio-
nale“ Dr. Liman, ist zur Stelle — ausgerechnet Dr. Liman (früher
Gaul Pippmann). Das ist ein Sachverständiger nach dem Herzen
Bruhns. Er wird als „Sachverständiger“ befragt, was Geistes
Kind die „Wahrheit“, und ob sie ein „Erpresserblatt“ sei. Der-
selbe Liman, der bald als „Der arme Jorik“ in der Beilage zur

agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, bald als Dr. Liman in
dem industriekundlichen „Leipziger Neueste Nach-
richten“, bald in der „Londoner Finanzchronik“, bald anderwärts
dieselbe Sache verschieden behandelt. Er kann schreiben
„rechts“, er kann schreiben „links“. In Erinnerung sind seine
Artikel mit doppelter Nachsicht über England. Als Zeuge suchte
er seinerzeit die Schuldverteilung dadurch zu erklären, daß die Leiter
der „Deutschen Tageszeitung“ „geistig schwerfällige“ Leute seien.
In Erinnerung ist die Behauptung seines einstigen Freundes
Magnilian Harden: in einem Brief an ihn habe Liman das Gegen-
teil von dem behauptet, was er unter Eid ausgesagt hatte. Und
dieser Doppelschreiber, von dem eine Reihe anständiger bürger-
licher Zeitungen ausdrücklich weit abrideten — gerichtlicher
Sachverständiger über Anstand und Gepflogen-
heit der anständigen Presse! Derselbe Liman, der vor
Gericht beidete, er habe noch nie jemand beleidigt, und nach-
weislich verkleumderische Verleumdungen über Sozialdemokraten als
pikante Sauce seinen Lesern wiederholt serviert hat, als Sach-
verständiger für Sensation, Pikanterie und
Wahrheit! Ein zu löstlicher Griff der Staatsanwaltschaft
oder des Gerichts, für den jeder für Humor Empfängliche dankbar
sein sollte.

Aber noch andere „Sachverständige“ marschieren da auf. Der
Inspektorenchef der Inspektorenplantage der „Voh“: Herr Kluge.
Der Tiefstand der bürgerlichen Presse spiegelt sich in seinem „Gut-
achten“ fast noch trefflicher als in dem Limanschen. Am ersten
Tage der Verhandlung teilt er mit, daß die „Vossische“ ihre
„Kassage“-Inserate der Polizeikontrolle unterstellt. Trefflich, zu-
mal die Polizei über die unter Kontrolle stehenden „Kassage-In-
haberinnen“ doch wohl Buch führen muß. Eine „freisinnige
Zeitung“ stellt sich im Widerstreit zwischen ihrer Ab-
neigung gegen das Gefängnis und ihrer Zuneigung zum Namentum
unter Polizeikontrolle! Aber damit nicht genug.
Gestern meinte er: Die Aufnahme eines Angriffs
gegen einen Großinzerenten würde vom Che-
fredakteur eines Blattes wohl abgelehnt werden! Aus
welchen Kloaken bürgerlicher Inspektorenplantagen mag
der Sachverständige wohl seine Kenntnisse gesammelt
haben? Ganz recht erwiderte Bruhn und sein Verteidiger:
diese vom „Sachverständigen“ behauptete Gepflogenheit sei ja das-
selbe, was man u. a. dem Angellagen zur Last legt. Der bürger-
liche Presse bleibe es überlassen, gegen das Gutachten des Inspek-
torenchefs der „Voh“, Hg.“ zu protestieren. Der Sachverständige hat die
sozialdemokratische Presse nach dem Bericht nicht ausgenommen.
Wir bezeichnen die danach in der Behauptung des
Sachverständigen liegende Unterstellung: auch in
einer sozialdemokratischen Zeitung würde ein
Chefredakteur Angriffe gegen einen Großinzer-
enten ablehnen, als eine schamlose Verleumdung
zurück. Nicht eine Minute länger würde ein solch jammervoller
Bestimmungsstump in irgendeiner sozialdemokratischen Zeitung
geduldet werden. Der redaktionelle Teil ist in sozialdemokratischen
Zeitungen völlig unabhängig vom Inspektorenchef getrennt. Die
Fakultät, wie sie nach dem Gutachten des Herrn Kluge in der
bürgerlichen Presse Platz greift, ist in der sozialdemokratischen un-
möglich.

Auf weitere interessante Teile des Bruhnschen Prozesses, ins-
besondere auf das Pochen auf die Vertretung „nationaler“ Ge-
sinnung und auf die Charakteristik der „nationalen“ Zeugen gehen
wir für heute aus Raumrücksichten nicht ein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Oktober 1910.

Die neue Marinevorlage.

Wir wiesen vor einigen Tagen auf die bedeutsame Rede hin,
die der Vorsitzende des Deutschen Flottenvereins, Großadmiral
von Höpfer, kürzlich in Eisenach gehalten hat. Herr von Höpfer
erklärte es in dieser Rede für erforderlich, daß bereits vom Jahre
1912 ab jährlich zwei große Kreuzer gebaut würden, während nach
dem gegenwärtigen Flottenbauplan nur ein großer Kreuzer jähr-
lich zu bauen ist. Nun wird auch im „Berliner Tageblatt“ von
„marinesachmännischer Seite“ auf die Bedeutung dieser Rede auf-
merksam gemacht. Großadmiral von Höpfer, schreibt der erwähnte
Marinesachmann, würde bei seinen engen Beziehungen zu den
leitenden Stellen der Marineverwaltung den Plan einer neuen
Ersatzbaunovelle für die Panzerkreuzer
zweifellos nicht entwickelt haben, wenn er geglaubt hätte, sich mit
seinen Ansichten in einen Widerspruch zum Reichsmarineamt
zu setzen. Es könne daher kaum einem Zweifel unter-
liegen, daß eine derartige Novelle dem Reichstag im nächst
Herbst zugehen wird, um sie mit dem Etatsjahr 1912 in
Kraft treten zu lassen.

Wir sind ganz derselben Meinung, nur glauben wir, daß die
im Herbst 1911 zu erwartende neue Flottenvorlage wahrscheinlich
noch mehr fordern wird, als den Bau dieser drei Kreuzer. Aber
es freut uns immerhin, daß endlich auch ein liberales Blatt auf die
drohende Vermehrung unserer Flottenrüstungen aufmerksam zu
machen beginnt! Denn obwohl es für jeden Kenner der Verhält-
nisse klar sein mußte, daß man sich vom Jahre 1912 ab nicht mit
dem Bau von jährlich nur zwei Schlachtschiffen begnügen würde,
hat die liberale Presse sich bisher so angestellt, als hätte sie es wirk-
lich für wahrscheinlich, daß wir mit neuen Marineforderungen bis
zum Jahre 1917 verschont würden!

Aber auch die „marinesachmännische Seite“ des „Berliner
Tageblatts“ leistet noch einem sträflichen Optimismus Vorschub.
Sie meint, die Panzerkreuzer-Ersatzbaunovelle werde über den
Nahmen des bestehenden Flottengesetzes nicht hinausgehen. Nicht
den Bau neuer Schiffe werde man fordern, sondern nur, daß die
schon durch das Flottengesetz ja bereits bewilligten Ersatzbauten
in sechs Jahren bereits in drei Jahren auf Stapel gelegt würden.
Möglich allerdings, daß die Regierung es wieder einmal mit
dem Schwindel versuchen wird, sie verlange ja gar nicht mehr
Zehntausende, sondern nur eine Zusammenziehung der Bauzeit.
In Wirklichkeit aber würde sich, und darauf hätte auch der
Sachverständige des „Berliner Tageblatts“ hinweisen sollen, dann
im Jahre 1914 die Geschichte wiederholen. Denn wenn die drei
Panzerkreuzer, die nach dem gegenwärtigen Bauplan in den Jahren
1915 bis 1917 auf Stapel zu legen sind, bereits in den Jahren 1912
bis 1914 in Angriff genommen werden sollen, wäre ja vom Jahre
1915 ab jährlich nur noch ein Schlachtschiff, nämlich ein Linien-
schiff, auf Stapel zu legen! Daß sich das unser Panzerplatten-
kapital ebensowenig gefallen lassen würde, wie die Reduktion der
Reudanten auf zwei Schlachtschiffe im Jahre 1912, liegt klar auf
der Hand!

Die Verschleppung des Baues der drei Panzerkreuzer be-
deutete also nichts anderes, als eine schlecht verkappte neue
Flottenvorlage!

Der Protest gegen das System Moabit.

Die Arbeiterschaft von Gera (Reuß) und den Vororten
protestierte am Dienstagabend in vier überfüllten Volks-
versammlungen, 6000 bis 6000 Männer und Frauen füllten

die Säle und ungezählte Scharen, die keinen Einfluß mehr fanden,
zogen von Lokal zu Lokal. Die Referenten, die Genossen Warm,
Stüdlan, Vogtmann und Fromme aus Berlin geigelt,
von stürmischen Kundgebungen der Empörung und der Zustimmung
unterbrochen, die reaktionären Zustände im Reide und im Justiz-
tum Reuß j. L. In allen Versammlungen wurde einstimmig die
Protestresolution angenommen.

Bemerkenswert für die gesteigerte Macht der Geraer Arbeiter-
schaft ist die Tatsache, daß die Versammlungen zum ersten Male in
Sälen stattfanden, die der Arbeiterschaft bisher verweigert worden
waren. Die Geraer Arbeiterschaft hat es sich erlaubt, daß ihr
jetzt — trotz Militärboykotts — ausnahmslos alle Säle zur Ver-
fügung stehen.

In einer von mehr als 3000 Personen besuchten Riesen-
versammlung zu Lübeck referierte Genosse Ledebour
Berlin unter stürmischem Beifall. Nachdem in der Diskussion noch
der Genosse Mehrlein darauf hingewiesen hatte, daß von der
bürgerlichen Presse die Ausbreitungen Lübeder Streikbrecher in
solche von Streikenden ungeführt worden sind, jedenfalls um
Material für ein eventuelles Zuchthausgesetz zu schaffen, gelangte
die Protestresolution zur einstimmigen Annahme. Bemerkenswert ist
noch, daß der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Löwig,
Mittlung von einem Briefe eines Gerichtsassessors
machen konnte, indem dieser den Wunsch ausdrückte, daß bei den
Schwierigkeiten der Arbeitswilligen in Lübeck anlässlich des Werft-
arbeiterkampfes doch einige Augen der Streikenden
geöffnet hätten. Der Mann ist vielleicht noch einmal berufen,
streikenden Arbeitern gegenüber als Richter zu fungieren. Wie
seine Rechtsprechung ausfallen wird, ist wohl nicht schwer zu erraten.
Und da wundert man sich denn, wenn das Mißtrauen gegen die
deutsche Justiz immer größer wird.

Der mißlungene Kuhhandel.

Die in Harburg erscheinende linksliberale „Neue Elbe-Zeitung“
veröffentlicht eine Darstellung der Verhandlungen zwischen der Fort-
schrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen über die Verteilung
der Kandidaturen in der Provinz Hannover. Im ganzen handelt
es sich um 17 Wahlkreise, von denen die Fortschrittliche Volkspartei
vier für sich in Anspruch nahm. Die Nationalliberalen wollten ihnen
aber außer Bremen nur noch den völlig aussichtslosen Wahlkreis
Hannover-Linden überlassen. Die Fortschrittler suchten trotz-
dem noch weiter zu verhandeln, erhielten aber schließlich von den
Nationalliberalen die Antwort, daß man keinen Wert mehr darauf
lege, mit ihnen in der Provinz Hannover zusammen zu gehen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ von unternichteter Seite erfährt,
ist auch der Kuhhandel für die Provinz Brandenburg noch nicht ab-
geschlossen. Es gilt sogar für fraglich, ob überhaupt eine Verständi-
gung erzielt werden wird.

Gegen die Polizeiaffizentinnen.

Auf Stuttgart folgt Mainz! In der Mainzer Stadter-
neuerungsung kam es am Mittwoch zu lebhaften Erörterungen
über die Polizeiaffizentinnen Frau Schapiro. In den letzten Tagen
war im „Neuesten Mainzer Anzeiger“ und einer Reihe anderer
Zeitungen von der Affizentin gesagt worden, sie überschreite ihre
Amtsbefugnisse, und Stadterneuerungs-Abteilung interpellierte des-
halb und verlangte volle Klarlegung. Der Vorsitzende der Polizei,
Dr. Berndt, erwiderte, daß die Beschuldigungen unhaltbar seien.
Er ging im einzelnen die ihm bekannt gewordenen Fälle durch
und begründete sie teils als zu den Funktionen der Affizentinnen ge-
hörend, teils als unwahr und übertrieben. Die Affizentinnen habe
selbst ein Disziplinarverfahren beantragt, dies sei jedoch nicht ein-
geleitet worden, da das Material nicht genüge. Die Affizentinnen
habe namentlich in den Vorreden sehr wohlwärtig gewirkt, durch
ihre Tätigkeit sei dort das Ausschreibungssystem beschleunigt. Dr.
Berndt verlangte von der Presse Widerruf und Abbitte. Erfolgten
diese nicht, so würde er Strafanzeige erheben. Demgegenüber be-
hauptete Justizrat Dr. H. Horch, daß schwer belastendes Material
gegen die Affizentinnen vorliege.

Nachdem man drei Stunden debattiert hatte, wurde beschlossen,
die Akten dem Oberbürgermeister zur Prüfung zugehen zu lassen.

Strafe für die Tendenz!

Wieder hat die Halle'sche Justiz ein Urteil gefällt, das nach und
offen ausspricht, daß ein scharfer Eins gegen die Presse ein-
geschlagen werden soll. Dem Genossen Bod vom „Vollblatt“ für
Halle wurde vorgeworfen, in dem Artikel „Das andere Alen-
stein“ das Alensteiner Offizierkorps beleidigt zu haben. Es handelt
sich dabei bekanntlich um jene häßliche Affäre, die anlässlich eines
Erpressungsprozesses gegen den Bureauangestellten Groger und
dessen Frau, die Schneiderin Strehlan in Potsdam ausgerollt
und die in einem von mehreren Parteiblättern abgedruckten Artikel
besprochen wurde. Hauptmann Schmoor in Alenstein
hatte bei Gelegenheit von sogenannten „Eubenzauerern“ mit
der Schneiderin geschlechtlich verkehrt, was nicht ohne Folgen
blieb. Das Mädchen mußte später gegen den Hauptmann einen
Alimentationsprozeß anstrengen, verlor ihn aber, da auch ein
Leutnant Eide beschwor, ebenfalls zur angegebenen Zeit mit dem
Mädchen verkehrt zu haben. Gegen den Leutnant wurde nun An-
zeige wegen wissenschaftlichen Falschheides erstattet. Der Verlobte des
Mädchens unterstützte dessen Bemühungen um sein Recht durch
etliche Briefe an den Hauptmann und den Regimentskommandeur.
Daraus entstand ein Prozeß wegen Erpressung und Verleumdung,
worin das Mädchen zu einem Monat, sein Verlobter zu sechs
Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Dieser Sachverhalt wurde in
dem erwähnten Artikel kritisch besprochen.

Gegen mehrere verantwortliche Redakteure von Parteiblättern
wurde Anklage erhoben, so auch gegen den Genossen Bod in Halle,
dem die Schaubertkammer 500 Mark Geldstrafe zukunferte.
Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf sechs Monate Gefängnis!
Erharter Richter hatten bei dem dortigen Prozeß in gleicher Sache
300 M. für ausreichend gehalten. Im das höhere Strafmaß zu
rechtfertigen, sahste Landgerichtsdirektor Schaubert aus, daß der An-
geklagte Redakteur eines Blattes sei, welches in der
letzten Zeit wiederholt staatliche Einrichtungen,
Vertreter der Geistlichkeit und Beamte scharf an-
gegriffen habe. Da dürfe, obgleich er selbst noch
unbestraft sei, die Strafe nicht gering bemessen
werden!

Mit dieser Begründung ist das Urteil natürlich völlig unhaltbar.
Wie kann der Angeklagte für Dinge verantwortlich gemacht werden,
die er gar nicht begangen hat? Die Redaktion eines Blattes ist eine
kollektive Arbeit mehrerer, das stimmt. Für die Verantwortung einer
im Sinne bürgerlicher Richter strafbaren Handlung kann jedoch nur
der konkrete Fall herangezogen werden. Was würde Landgerichts-
direktor Schaubert sagen, wenn man ihn für einen Irrtum seiner
Kammer — und es hat solche gegeben — allein verantwortlich
machen wollte? Revision gegen das Urteil ist sofort eingelegt
worden.

Kriegsgerichte können auch milde urteilen.

Als während der letzten Herbstmonate am 1. September eine
Abteilung der 8. Soladron des westfälischen Manentregiments Nr. 5
im Orte Eving einquartiert war, ließ sich eine aus dem Sergeanten
Müller und den Mannen Müller, Garbe und Stüber bestehende
Patrouille zu unerhörten Ausschreitungen verleiten. Die Patrouille
kam in die Wirtschaft des Restaurateurs Penner, wo eine geschlossene
Gesellschaft in einem separaten Zimmer saß. Das erste war, daß
die Patrouille, der Sergeant an der Spitze, sich gewaltsam Eingang
in das separate Zimmer verschaffte; dann zog der Mann mit dem
Sergeantenabzeichen den Säbel und schlug damit auf den Tisch, daß
die Gläser hochsprangen und das Bier teilweise verschüttet wurde.

Gewerkschaftliches.

Eine fürchterliche Entdeckung.

Die berühmte „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ des Bundes der Industriellen hat eine gar wunderbare Entdeckung gemacht. Sie versucht nämlich nachzuweisen, daß für die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften Preußen das fortschrittlichste Land sei! Wir haben die Notiz, die von den internationalen gewerkschaftlichen Kartellen spricht, erst noch einmal durchgesehen, weil wir nicht glauben konnten, daß die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ so — schlau sei, aber es stimmte wirklich. Der Korrespondenzzerberus hat da bei seiner großen Wachsamkeit die neueste Adressenbeilage des „Korrespondenzblattes“ der freien Gewerkschaften entdeckt und schnell zusammengestellt, daß es im ganzen 28 Verbände sind, die sich international organisiert haben. Und, o Schrecken, 23 haben ihr Sekretariat in Deutschland, und einen Deutschen als Sekretär! Nur die Bergarbeiter, Handlungsgelöhnen, Steinarbeiter, Tabakarbeiter und Textilarbeiter haben den Sitz ihrer internationalen Organisation im Auslande. Die Korrespondenz meint nun, das Vertrauen in die Deutschen habe seinen Grund darin, daß es von ihnen bekannt sei, wie sie in all ihrem Denken und Fühlen „international“ wären. Dies stimmt so auch durchaus, man braucht nur an den Mann, der jedes Jahr monatelang im Auslande herumfährt und fährt.

Das allerimponierendste ist aber für die „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, daß von den 23 deutschen Sekretariaten internationaler Gewerkschaftsverbände 17 ihren Sitz in Preußen haben. Die Ursache findet der brave Skribist darin, daß durch die Unmenge sozialpolitischer Verhandlungen, wie sie sonst in keinem Lande der Welt stattfinden, diese „internationale Gefahren herausgeschworen werden“. Geradezu fürchterlich, diese Unmengen sozialpolitischer Verhandlungen, die im preussischen Dreiklassenhaufe gepflogen worden sind und werden. Nur schade, daß die Deffektivität davon so wenig merkt. Es ist klar, daß die 17 internationalen Gewerkschaftssekretariate in Preußen scharfmaderische Halluzinationen erzeugen. Es wird auch aus dieser Ursache heraus der Gedanke zu verstehen sein, der den Wunsch auspricht, Preußen möge „eine harte Regierung“ werden, damit hier nicht mehr so viele Höden internationaler Organisationen zusammenlaufen könnten, die den Kampf gegen das Unternehmertum, „das Rückgrat jeder Staatswirtschaft“, organisieren. Es ist klar, daß diese Zerimade in dem Wunsche auslingt, sich rechtzeitig auf die Gefahren der internationalen Gewerkschaftspolitik zu besinnen. Und dies sind dieselben Leute, die erst kürzlich sich alle Mühe gegeben haben, die Interessen der Schiffsherrn auf internationaler Basis zu organisieren. Oder ist dies wieder etwas anderes?

Berlin und Umgegend.

Arbeitsnachweis und Spezialtarif der Einseher.

Diese beiden Gegenstände fanden am Donnerstag auf der Tagesordnung einer Branchenversammlung der im Holzarbeiterverbande organisierten Einseher. Der Spezialtarif ist aus Grund des allgemeinen Vertrages der Holzarbeiter und mit Berücksichtigung der fünfprozentigen Lohnerhöhung kürzlich mit den Arbeitgebervereinbart worden. In der Versammlung wurde die Durchführung des Tarifes besprochen. Er ist von den 128 Vertragsmeistern selbst verständlich anerkannt. Von den 838 Firmen, die nicht dem Vertrage unterliegen, haben zwar nur 61 den Tarif ausdrücklich anerkannt, doch auch die übrigen bezahlen größtenteils den Tarif. Insbesondere wird die neue Tarifbestimmung, daß der Unternehmer die einzusetzenden Arbeiter hinauftragen lassen muß, ohne Widerstand befohlen. — Mit dem Arbeitsnachweis verhält es sich so: Nach dem Vertrage haben sowohl die Arbeiter, als auch die Unternehmer in erster Linie den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Das ist für die Einseher insofern etwas Neues, als sie bisher die Gewohnheit hatten, sich ohne Benutzung des Nachweises Arbeit zu suchen. Der Verband verlangt strikte Zurechnung der Vertragsbestimmung über die obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises. Es konnte nur eine verhältnismäßig sehr kleine Zahl von Einsehern festgestellt werden, die den Nachweis nicht benutzten. Sechs Mitglieder sind aus diesem Grunde ausgeschlossen worden. — In der Versammlung traten der Branchenobmann Pankle sowie Glöckle in längerer Ausföhrung dafür ein, daß auch die Einseher ohne Ausnahme den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen haben. Die Arbeitsvermittlung sei eine gewerkschaftliche Frage von größter Bedeutung. Da der Verband nicht ohne Schwierigkeiten das Obligatorium des Arbeitsnachweises durchgesetzt habe, müsse sich jedes Mitglied im Interesse der Gesamtheit diesen Bestimmungen fügen. — Die meisten Diskussionsredner verteilten die Ansicht, daß das Obligatorium für die Einseher unvorteilhaft sei. Die Kollegen, welche nur den Arbeitsnachweis benutzen, wären lange arbeitslos, während die Indifferenten, die sich unter der Hand Arbeit verschaffen, dafür sorgten, daß sich die Unternehmer fast gar nicht an den Nachweis wenden brauchten. Auf jeden Fall seien also die besten Verbandsmittelglieder am längsten arbeitslos, weil sie sich streng an die geltenden Bestimmungen halten. — Von der Branchenleitung wurde darauf hingewiesen, daß es ein Irrtum sei, wenn man glaube, daß die große Zahl der Arbeitslosen und die lange Arbeitslosigkeit durch das Obligatorium verschuldet sei. Die Statistik lasse zweifellos erkennen, daß die Arbeitslosigkeit unter den Einsehern in den letzten Jahren erheblich gestiegen sei, einerseits, weil aus anderen Branchen der Tischlerei viele in den Spezialberuf der Einseher übergegangen seien und dadurch ein Ueberangebot von Einsehern entstanden sein, während andererseits die Arbeitsperioden länger geworden seien. An diesen Verhältnissen könne die Art der Arbeitsvermittlung nichts ändern. Das Obligatorium des Arbeitsnachweises sei unbedingt dem früheren Zustande vorzuziehen und müsse unter allen Umständen durchgeführt werden.

Die Lohnbewegung der Dachdeckerhilfsarbeiter bildete den Gegenstand der Vesperepredung in einer Versammlung dieser Gruppe am Donnerstagabend. Herrsel erstattete einen Bericht, den Gdenig noch weiter ausführte. Die Bewegung ist noch nicht zum Abschluß gebracht worden, hat aber bis jetzt einen befriedigenden Verlauf genommen. Mit 20 Firmen, wo rund 200 Mann in Arbeit stehen, ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Der Unternehmerverband im Dachdeckergewerbe ist durch die Bewegung ins Wanken geraten. Als die ersten vier Firmen den Tarifvertrag unterschrieben, da legte der langjährige Vorsitzende des Verbandes sein Amt nieder und mehrere Mitglieder erklärten ihren Austritt. Es gelang den Arbeitern aber, immer mehr Firmen zu gewinnen, und es besteht die Hoffnung, daß ein allgemeiner Vertrag zustande kommen wird. Der Tarifvertrag, der bis zum 30. Juni 1912 abgeschlossen wird, steht eine Arbeitszeit von 11½ Stunden vor. Die Stundenlöhne variieren von 55 bis 75 Pf. je nach der Art der Arbeit, bis zum 31. März 1911. Von diesem Tage ab werden diese Löhne um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Für die Akkordarbeiten ist im Tarif eine längere Liste aufgestellt. Die übrigen Arbeitsbedingungen sind gleichlautend mit denen, die für die Dachdecker festgesetzt sind.

In der Diskussion war man sich darüber einig, daß der Kampf um den Vertrag fortgesetzt werden müsse. Als wünschenswert wurde es bezeichnet, daß jeder Arbeiter einen Tarif erhalte, um bei der Willkür der Preise sich stets genau unterrichten zu können. Ferner wünschte man, daß das Vertrauensmännerystem besser ausgebaut werde.

Die beabsichtigte Aussperrung der Hölzerer, die zum Freitag für alle organisierten Hölzerer angebroht war, wenn am Donnerstag der Streik bei der Firma Rheinhold u. Co. nicht beendet sein sollte, hat nicht stattgefunden. Die Arbeit bei der genannten Firma wurde allerdings nicht aufgenommen; die Arbeiter warteten vielmehr ruhig den Bescheid aus Hannover ab, wie in der Versammlung am Mittwoch beschlossen wurde. Verschiedene Firmen erklärten rund heraus, daß sie von der Absicht einer Aussperrung gar nichts wüßten und einem solchen Beschluß überhaupt ihre Zustimmung verweigern müßten. Von einigen Firmen wurde dem Verband sogar in Aussicht gestellt, daß sie in nächster Zeit zu dem Abschluß eines Tarifvertrages bereit wären, weil damit beiden Seiten am besten gedient sei. — Sobald die Differenzen in Hannover geschlichtet sind, wird auch die Arbeit in der Berliner Filiale von Rheinhold u. Co. wieder aufgenommen.

Der Streikergesellenstreik bei Morgenstern brachte am Donnerstagabend ein großes Polizeiaufgebot vor dem Geschäft in der Scheererstraße auf die Beine. Wohl an die 60 bis 70 Schutzleute zu Fuß und zu Pferde mit 3 Leutnants waren gekommen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur durch die Besonnenheit der Massen ist ein Zusammenstoß a la Moabit vermieden worden. Die Gesellen im Hauptgeschäft Kaiser-Wilhelmstr. 20 legten am Freitag früh ebenfalls die Arbeit nieder. Der Versuch der Organisationsleitung, Verhandlungen anzubahnen, scheiterte an dem Starrsinn des Herrn Morgenstern; er verlangt noch heute die Erfüllung der Bedingungen, die er der Organisation durch Rechtsanwalt Wolff stellt.

Das Geschäft in der Scheererstraße liegt still; die Kundschaft meidet die Firma. Außer den genannten Geschäften hat die Firma Morgenstern in Moabit Oldenburgerstr. 44, noch eine Filiale.

Da die Firma jetzt mit allen Mitteln Streikbrecher zu bekommen versucht, ersuchen wir alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die mit Hölzerergesellen zusammenkommen, diese auf den Streik aufmerksam zu machen und uns in diesem Kampfe zu unterstützen.

Das Streiklokal für Norden befindet sich bei Robert Lindt, Schulstr. 20, Ecke Markstraße. Zugang ist streng fern zu halten. Zentralverband der Hölzerer.

Bureau: Elisabethstr. 11. Telefon: Amt 7, Nr. 3024.

Achtung, Tapezierer! Die Firma L. Stuchow, Rünzstr. 4 („Kienot“-Einsichtungen), ist wegen Differenzen für Tapezierer und Polsterer gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die „Hirsche“ können den Streikbruch nicht lassen!

In Stolp in Pommern stehen seit 17 Wochen über 200 Tischler im Streik, um ihre Löhne um ein geringes auszubessern und eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Die Bewegung wurde gemeinsam von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins eingeleitet und schien es in diesem Falle die erste Zeit, als ob die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter die Einigkeit verbürgen sollte. Man hatte aber die Rechnung wieder einmal ohne die Hirsche gemacht, die nun einmal nicht davon lassen können, sich den Unternehmern als Hausrecht zur Verfügung zu stellen. Unter einem nichtigen Vorwand gingen sie zu den Unternehmern und schlossen mit diesen einen Vertrag ab, der vorher von ihren eigenen Mitgliedern in einer gemeinsamen Versammlung mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossen war. Nachdem der Vertrag abgeschlossen war, wurde der Abschluß als eine große Errungenschaft des Gewerkschaftsvereins gepriesen und die Gewerkschaften nahmen die Arbeit dann zu den vertraglichen Bedingungen auf und ließen die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes im Stich, die nun den Kampf um Verbesserung der Lage der Stolper Tischler allein weiter führen mußten. Aber nicht genug damit, daß die Hirsche in die Betriebe zurückkehrten — es kamen nur rund 40 in Frage, die sich auf wenige Werkstätten verteilten —, es wurden in Danzig und anderen Orten Inserate losgelassen, in denen Arbeitswillige nach Stolp gesucht wurden. Im Danziger „Geselligen“ und in der „Generalanzeiger“-Presse werden nun schon seit Monaten 50 bis 100 Tischler zu den „vertraglichen“ Bedingungen gesucht. Auch in der „Eiche“ (Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands) prangt in jeder Nummer ein Inserat, nach welchem „Arbeit auf Bau und Möbel jederzeit in Stolp nachgewiesen“ werden kann. Trotzdem haben sich bisher die nötigen Manstreifer nicht eingefunden. So wertvoll es für die freien Gewerkschaften ist, wenn die Hirsche bei jeder Gelegenheit zeigen, daß die Arbeiterinteressen von ihnen nicht gewahrt und vertreten werden, so ist es doch tief bedauerlich, daß die in Frage kommenden Arbeiter unter dem Verhalten dieser „Auarbeiterorganisation“ so schwer leiden müssen. Im Holzgewerbe kommen die Hirsche erfreulicherweise nur noch in geringer Zahl in Frage und an den aufgeklärten Arbeitern liegt es, dafür zu sorgen, daß mit diesen Gebilden möglichst bald ausgeräumt wird.

Die Stolper Tischler sind durch das Verhalten der Hirsche keineswegs mutlos geworden, sondern führen ihren Kampf mit allen Mitteln fort, in der Hoffnung, trotzdem den Kampf erfolgreich beenden zu können.

Die deutschen Holzarbeiter werden dringend ersucht, auch fernerhin den Zug von Tischlern und Raschmenarbeitern nach Stolp fernzuhalten.

Wegen ihrer Mitgliedschaft im Tabakarbeiterverband gekündigt wurde den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen der Firma Reimke in Steinau (Kreis Schlachten). Die unter den allerschlechtesten Lohnverhältnissen lebenden Arbeiter hatten sich vor kurzem organisiert. Darob große Entrüstung nicht nur beim Unternehmer, sondern auch bei einigen Honoratioren des Ortes, die den vergeblichen Versuch machten, die Arbeiter davon abzubringen. Als das nicht gelang, kündigte die Firma den Arbeitern. Es wird um Fernhaltung des Zuganges gebeten.

Die Differenzen bei der Firma Gebr. Kückels, Rasiermesserfabrik in Merscheid bei Solingen, über die der „Vorwärts“ in seiner Nr. 237 berichtete, wurden mit einem schönen Erfolge zugunsten der Streikenden beigelegt. Erreicht wurde eine zehnprozentige Lohnerhöhung und einige sonstige, im Arbeitsverhältnis liegende Verbesserungen, um die die Arbeiter schon längst nachgesucht hatten, mit denen sie aber immer wieder von der Firma abgewiesen wurden.

Wie die Sicherheitsmänner von den Grubenverwaltungen behandelt werden!

Auf Gehe „Donnenbaum“ bei Bochum hatte ein Sicherheitsmann mit dem Steiger eine Befahrung des Betriebes vorgenommen. Die Befahrung war gegen 11 Uhr nachts zu Ende. Der Sicherheitsmann beabsichtigte nun, wie es gesetzliche Vorschrift ist, die Beobachtungen seiner Befahrung sofort ins Jahrbuch einzutragen. Doch dieses wurde ihm unter dem Hinweis verweigert, daß die Schicht noch nicht zu Ende sei, er solle bis Ende der Schicht Reparaturarbeiten verrichten. Als er sich hiergegen beim Bergrevieramt Bochum-Süd beschwerte, wurde ihm mitgeteilt, daß nach Prüfung der Angelegenheit in Zukunft das Jahrbuch dort übergeben werden solle, wo die Befahrung ihr Ende erreicht habe.

Zur Lohnbewegung in den Dresdener Schuhfabriken.

Der Verband der Schuh- und Schäftfabrikanten befahte sich in einer am 18. und 17. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Ausschusssitzung mit dem Lohnkampf in Dresden. In der Sitzung

wurde beschlossen, eine Schiedskommission einzusetzen, die mit den Parteien unterhandeln sollte. Diese Kommission hat am 24. und 25. Oktober getagt. Sie kam zu dem Ergebnis, den Arbeitern eine Lohnerhöhung für handgewerbete Arbeit von 5 und 7 Proz. anzubieten, ferner eine Mehrbezahlung für Ueberstunden von 10 Pf. pro Stunde und einige kleine unwesentliche Zulagen. Diese Zugeständnisse sollen der letzte Vergleichsvorschlag sein. Wenn auch nicht offiziell, so wurde doch angedeutet, daß, wenn diese Zugeständnisse nicht angenommen werden, ein größerer Kampf in der Schuhindustrie in nächste Nähe gerückt sei, jedenfalls ist eine allgemeine Aussperrung beabsichtigt. Die Arbeiterschaft nahm in einer am 26. Oktober stattgefundenen Versammlung zu den Vorschlägen Stellung. Sie lehnte die Zugeständnisse als ungenügend mit 838 gegen 60 Stimmen ab. Besonders verärgert wurde die Situation noch durch eine Erklärung der Unternehmer, in Zukunft die Arbeiterausschüsse nicht mehr als Vertreter in Lohnfragen anerkennen zu wollen; Lohnfragen sollten mit jedem Arbeiter einzeln erledigt werden. Bisher wurden die gewählten Vertreter in den Fabriken bei vorfindenden Differenzen ohne weiteres zugelassen. Ein Beschluß der Schiedskommission ist nach nicht gefaßt, in den nächsten Tagen wird das geschehen. Da es voraussichtlich zu einem schweren Kampf kommt, wird dringend gebeten, den Zugang von Schuhmachern nach Dresden fernzuhalten.

Das Bild des Industriearbeiters im Kopfe sächsischer Richter!

In Klingenthal in Sachsen sollte zur Förderung der Organisation unter den Metallarbeitern eine Versprechung in einem in Böhmen — Klingenthal liegt an der Grenze — gelegenen Orte abgehalten werden. Zu diesem Zwecke wurden Handzettel, die zu einer Versprechung einluden, auch im Betrieb des Metallfabrikanten Pamerhess in Klingenthal verteilt. Der Seitenmacher Otto Gerbeth erhielt deswegen eine Anklage wegen Hausfriedensbruch und wurde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Köstlich ist nun die Begründung des Urteils. Es heißt darin u. a.:

„Der Angeklagte verneint jedoch die Widerrechtlichkeit seines Tuns; er sei von einigen Arbeitern der Fabrik aufgefordert worden, sich in die Werkstatt zu begeben. Auch wenn die Darstellung des Angeklagten richtig ist, so bleibt sein Tun doch widerrechtlich; die Arbeiter sind insonderheit nicht als Vertreter des Berechtigten anzusehen. Da die Arbeiter gegen ihren Dienstherrn aufgebracht werden sollten, war sich der Angeklagte wohl bewußt, daß er gegen den Willen des Fabrikherrn dessen Räume betrat. . . . Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescheidenheit des Angeklagten und des Umstandes, daß er die Interessen seiner Partei, also nicht persönlich, hat wahrnehmen wollen, hat das Gericht von einer Gefängnisstrafe abgesehen. Da jedoch in dem Tun eine Dreistigkeit insofern zu erblicken war, daß der Angeklagte die Räume desjenigen betrat, gegen den die Arbeiter aufgehet werden sollten, hat man eine nicht unbedeutende Geldstrafe auszusprechen müssen.“

Die Tagesordnung, die so heberisch sein sollte, lautet: „Was haben die Arbeiter bei der Firma Pamerhess verabsäumt und was kann diese Vernachlässigung für Schäden mit sich bringen.“ Gewiß kein weltumtörendes Thema!

Interessant ist zweifellos die Anschauung des erkennenden Amtsrichters v. Scheidner über die Stellung eines modernen Industriearbeiters seinem Unternehmer gegenüber. „Dienstherr“, „Dreistigkeit“, „heberisch“ um. atmen den Geist der Gefindeordnung, sind aber echt sächsisch.

Tarifabschluss der Brauereiarbeiter in Stuttgart.

Nach längeren Verhandlungen ist nun auch für die Stuttgarter Brauereiarbeiter mit dem „Verein der Brauereien in Stuttgart und der Umgegend“ ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen. Die wesentlichsten Verbesserungen sind neben der allgemeinen Lohnerhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit im Winterhalbjahr um eine halbe Stunde, so daß die Arbeitszeit jetzt im Sommerhalbjahr 9½ Stunden, im Winterhalbjahr 9 Stunden beträgt; ferner Herabsetzung der Anwesenheitszeit für das Personal um 1 beginnende Stunde und Regelung der Ueberstunden und der Jahrgulagen für sämtliche Fahrer, einschließlich der Rotarwagenfahrer.

Die organisierten Arbeiter im sächsischen Hafen zu Offenbach (freie Gewerkschaftler und Hirsch-Dunderische) haben in einer Versammlung einstimmig beschlossen, mit den schärfsten Mitteln auf die Wiedereinstellung eines nach ihrer Ansicht zu kurzgeklaffenen Arbeiters hinzuwirken. Unter Umständen wollen die Arbeiter den Betrieb im städtischen Hafen stilllegen.

Letzte Nachrichten.

Die Erschwahlen für Lueger.

Wien, 28. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die heute stattgefundenen Erschwahlen für den österreichischen Landtag im 2. Wiener Bezirk, der bisher durch den verstorbenen Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger, vertreten war, hatte folgenden Resultat: Der Kandidat der Sozialdemokratie erhielt 8477 Stimmen, der Christlichsoziale 10832, drei liberale bürgerliche Kandidaten zusammen 4000, auf je einen Kandidaten der Tschechen und Deutschradikalen entfielen 400 Stimmen. 1000 Stimmzettel waren leer. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen dem Sozialdemokraten und dem Christlichsozialen. Die Sozialdemokratie gewann gegenüber der letzten Wahl 1700 Stimmen, während die Christlichsozialen 1500 Stimmen verloren.

Bei der ebenfalls heute stattgefundenen Erschwahl des durch Lueger vertretenen gewesenen Reichstagsmandats siegte der Christlichsoziale Bürgermeister Reumayer über den Sozialdemokraten. Der Stimmengewinn der Christlichsozialen betrug 800, der der Sozialdemokratie 1200.

Wahlniederlage der kroatischen Regierung.

Agram, 28. Oktober. Bei den heutigen Landtagswahlen unterlag die Regierung gegenüber den koalitions- und ungarfeindlichen Staatsrechtlern. Infolge dieses Ausganges der Wahlen wird der Landtag vermutlich aufgelöst werden.

Fortsicherung der Interpellationsdebatte.

Paris, 28. Oktober. (B. L. B.) Deputiertenkammer. Thomas erwiderte den Ministern: Die Regierung habe schon gegen das Streikkomitee als solches zu Repressivmaßnahmen gegriffen und nicht deshalb, weil dies Komitee sich der Ausföhrung zur Sabotage schuldig gemacht habe. Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Ein Weltrekord für Dauerflug und Entfernung.

Stampes, 28. Oktober. (B. L. B.) Der Flieger Labouteau ist heute von 8 Uhr 45 Minuten morgens bis 2 Uhr 45 Minuten nachmittags über dem hiesigen Aerodrom geflogen und hat damit einen Weltrekord für Dauerflug aufgestellt, ebenso hat er mit 465 Kilometern den Weltrekord über die Entfernung geschaffen.

Ein Höhenrekord.

New York, 28. Oktober. (B. L. B.) Der Flieger Johnson hat heute mit einem Höhenflug von 8170 Fuß auf dem Belmontparkgelände einen neuen amerikanischen Rekord geschaffen.

Die Radboder Katastrophe vor Gericht.

Neunter Verhandlungstag.
Telegraphischer Bericht.

Am heutigen letzten Verhandlungstage hielt der Verteidiger des Angeklagten, Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Heine sein Plädoyer: Ich beantrage, den Angeklagten Wagner freizusprechen. Drei Zeugen haben das infrimierte Gespräch dem Sinne nach bestätigt, sie haben es positiv gehört. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ hat dieses Gerücht referierend wiedergegeben, um zur Klärung der Sache beizutragen. Das war der Zweck des Artikels. Wenn man die Absicht gehabt hätte, Herrn Andree den Vorwurf der Freigebigkeit zu machen, dann würde man andere Worte gefunden haben. Das Leben des Vergemann ist ein ewiger Krieg, ein täglicher Kampf, und da hat jeder das Recht, die Frage nach der Ursache des Unglücks aufzuwerfen. Der erste Prozeß war wohl angeklagt, um eine Verurteilung des Angeklagten herbeizuführen und dann sagen zu können, der Redakteur sei verurteilt, daher sei alles unwahr. Minimal ist das in der Weisungsaufnahme nicht bewiesen. Es ist bezeichnend, daß fast alle Zeugen ausfanden, es haben keine Mißstände bestanden, es seien keine Fehler gemacht worden usw. — Aber Herr Hollender hat ausdrücklich bekundet, daß es auf Radbod über- all gefährlich gewesen sei. Der Herr Staatsanwalt hat gesagt, man habe es hier mit einem amerikanischen System zu tun. Das ameri- kanische System mag manches Gute an sich haben, wenn es aber eine Entwürdigung bedeutet, die

Über Leichen

geht, dann danken wir dafür. Bezüglich der Wasserzuführung hat man folgende Eventualmaximas aufgestellt: 1. Es ist immer ge- riefelt worden; 2. Das Ventil ist nie geschlossen gewesen; 3. Wenn das Ventil geschlossen war, ist allerdings nicht geriefelt worden; 4. Die Arbeiter haben aber das Ventil zugeschlossen. Das Wetter- buch ist ersichtlich der Wahrheit und den Tatsachen zuwider geföhrt worden, und es ist charakteristisch, daß auch der Betriebsführer Berg von wesentlichen Mängeln nichts wußte. Die Führung des Wetter- buches war geradezu eine Komödie. Es war eine grobe Pflicht- widrigkeit, daß das Buch nicht ordnungsgemäß geführt wurde. Die Frage, ob bestimmte Personen an dem Unglück schuld sind, kann ich nur als kleinlich bezeichnen. Ich und mein Klient haben nicht das mindeste Interesse daran, daß eine Person bestraft wird. Wir wollten nur die Ursachen aufdecken und die Uebelstände beleuchten. Was die Aussage des Herrn Direktors Köhnen anlangt, muß ich noch einmal unterstreichen, daß die Aussage auf mich den Eindruck gemacht hat, daß Herr Köhnen nicht glaubwürdig ist. Köhnen ist eben vor den Betriebsunternehmern ins Mansfeld gekrochen. Herr Janßen wollte nicht, daß Arbeitervertreter zu den Vergun- gungsarbeiten hinzugezogen werden, und so ist es auch geschehen. Der Angeklagte war verpflichtet, seine Meinung über das Unglück und die Ursache zu sagen und der Untersuchung zu dienen. Wenn die Herren Gegner glauben, daß Radbod in diesem Prozeß glänzend abgeschnitten hat, so hätten sie sich doch im vorigen Jahre der Weisungsaufnahme nicht zuwidersehen brauchen. Ueber das System selbst ein Urteil zu fällen, wird hier in diesem Saale nicht ge- schehen. Dieses Urteil kann kein juristisches, sondern ein mora- lisches sein. Dem Angeklagten gebührt Dank und nicht Bestrafung.

Nach kurzer Replik des Staatsanwalts und des Vertreters des Nebenklägers, R.-A. Dr. Köttgen, und einer Erwiderung des Verteidigers R.-A. Heine zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach etwa 15stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Zimmermann folgendes

Urteil:

Nach dem Ergebnis der Weisungsaufnahme kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das fragliche Gespräch weder so, wie es zum Abdruck gelangt ist, noch auch sinngemäß geführt worden ist. Es ist vielmehr erwiesen, daß ein solches Gespräch zwischen Direktor Andree und Inspektor Hollender nicht stattgefunden hat. Die Ver- handlungen der Zeugen gehen auch dahin, daß ein Gespräch in ganz anderem Sinne gepflogen ist als behauptet ist. Nach der Behaup- tung der „Vergarbeiter-Zeitung“ würde dem Sprecher jedes menschl- che Gefühl abgehen. Dagegen betonen die Zeugen, daß der Be- treffende gesagt haben soll: Leider, leider! Das ist das gerade Gegenteil. Es muß dem Angeklagten allerdings zugute gehalten werden, daß er den Erzählungen Glauben geschenkt hat, und es muß ihm auch der Schutz des § 193 zugebilligt werden. Nach der Form des Artikels unterliegt es aber keinem Zweifel, daß er von der Absicht geleitet worden ist, Direktor Andree zu beleidigen, ihn bloßzustellen und zu kränken. Wenn der Angeklagte diese Absicht nicht gehabt hätte, hätte er an das Zweiggespräch andere Aus-

führungen angeschlossen. Der Angeklagte ist daher wegen öffent- licher Beleidigung zu bestrafen. Bei der Abmessung des Straf- maßes war zu prüfen, ob aus dem Verhalten des Direktors Andree oder der Zeugenverwaltung sich Gründe ergeben, die eine mildere Strafe rechtfertigen können. Es darf wohl als unbedingt festgestellt erachtet werden, daß Lebrnde nicht in der Grube waren, als dieselbe geschlossen wurde. Die Ursachen der Explosion konnten nicht aufgeklärt werden. Es bestehen Möglichkeiten, aber genaue Feststellungen hierüber liegen sich nicht machen. Die Frage nach einem schuldhaften Verhalten des Nebenklägers muß verneint werden. Im übrigen kann hier nicht alles erörtert werden, was im Laufe der langwierigen Weisungsaufnahme besprochen ist. Aber es muß festgestellt werden, daß Spurlatten an dem Ingradstange mehr als ausreichend zur Verfügung standen. Im übrigen hat der Ver- teidiger Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen geltend gemacht. Er hat dabei aber vergessen, daß in demselben Maße Bedenken gegen die vom Angeklagten gelieferten Zeugen geltend gemacht werden können. Gerade diese Leute haben, was aller- dings in der menschlichen Natur liegt, manchmal etwas viel gesagt. Jedenfalls ist von den Zeugen vielfach maßlos übertrieben worden. Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß einige Einrichtungen auf Radbod verbesserungsbedürftig waren. Es ist festgestellt, daß die Wasserzuführung unterbrochen war. Es muß aber auch anerkannt werden, daß die Leitung an sich nicht zu beanstanden ist, daß aber bessere Informationen an die Leute notwendig gewesen wären. In Betracht komme jedoch auch, daß die Arbeiter manchmal nicht gern sprigen und deshalb vielfach das Riefeln unterlassen haben. Be- züglich der Schlagweiser hätte allerdings der Vorgang an dem Ort, an dem Thomas arbeitete, eingetragen werden müssen. Die Ein- tragung ist aber nicht erfolgt, weil man die Ansicht vertritt, daß be- seitigte Ansammlungen nicht eingetragen zu werden brauchen. Schräme sind von den Arbeitern vielfach zugegeben. Das Ver- halten der Leute ist unredlich. Sie haben es auch selbst empfunden und ihre Arbeit als Fälscherei bezeichnet. Die Zeugen waren jeden- falls mit dieser Arbeit nicht einverstanden. Die Höhe, das Ver- hältnis der Arbeiter zu den Arbeitgebern, die Beziehungen zwischen der Aufsichtsbehörde zur Zeugenverwaltung und dem Knappschafts- verein können hier nicht erörtert werden. Als Ergebnis kann zu- sammengefaßt werden, daß auch andere Zeugen verbesserungs- bedürftige Verhältnisse haben. Aber jedenfalls besteht zwischen diesen Mängeln und dem Unglück keinerlei Zusammenhang. Es ist nicht erwiesen, daß in irgendeiner Weise Direktor Andree ein schuld- haftes Verhalten trifft. Deshalb ist der Angeklagte zu dreimonatiger Haft verurteilt, eventuell für 10 M. ein Tag Gefängnis, verurteilt worden. Außerdem wurde auf Tragung der Kosten und auf Publi- kationsbefugnis erkannt.

Prozeß Bruhn und Genossen.

Fünfter Tag.

Zu Beginn der Sitzung erklärt Rechtsanw. Rederer: Die „Frankfurter Zeitung“

hat sich durch eine Feststellung von mir betroffen geföhlt. Sie hat sich erboten, zur Aufklärung der Sache ihren Handelsredakteur zur eiblichen Vernehmung kostenlos zu stellen. Das wird nicht notwendig sein. Ich habe nur behaupten wollen, die „Frankfurter Zeitung“ hätte Angriffe gegen das Bankhaus Friedberg gebracht und darauf später Inserate von Friedberg genommen. Es hat mir fern gelegen, damit der „Frankfurter Zeitung“ irgendwie den Vorwurf zu machen, sie hätte bei der Abfassung der Artikel oder Aufnahme der Inserate irgend welche unlauteren Absichten gehabt. Der Verteidiger behauptet des weiteren, gegen seine Klienten liege auch nichts weiteres vor.

Der Zeuge Meier, Inhaber der „Original-Meterei und Dorf- schenke zum großen Gottlieb“, und dessen Ehefrau bekundeten abet- einstimmend folgendes: Beide seien in Poulaborn mit

Wäsinger

bekannt geworden. Als die gegen A. gerichteten Artikel erschienen, hätten beide den Angeklagten Paul Bruhn gebeten, diese Artikel zu unterdrücken. Paul Bruhn habe darauf geantwortet, es tue ihm sehr leid, aber er könne das nicht machen. Die gleiche Antwort habe Paul Bruhn gegeben, als eine ähnliche Bitte wegen des Artikels „Antimilitarismus“, durch welchen ein Herr Vogel getroffen werden sollte, an ihn gerichtet wurde.

Der Zeuge Meier, Inhaber der „Hopfenblüte“, be- kundete, daß er seit vielen Jahren mit dem vor einiger Zeit ver- storbenen Karl Wäsinger bekannt war. Als die Artikel gegen Wäsinger erschienen, habe dieser zu ihm geführt, daß er in einem Jahre 1 Million und 200 000 Mark verdient habe. Er solle es ver- suchen, ob sich die Sache nicht auf gütlichem Wege, so vielleicht durch

die monumentale Urnenhalle. Nun aber ist ein Berliner Erfinder auf eine sehr interessante Idee gekommen, wie man die Asche in eine ganz neue Form bringen und sie als eine besonders freund- liche Erinnerung an den Dahingegangenen in seiner nächsten Nähe bewahren kann. Es ist ihm gelungen, die lockere Asche plastisch zu machen, so daß sie sich in jede gewünschte Form bringen läßt. Mit Hilfe einer Photographie des Toten wird ein Zinkstempel her- gestellt, das das Portrait des Verstorbenen vertieft enthält. Aus der plastisch gemachten Asche wird nun eine vieredrige Platte ge- formt und das Bild des Verstorbenen als kräftig herausstretendes Relief darauf gepreßt. Das Ascheportrait besteht aus einem un- gewöhnlich haltbaren Material; selbst mit einem Hammer ist es schwer zu zertrümmern. Man kann das Aschebild nun an der Zimmerwand aufhängen, wo es in seiner braunen, majestätisch- lichen Ebnung eine hübsche und sehr intime Erinnerung an den Verstorbenen darstellt.

Der monumentale Kaminkühler und das hübsche Zimmer- andenken an den Toten, sie stellen beide Gipfel moderner Geschnad- losigkeit dar.

Ein Papyrus von 122 Fuß Länge. Die ägyptische Sammlung des britischen Museums ist jetzt durch einen kostbaren Schatz be- reichert worden: einen Papyrus, der zu den längsten der Welt ge- hört und wertvolle neue Aufschlüsse über die altägyptische Kultur und über die religiösen Vorstellungen des Pharaonenvolkes liefert. Der Papyrus ist eine prächtige Kopie des Buches der Toten aus Theben und ist begleitet von einer reichen Sammlung von Gottes- anrufungen und Lob-schmühen an Amen-Ra, den großen Gott von Theben. Die Rolle wurde für die Prinzessin Nesit-neb-asher, die Tochter der Königin Nesit-henu, geschrieben, die etwa um die Zeit 1040—1000 v. Chr. auf der Höhe ihrer Macht stand. Ein Teil des interessanten Dokumentes ist bereits entziffert; aus den über- setzten Stellen geht hervor, daß die ägyptische Vorstellung von Vater und Sohn im Rahmen der Dreieinigkeit in der ägyptischen Auffassung des Verhältnisses zwischen Amen-Ra und Osiris ihre Analogie hat. Der Papyrus vertritt weiter, daß viele der sogenannten „neuen“ religiösen Sitten und religiösen Theorien, die heute eifrig umritten werden, mit geringen Abweichungen auch schon den alten Ägyptern bekannt waren, deren Priesterkastei vor drei Jahrtausenden solche Religionsvorstellungen sorgsam pflegte, an- erkannte oder ablehnte. Der Text der Rolle gibt auch ein fesselndes Bild von der Entwicklung der Gottesidee bei den alten Ägyptern und läßt erkennen, wie allmählich neue Gottheiten geschaffen wurden, die angerufen werden konnten, da die ursprüngliche Vorstellung die höchste Gottheit weit über die Sorgen und Leiden der Menschen er- hob, so hoch, daß sie für Witten und Gebete unerreikbaar blieb. Der Papyrus, der ausgezeichnet erhalten ist und dessen Rinte trotz des dreitausendjährigen Alters noch klar und schwarz leuchtet, ist nicht weniger als 122 Fuß lang und 20 1/2 Zoll breit. Die Museums-

ein Inserat machen ließe. Er, Zeuge, habe sofort gesagt, daß Bruhn hierfür nicht zu haben wäre, sei aber trotzdem zu Bruhn hin- gegangen. Als er diesem nach einer gewissen Richtung hin auf den Bahn fühlte, habe Bruhn sofort abgelehnt und gesagt, wenn sie nicht so gut befreundet wären, würde er ihn einfach an die frische Luft legen. Auf Fragen des Vorsitzenden und des Landgerichtsrats Eröde erklärte Zeuge noch, daß er den Eindruck gehabt habe, daß diese Ablehnung durchaus ernst von Bruhn gemeint war.

Kapellmeister Samuel Stern, der im

Café Red

Kongerte gibt, hat einmal von Wilh. Bruhn gehört, daß infolge eines in der „Wahrheit“ erschienenen Artikels über das Café die Red-Leute sich an ihn gewandt und Inserate angeboten hätten; er habe dies aber rundweg abgelehnt. — Zeuge Konquisteur Alfred Leupold bestätigt, daß eines Tages ein junger Mann im Bureau der „Wahrheit“ erschienen sei und gefragt habe, ob die Artikel nicht unterlassen werden könnten, wenn Inserate aufgegeben werden würden. Der junge Mann sprach noch von einer größeren Summe, etwa 1000 M. Der Zeuge meint, er habe zwar gewußt, daß in der „Wahrheit“ so etwas nicht gemacht werde, der Kuriosität wegen aber den jungen Mann in das Zimmer von Wilhelm Bruhn geschickt. Der junge Mann sei sehr schnell wieder herausgekommen, Inserate von Red seien in der „Wahrheit“ nicht erschienen.

Zeuge Dr. jur. Eduard Moser, Geschäftsführer der

„Vereinigung der Rechtsfreunde“

bekundet, daß in der „Wahrheit“ ein Artikel gegen die Vereinigung erschienen sei, der an einen ziemlich harmlosen Vorgang angeknüpft hatte und leicht widerlegt werden konnte. Die „Wahrheit“ habe auch seine Entgegnung anstandslos aufgenommen. geraume Zeit nach diesem Angriff, den er schon ganz vergessen hatte, sei Paul Bruhn bei ihm erschienen und habe gefragt, ob er nicht einen Inseratenauftrag geben wolle. Dieser sei dann auch erteilt worden. Er habe dann gebeten, daß wenn wieder einmal ein Angriff erfolgen sollte, er bereit sei, jede sachdienliche Aufklärung zu geben und dankbar wäre, wenn man ihm Gelegenheit zu sofortiger Gegenerklärung geben würde. Das sei denn auch geschehen: als wieder ein Angriff erschien, sei seine Gegenerklärung sofort mit abgedruckt worden. Darin habe sich die „Wahrheit“ vorteilhaft von anderen Zeitungen unterschieden. Der „Vorwärts“ habe 3. B. einmal unerhörte Angriffe gegen die „W. d. R.“ erhoben, die Aufnahme einer Gegenerklärung aber ab- gelehnt mit dem Bemerkten: „Wir machen für Sie keine Reklame.“

Der Zeuge Dr. Moser hat darin recht, daß wir vor seinem Bureau und ähnlichen marktgerichtlichen Rechts- konsultanturbureaus gewarnt und diese Warnung durch An- führung von Tatsachen begründet haben. Niemand ist dem Zeugen die Ausnahme einer Erklärung tatsächlicher Natur von uns verweigert, wohl aber wird von uns stets jeder Versuch zurückgewiesen, unsere Bereitwilligkeit, Erklärungen tatsächlicher Natur aufzunehmen, zur Ausnahme von Reklamen für bekämpfenswerte „Institute“ zu misbrauchen. Das sollte jede anständige, unabhängige Presse tun und tut es auch. Gegenteilig verfährt die Sen- sations-, die Annoncen- und die „nationale“ Presse, wenn die folgenden Ausführungen der als „Sachverständige“ abgehörten Herren Liman und Kluge zutreffen.

Sind alle bürgerlichen Blätter versenkt?

Es folgt eine längere Auseinandersetzung über die Frage, ob es im Zeitungswesen löblich ist, solche

Angriffe vor ihrem Erscheinen den Angegriffenen zur etwaigen Gegenerklärung vorzulegen,

oder ob es zu billigen sei, wenn von Redaktions wegen solche An- fragen an die Angegriffenen gerichtet werden, sobald die Betroffenen Inzerenten sind. — Sachverständ. Dr. Liman erklärt auf Verfragen, daß nach seiner Meinung ein Zusammenhang zwischen Inzeratenteil und redaktionellem Teil bei einer großen Zeitung überhaupt nicht besteht. Im übrigen könne, wenn es sich hier um ein Privatinstitut handele, der Redakteur es als Inzeratenteil und auch Pflicht der Vorsicht betrachten, vorher bei dem Angegriffenen anzufragen. — Der zu diesem Thema gleich- falls befragte Sachverständige Kluge meint: Ein solcher Angriff würde dem Chefredakteur vorgelegt werden müssen und die Aufnahme eines solchen Angriffs würde aber wohl vom Che- redakteur abgelehnt werden, wenn es sich um Großinzerenten handelt. — Rechtsanw. Rederer: Das ist es ja, worauf es ankommt. — Der Angekl. Wilh. Bruhn betont sehr lebhaft, daß er die Anstandslosigkeit ausgeübt habe, hier einem Angegriffenen Gelegen- heit zur Gegenäußerung zu geben. Man scheint ihm nur einen Vor- wurf daraus zu machen, daß dies einem Inzerenten gegenüber ge-

beholden werden sobald als möglich eine Uebersetzung des ganzen Papyrus herausgeben.

Notizen.

— Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schau- spielhause ist von jetzt ab für die Sonntagsnachmittags Vor- stellungen ein Einheitspreis von 1 M. für jeden Parlett- oder ersten Rang-Platz festgesetzt. Als erste Aufführung geht am Sonntag „Haut“ I Teil in Szene.

— Russischrontl. In der Volksover beginnt am 17. November ein Gastspiel russischer Sänger, Balalaika- spieler und Tänzer, die mit hilfgereuten Dekorationen und National- kostümen Szenen aus dem Leben sibirischer Gefangener und freier Ansiedler darstellen werden. Die Lieder sind von W. Dariajew ge- sammelt.

— Eine neue Vereinigung bildender Künstler und Künstlerinnen hat sich in Berlin gebildet. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem großen Publikum gute Kunstwerke zugänglich zu machen. Es wird durch eine Jury dafür gefordert, daß trotz der erdöwinglichen Preise nur erste Arbeiten zur Ausstellung gelangen. Die erste Ausstellung soll in nächster Zeit eröffnet werden.

— Ein Radiuminstitut, das seine Mittel einer Stiftung verdankt und der physikalischen Erforschung des losbaren Elements dienen soll, wurde in Wien eröffnet. Die Anstalt verfügt über drei Gramm Radium, die aus Joachimsthal stammen. Zu den nächsten Aufgaben des Instituts gehört die Festlegung eines Maßes für Radiumgehalt und die Bestimmung der Radioaktivität von Quellen und Gesteinen.

— Eine Markenklebmaschine. Die Londoner Post- ämter werden in kurzem mit einer automatisch arbeitenden Maschine versehen sein, die Briefmarken nicht bloß verkauft, sondern auch so- fort auf den Brief aufklebt; die Maschine ist infolgedessen jede Stunde 4000 Briefmarken zu verteilen. Sie tritt in Tätigkeit, wenn man in eine Öffnung einen Penny und in eine zweite Öffnung den Brief hinein- steckt; in einem Ru erscheint dann unten auf einem Schieber der Brief mit der aufgeklebten Marke. Es ist ganz unmöglich, bei dieser Marke- vulation irgend ein anderes Gebild zu verwenden als einen englischen Penny. In einem Zeitraum von 14 bis 15 Sekunden- stunden klebt die Maschine automatisch mit Lichtigkeit 50 000 Marken. Vorläufig funktioniert die Maschine erst auf einem Londoner Post- amt; nach und nach sollen aber alle anderen Postämter der Pfalzstadt und die größeren Poststationen des Landes mit solchen Maschinen ausgestattet werden.

— Die Erbswürst feiert in diesem Jahre ihr vierzig- jähriges Jubiläum. Sie wurde 1870/71 im deutsch-französischen Kriege zuerst erprobt. Ihr Erfinder war ein Berliner Koch, namens Grünberg, dem das preussische Kriegsministerium das Rezept für 37 000 Taler abkaufte.

Kleines feuilleton.

Mitterburgen und Totenporträts. Im Stuttgarter Kunst- gemerbemuseum ist neuerdings eine Sammlung moderner Kunst- gemerblicher Ungetüme und Geschmackslosigkeiten zum abschreckenden Beispiel ausgestellt. Man könnte meinen, diese Veranstaltung läme zu spät, da wir ja seit Jahr und Tag in einer kunstgewerb- lichen Renaissance leben, die von gesunden und natürlichen Grund- sätzen geleitet wird. Daß dem keineswegs so ist, daß wir vielmehr mitten in der ärgsten Barbarei stehen und eine Erweiterung der Sammlung dringend notwendig ist, beweisen einige neue Beispiele fürchterlicher Art.

In Halle wird demnächst ein „sehr interessantes Bauwerk“ entstehen. Man sieht darüber in einem Fachblatt: „Man wird auf dem Gelände des städtischen Elektrizitätswerkes eine Burg mit ge- waltigem, achteckigem Turm, Wachtbüchsen, Zinnen, Graben usw. erblicken. Zugzeiten wird man Dampfwolken hoch oben aus dem Turm aufsteigen sehen, als wenn die Bewohner ein ausgebrochenes Feuer löschten. Das Gebäude ist nach einem Gedanken des Herrn Direktors des Halleischen Elektrizitätswerkes ein genial maskierter Kaminkühler, in dem das warme Abwasser der Kondensation ständig zu erneutem Gebrauch zurückgeführt wird. Das gewaltige, ring- um von einer Mauer und einer grabenartigen Vertiefung um- gebene Burgpartierre trägt auf jeder Ecke einen wachhübsartigen gedungenen Aufbau mit Spitzdach und zwischen diesen Gebäuden erhebt sich der mächtige, 29 Meter hohe Turm, der oben noch einen Durchmesser von nicht weniger als 11 Meter hat. Auf etwa zwei Drittel seiner Höhe trägt der Turm ein vorspringendes, steil ab- fallendes Zwischendach. Und überall sind Zinnen, Ausstragungen und sonstige bauliche Ornamente, wie man sie von alterher bei Burgen kennt. Das Ganze, von einem unserer ersten Architekten und überdies Sachverständigen für Burgenkunde entworfen, wird einen unpolanten Eindruck machen und der Stadt im allgemeinen sowie dem Elektrizitätswerk im besonderen zur größten Bierde ge- zeichnen.“

Hält diese Architekturmaschinerade in alte Sünden zurück, so er- scheint ein anderes Unternehmen auf den ersten Blick höchst orga- nisch und materialgerecht und entspricht insofern den Forderungen des modernen Kunstgewerbes durchaus. Eine Berliner Korrespon- denz führt es folgendermaßen ein: „Wenn der Leib eines ver- storbenen lieben Anverwandten von der Flamme bergebt und die Asche den Hinterbliebenen übergeben worden ist, dann sieht diesen noch ein neuer schmerzlicher Moment der Trennung bevor, denn nun müssen sie die Asche des Toten aus ihren Händen in die Urnen- halle fortgeben. Denn die Urnen, die bisher die einzige Auf- bewahrungsmöglichkeit für die Totenasche boten, gehören einzig in

sehen sei. Würde er es einen Nichtinterferenten gegenüber tun, dann würde man ihm wieder nachsehen, daß er es zum Zwecke des Interferenzfanges tue. — Zeuge Dr. Moser erklärt noch: Die Angriffe gegen sein Institut rührten meist von entlassenen Angehörigen her. Allerdings sei es auch vorgekommen, daß einmal von der „V. Z. a. M.“ ebenso vorher bei ihm angefragt worden sei, als sie die Nachricht bekam, daß er angeklagt verhaftet sein sollte. Er sei auch Interferent bei der „V. Z. a. M.“

Demnach soll als Zeuge Finanzschriftsteller Prof. Dr. Moritz Meher vernommen werden. Er ist nicht anwesend und auf telephonische Anfrage wird festgestellt, daß er von einem Schlaganfall betroffen ist und im Moabit Krankenhaus liegt, aber vernunftfähig ist. Der Zeuge soll die Behauptungen des gestern vernommenen Zeugen Strauß widerlegen.

Es werden noch einige

Straßenhändler

vernommen. Sie erklären übereinstimmend, daß sie in Bezug auf die Art, wie sie Artikel der „Wahrheit“ auszurufen hätten und wo sie sich aufstellen sollten, von keinem der Angeklagten Anweisung erhalten hätten. Einige weisen diese Zurechnung entschieden zurück: „Sie stellen sich da auf, wo sie es für zweckdienlich halten“, „irgend welche Vorschriften lassen sie sich nicht machen“, „ausgebrüllt wird nicht, es tut bloß jeder seine Schuldigkeit“ usw. usw. Auf eine Anzahl Straßenhändler wird verzichtet, dagegen noch der Journalist Simonson vernommen, der gleichfalls bekunden soll, daß die Straßenhändler sich keine Direktive von dritter Seite geben lassen. Der Zeuge bekundet u. a.: Er sei Herausgeber der inzwischen wieder eingegangenen juristischen Wochenchrift „Das Gericht“ gewesen und habe selbstverständlich auch Fühlung mit den Straßenhändlern suchen müssen, denn es sei nicht möglich, eine solche Zeitschrift ohne die Straßenhändler, unter denen sich „wahre Genies“ befinden, in die Höhe zu bringen. Diese Herren lassen sich bezüglich der Art, wie sie die Zeitungen ausbieten sollen, absolut keine Vorschriften machen. Sie halten in ihrer Stammkneipe neben dem Caffage-Theater in der Behrenstraße gewissermaßen Generalversammlungen ab, wo beschlossen wird, wo und wie einzelne Artikel ausgerufen werden sollen. Sie lassen sich bestimmte Plätze nicht vorschreiben. Bei ihren Anpreisungen folgen sie ganz ihrer eigenen Eingebung. Beispielsweise wurde ihnen gesagt, sie sollten doch den Namen eines Reichsgerichtsrats, der einen Artikel veröffentlicht hatte, ausrufen, sie meinten aber: „Ein Reichsgerichtsrat ist langweilig, das zieht nicht.“ (Weiterkeit.) Einen Artikel über den Prozeß Bremer färbten sie als „hochinteressanter Sportartikel“ aus. (Weiterkeit.) Die Tatsache, daß immer zwei Händler dicht bei einander stehen, ist nicht Zufall, sondern Absicht. Man rechnet ganz richtig darauf, daß wenn ein Posten an dem ersten Händler und dessen Anpreisung noch ziemlich achsellos vorübergegangen ist, er durch das sehr laute Angebot des nicht weit davon stehenden zweiten Händlers doch zum Kaufen anregt wird. Und seiner juristischen Wochenchrift hätten die Händler fast eine Sensations- und Sportzeitschrift gemacht. (Weiterkeit.)

Erklärung des Verteidigers.

Rechtsanwalt Drexler erklärt bezüglich der Strafanzeige, die die ganze Sache ins Rollen gebracht, daß nach einer ihm vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer gemachten Mitteilung die Anzeige von diesem nicht aus eigenem Antriebe gemacht worden sei, sondern in seiner Eigenschaft als Verteidiger des Redakteurs Dörsel, der ihn damit beauftragt habe.

Der Verteidiger teilt ferner mit, daß soeben vor dem Schöffengericht eine Verhandlung gegen drei Straßenhändler stattgefunden habe, die wegen Betruges verurteilt worden sind, weil sie sich vor dem Warenhaus Tieg aufgestellt und ausgeföhren hatten: „Entföhlungen über das Warenhaus Tieg!“ Tatsächlich sei in der betreffenden Zeitungsnnummer nur eine kleine, ganz unbedeutende Notiz über das Warenhaus Tieg enthalten gewesen.

In Ergänzung der unvollständigen Behauptung des Verteidigers teilen wir aus der Verhandlung gegen die Straßenhändler folgenden Sachverhalt mit: Die Straßenhändler hatten die „Wahrheit“ unter dem Namen: „Entföhlungen aus dem Warenhaus Tieg“ und „Liesesabenteuer in dem Warenhaus Tieg“ ausgeföhrt. Damit hatten die Straßenhändler den Inhalt einer Erzählung gemerkt, in der das angebliche Liesesabenteuer eines Kommerzienratschötersleins gechildert wurde, welches auf Abwege geraten sei und sich einem Affessor gegenüber als Telephonistin in dem Warenhaus Tieg ausgegeben habe und dann von ihrem Verlobten in einem von ihr gemieteten möblierten Zimmer bei einem Rendezvous überrascht worden sei. Nichtig ist, daß nicht der Verleger Bruhn, sondern die Straßenhändler wegen — Betruges angeklagt und gestern zu 10 M. Geldstrafe verurteilt wurden.

Der Angekl. Bruhn beruft sich sodann auf das Zeugnis seines Kassierers Trautmann. Dieser bezeugt ihm, daß in der „V. Z. a. M.“ einmal ein Artikel unter der Ueberschrift „Mord- und Selbstmordveruch in einem Berliner Hotel“ gestanden habe, aber auf den gelben Fetten, die den Straßenhändlern zum Zwecke der Agitation mitgegeben werden, bezeichnet stand: „Mord- und Selbstmordveruch im Hotel Adlon“. So sei der Artikel dann auch auf der Straße ausgeföhrt worden. Dieser gelbe Fettel wird dem Verichte vorgelegt.

„Nationales ohne Dred zieht nicht“.

Der nächste Zeuge ist Kaufmann Döw. Buchholz. Er gehört der deutsch-konservativen Partei an und war etwa ein Jahr Redakteur der „Deutschen Volkspost“, des Organs der Mittelhandvereinerung. Er bezeugt, daß er sich die denkbar größte Mühe gegeben habe, um das Blatt in das Publikum hereinzubringen, es sei das aber trotz aller Mühe nicht gelungen, obgleich die Zeitung sehr gebiegene Artikel brachte und eine Reihe bedeutender Mitarbeiter hatte. Es sei ihm dann von Bekannten gesagt worden, er müsse auch etwas Prickelndes in die Zeitung bringen, denn es sei fürchtbar schwer, so eine nationale Wochenchrift ohne alle prickelnden Zutaten in das Publikum zu bringen. Er habe dies aber abgelehnt. Im übrigen siehe er auf dem Standpunkt des Sachverständigen Dr. Liman, daß das Publikum ein bißchen Sensation wünscht und ein nationales Wochenblatt ohne ein wenig Sensation nicht ins Publikum dringen kann.

Der Zeuge Buchhändler und Zeitungspediteur Warthenau bezeugt dem Angeklagten Bruhn, daß bei einem Gespräch mit ihm über die bevorstehende Gründung der „Wahrheit“ Herr Bruhn ihm gesagt habe, daß das Blatt einen nationalen Charakter haben solle. Nach seiner Kenntnis habe das Blatt aus diesen Charakter bewahrt. Er habe auch wahrgenommen, daß die „Wahrheit“ scharf Stellung nehmen gegen Radikale, die Verzeichnung als „Revolutionsblatt“ treffe aber nach seiner Meinung nicht zu.

Wie verfährt die „V. Z.“?

Staatsanwalt Leisering ersucht um die Vernehmung des anwesenden Redakteurs der „V. Z. a. M.“, der mit Rücksicht auf die vorhergehende Erörterung über die „V. Z.“ sich äußern möchte.

Zeuge Walter Roszkowski: Die „V. Z. a. M.“ habe einen Artikel gebracht: „Mord und Selbstmord in einem Berliner Hotel“. Weder in dem Artikel noch in der Ueberschrift war der Name des Hotels genannt, nicht weil es sich speziell um das Hotel Adlon handelte, sondern weil es nicht angemessen schien, durch einen solchen Artikel ein Hotel zu schädigen. Aber ein Expeditionsbeamter, der im letzten Moment, als der Artikel schon in Satz gegeben werden sollte, herankam und fragte, was Hervorragendes los sei, hat dann die gelben Fetten mit der Verzeichnung: „Mord und Selbstmordveruch im Hotel Adlon“ drucken lassen. Sobald dies zur Kenntnis der Redaktion gekommen, seien alle Hebel in Bewegung gesetzt worden, um von jedem Straßenhändler, dessen man habhaft werden konnte, die Fettel zurückzugeben. — Angeklagter Bruhn tritt dieser Darstellung entgegen und behauptet, daß die Fettel erst zurückgezogen worden seien, als sich Adlon

Beschwert hatte, weil so viele Händler in der Nähe des Hotels diesen Artikel ausbrüllten. Der Zeuge weiß hierüber nichts, weiß dagegen, daß von den durch die „V. Z.“ fest angestellten Händlern die Fettel sofort zurückverlangt wurden, sobald die Sache zur Kenntnis der Redaktion gekommen war. — Angekl. Bruhn wünscht den Namen des betreffenden Expeditionsbeamten zu erfahren, um ihn eventuell als Zeugen laden zu können. — Zeuge Roszkowski weigert sich, diesen Namen zu nennen, da das ein Redaktionsgeheimnis sei und er es ablehnen müsse, über interne Redaktionsangelegenheiten hier Aussage zu machen. — Angekl. Bruhn erklärt dem gegenüber, daß er es sich ja auch gefallen lassen müsse, daß seine internsten Redaktionsangelegenheiten hier ausgeföhrt werden. Er sehe keinen Grund, warum der Zeuge den Namen nicht nennen wolle. — Zeuge Roszkowski bleibt zunächst bei seiner Weigerung, der Vorsitzende weist ihn darauf hin, daß er sich der Gefahr der Anwendung von Zwangsmahregeln aussetze. Schließlich nennt der Zeuge den Namen Roeder. — Angekl. Bruhn betont, daß dies der Mann sei, der die Anordnungen für die Straßenhändler unter sich habe. Er wolle nur zeigen, daß das, was ihm vorgeworfen werde, auch von anderen Zeitungen genau so gemacht werde. Er behauptet sogar, daß auf dem Hofe des Illustrierten Geschäftshauses eine große Tafel aufgestellt sei, auf welcher täglich für die Händler der „V. Z.“ die zum Ausrufen geeigneten Titel bekannt gemacht werden. — Zeuge Roszkowski erklärt, hiervon nichts zu wissen.

Einzelheiten.

Redakteur Erich Kammer schildert die Vorgänge in der „Staatsb.-Ztg.“, die zum Ausscheiden Bruhns geführt haben, und tritt insbesondere auch der Behauptung des Zeugen Stad-Redaktor entgegen, daß sich Bruhn bei seiner Tätigkeit in der „Staatsb.-Ztg.“ unzulässig beteiligt habe. Das Gegenteil sei der Fall: Bruhn habe seinen ganzen Anteil verloren, ebenso wie er (Zeuge) selbst und die anderen Teilhaber auch. Der Oberleutnant Freitag habe sich nicht betrogen fühlen können, denn bei dessen Eintritt stand die damalige „Staatsb.-Ztg.“ noch gar nicht unzulässig, denn sie hatte damals nur einige hundert Mark Unterbilanz. Der Niedergang sei erst erfolgt, nachdem Bruhn ausgeschieden war. — Angekl. Bruhn: Das ist doch selbstverständlich, daß die Abonnenten abgeschrieben werden, wenn eine bis dahin antisemitische Zeitung plötzlich liberal werden und nicht mehr gegen die Juden schreiben will.

Der Zeuge Alfons Voldi, Präsident des Deutschen Cafés-Verbandes und damaliger Vorsitzender des Berliner Cafésvereins, bekundet, daß in einer Vereinigung von den Mitgliedern zur Sprache gebracht wurde, daß ein Artikel mit der Ueberschrift „Berliner Cafés“ erschienen sei, der verschiedenen Mitgliedern nicht passe. Es wäre dabei dann gesprochen worden, eventuell Inserate zu geben. — Der fragliche Artikel wurde hierauf verlesen. — Voldi: Ich kann nur sagen, daß dieser Artikel keinerlei Angriffe gegen Cafésiers sondern eher eine gute Resonanz enthält, so daß sich eher diejenigen beleidigt fühlen könnten, die in dem Artikel nicht genannt waren. (Weiterkeit.)

Der Zeuge Dr. Goerz ist von dem Angeklagten Bruhn zum Zeugnis dafür angerufen worden, daß dieser ihm das Material zu dem in der „Wahrheit“ erschienenen Artikel „Hunderttausend Mark-Unterföhlung im Warenhaus Wertheim“ gegeben habe. Der Zeuge bezeugt dies im Allgemeinen. Er habe eines Tages Herrn Bruhn im Reichstage getroffen und ihn gefragt, ob er schon von den Unterföhlungen gehört habe, die ein Vollbevollmächtigter der Firma Wertheim Jahre lang zu machen im Stande gewesen sei. Daron haben sich gesprächsweise nähere Mitteilungen über den Fall geföhrt und er habe dann gesehen, daß schon in der nächsten Nummer der „Wahrheit“, die nach drei Tagen aus dem Strohen ausgerufen wurde, dieser Fall in einem etwa anderthalbspaltigen Artikel verarbeitete worden war.

Der hierzu nochmals vorgelesene Zeuge Traube, Verleger der „Deutschen Konfektion“ bleibt trotz vielfacher Verhaltungen dabei, daß der mehrfach genannte Biermann (der früher bei Wertheim angestellt, dann entlassen und wegen Untreue bestraft und jetzt flüchtig ist) einmal ihm gesagt habe: Bruhn habe ihm erzählt, er habe einen Artikel über Vollbevollmächtigten im Hause Wertheim auf Lager, der demnach in der „Wahrheit“ erscheinen werde. Biermann habe ihn ferner aufgefordert, die Vermittelung in dieser Affäre zu übernehmen, er habe es aber abgelehnt. — Die Verteidiger heben hervor: Der Zeuge habe bei seiner gestrigen Vernehmung gesagt, er habe den Artikel dann nach etwa 14 Tagen in der Zeitung „Wahrheit“ gelesen. Die Verteidiger suchen nachzuweisen, daß dies doch nicht richtig sein könne, da nach dem Zeugnis des Herrn Dr. Goerz der Artikel schon nach drei Tagen erschienen sei. Danach sei ja gar kein zeitlicher Zwischenraum zur Anbahnung von Verhandlungen vorhanden gewesen. — Der Zeuge bleibt bei seiner Aussage und behauptet sie, nachdem Rechtsanwalt Dr. Schwandt nochmals darauf hingewiesen hatte, daß der Zeuge dem Biermann doch wohl kaum vollen Glauben beimessen können.

Beweisanträge.

Rechtsanwalt Drexler: Nachdem hier in so großer Umfänglichlichkeit allerlei Dinge vorgebracht worden sind, die nicht zur Angeklagte geführt haben und nun dem Zwecke dienen sollten, den Angeklagten Bruhn unschuldig zu charakterisieren, ist es doch notwendig, auch einige Zeugen zu vernehmen, die das ungünstige Bild, welches der Staatsanwalt entwirft, völlig verändern würden. — Zeugen, die dem Angeklagten tatsächlich Geldangebote gemacht haben, aber von diesem damit zurückgewiesen worden sind. Er beantragt die Vernehmung der Zeugen Fabrikbesitzer Gebhardt Wall und der früheren Kammerfrau der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein, jetzigen Frau Meyer geb. Milewska. Letztere speziell werde bekunden, daß in dem Falle Milewska Bruhn der einzige Beteiligte gewesen ist, der jede Anerkennung zurückgewiesen hat, während andere, wie Geh. Hofrat Hens, Orden erhalten, befördert worden sind oder Geldzuwendungen erhalten haben. — Staatsanw. Leisering beantragt, die Anträge abzulehnen und die Behauptungen als wahr zu unterstellen. Mit dieser Sache habe er gar nichts zu tun, wenn in bestimmten anderen Fällen der Angeklagte anständig gehandelt habe. — Rechtsanw. Drexler: Die Anklagebehörde hätte sich nur von Anfang an auf diesen Standpunkt stellen sollen, dann hätten wir uns darauf beschränken können, lediglich die fünf angeblichen Erpressungsfälle zu verhandeln. — Angekl. Bruhn bittet dringend, doch Platz und Schatten gleichmäßig zu verteilen. In den Dohelpfropf ist Rechtsanwalt Dr. Werthauer aufgestanden und hat gesagt: „In der Milewska-Angelegenheit habe ich das Ziviltribunal erwehrt.“ Das muß und will ich doch aufklären und als gänzlich erfinden widerlegen! Ich habe in der Milewska-Sache durchaus anständig gehandelt und jedes Angebot der Milewska zurückgewiesen. Und der Fall Wall ist doch geradezu ein Schaubild, denn die Geb. Wall haben, trotzdem sie Großinterferenten sind, doch die Artikel in der „Wahrheit“ nicht verhandelt können. — Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende: Da auf die moralische Qualifikation des Angekl. Bruhn bisher ein so großes Gewicht gelegt und darüber in der minutösesten Weise verhandelt worden, ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, den Anträgen des Verteidigers gerecht zu werden. Das Gericht hat beschlossen, Frau Meyer, geb. Milewska, und die Fabrikbesitzer Wall und Leopold Wall zu Montag zu laden.

Nachdem noch Cafésier Voldi die Behauptung des Zeugen Verworf, daß in allen Cafés Wachmader Weiten schreiben, energisch zurückgewiesen, wird die Verhandlung auf Montag 9 1/2 Uhr verlegt. Heute fällt die Sitzung aus.

Gerichts-Zeitung.

Vom Reichsgericht freigesprochen

wurde der Schmied Heinrich Rheinheimer II, der am 7. Juni vom Landgericht Kaiserslautern wegen schließlichen Faltschneides zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Er hat in einem Rechtsstreit mit G. beschworen, es ist nicht wahr, daß die Schmiede-

arbeiten im Betrage von 2,68 M. bezahlt sind, wovon 1,26 M. davon schon bezahlt waren. Das Reichsgericht ist der Ansicht, daß der Angeklagte objektiv nicht Faltschneid beschworen hat, denn die 2,68 M. waren tatsächlich nicht voll bezahlt. Der Eid war ungeschickt formuliert und nicht geeignet, den Rechtsstreit zu erledigen. Allerdings konnte der Angeklagte das Bewußtsein haben, daß der Eid nicht so gemeint war wie er lautete. Aber er war nicht verpflichtet, sich darüber auszusprechen. Es wäre Sache des Amtsgerichts gewesen, den Eid anders zu fassen.

Krankhafte Eifersucht

hat dem Angeklagten Schröder, der gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand, eine Anklage wegen Verleumdung zugezogen, welche die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse verfolgte, wohl deshalb, weil der Verleumdete ein Polizeiwachmeister ist. Der Angeklagte Schröder hatte seine 43jährige Frau in dem Verdacht, zu dem mit ihm in demselben Hause wohnenden Polizeiwachmeister Schröder in sehr intimen Beziehungen zu stehen. Zu anderen Hausbewohnern hat der Angeklagte seinen Verdacht, den er damals für begründet hielt, jetzt aber als unbegründet erklärt, durch eine derbe Verzeichnung ausgesprochen. Die als Zeugin vernommene Frau des Angeklagten sagte, ihr Mann bezichtigte sie fortwährend, daß sie Verhältnisse mit anderen Männern unterhalte. Bald sollte es ein Schumann, dann wieder ein Kriminalkommissar und neuerdings ein Kaufmannssohn sein, zu dem sie nach der Behauptung ihres Mannes Beziehungen haben sollte. An alledem sei aber kein wahres Wort. — Der Angeklagte wurde wegen Verleumdung zu 30 M. verurteilt.

Aus aller Welt.

Der abgesperrte Kaiser.

Man schreibt uns aus Brüssel: Wilhelm II. Besuch brachte den Belgiern eine überraschende Neuheit. Die guten Brüsseler, welche die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse verfolgte, wohl deshalb, weil der Verleumdete ein Polizeiwachmeister ist. Der Angeklagte Schröder hatte seine 43jährige Frau in dem Verdacht, zu dem mit ihm in demselben Hause wohnenden Polizeiwachmeister Schröder in sehr intimen Beziehungen zu stehen. Zu anderen Hausbewohnern hat der Angeklagte seinen Verdacht, den er damals für begründet hielt, jetzt aber als unbegründet erklärt, durch eine derbe Verzeichnung ausgesprochen. Die als Zeugin vernommene Frau des Angeklagten sagte, ihr Mann bezichtigte sie fortwährend, daß sie Verhältnisse mit anderen Männern unterhalte. Bald sollte es ein Schumann, dann wieder ein Kriminalkommissar und neuerdings ein Kaufmannssohn sein, zu dem sie nach der Behauptung ihres Mannes Beziehungen haben sollte. An alledem sei aber kein wahres Wort. — Der Angeklagte wurde wegen Verleumdung zu 30 M. verurteilt.

Nehmen ist seliger denn geben.

Nach der schweren Katastrophe von Echterdingen, bei der das Zeppelin-Luftschiff vollständig vernichtet wurde, regte sich der Nationalstolz der Deutschen so stark, daß bald nachher als Beitrag einer Sammlung dem Grafen Zeppelin Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurden. Die Iparfam der Herr Graf mit dem gespendeten Gelde — irren wir nicht, waren es über 6 Millionen Mark — zu wirtschaften verhielt, das beweist ein Brief, den zwei Konstanz Flugschiffkonstruktoren von ihm erhielten. Nach der „Württemberg. Ztg.“ heißt es in dem Schreiben des Grafen Zeppelin:

„Mit Interesse habe ich aus dem Bericht meines Oberingenieurs, Herrn Roder, ersehen, daß Ihr neues Flugzeugprojekt zweifellos brauchbare Neuerungen aufweist, die mir dessen Herstellung im vaterländischen Interesse wünschenswert erscheinen lassen. Leider ist es mir angeht, daß bei den täglichen bei mir einlaufenden Gesuchen ganz unmöglich, Ihnen den zum Bau und zu den ersten Flugversuchen wohl erforderlichen Betrag von 30 000 M. zur Verfügung zu stellen. Um Ihnen jedoch mein Interesse zu beweisen, erkläre ich mich bereit, Ihnen 3000 M. zum Bau des Flugzeuges zu überweisen, nachdem es Ihnen gelungen sein wird, die restlichen 27 000 M. von anderer Seite aufzubringen.“

Bei der Sammlung zur Rationalpende wurde u. a. 1 Mark von einer schwäbischen Köchin quittiert, diese stellte aber dem Herrn Grafen keine Bedingungen. Vielleicht versuchen die beiden abgewiesenen Herren es auch einmal mit einer Sammlung, da ja die Herstellung, wie Herr Graf Zeppelin ausdrücklich betont, im vaterländischen Interesse wünschenswert ist. Unsere Patrioten werden doch die Interessen des Vaterlandes nicht schädigen, besonders da es sich ja „nur“ um 27 000 M. handelt.

Fernfahrt des Parveal VI.

Das Luftschiff Parveal VI, das in den letzten Tagen vom Flugplatz bei Johannisthal mehrere erfolgreiche Passagierfahrten unternommen hatte, flog gestern vormittag um 10 1/2 Uhr mit einer Besatzung von 11 Personen zu einer Fernfahrt nach Kiel auf. In Schwerin, wo eine Zwischenlandung vorgesehen war, traf das Luftschiff um 2 1/2 Uhr nachmittags ein und landete glatt auf dem großen Exerzierplatz. Gegen 3 1/2 Uhr wurde die Weiterfahrt nach Kiel angetreten, doch mußte P. VI eine nochmalige Zwischenlandung in Reumünster vornehmen, um seine Wasservorräte zu ergänzen. Schließlich zwang der zunehmende Wind den Führer des Ballons, Oberleutnant Stelling, gegen 7 Uhr bei Bordesholm, wenige Kilometer von Kiel entfernt, zu landen. Militär wurde zur Disziplinierung von Kiel entsandt, um das Luftschiff vor den Unbilden der Witterung zu sichern. Die Weiterfahrt nach Kiel soll heute vormittag angetreten werden.

A. Jandorf & Co.

Belle-Allianzstrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Sowelt Vorrat

Lebensmittel

Kaffee Mischung II Pfund 1.00 Mischung III Pfund 1.15 Mischung IV Pfund 1.35

Gänse Pfund 55, 63, 68 Pf.

Rindfleisch

Querrippe Pfund 65 Pf.
Fehlrippe Pfund 70 Pf.
Schmorfleisch Pfund 85 Pf.
Roulade Pfund 90 Pf.
Kamm und Brust Pfund 70 Pf.
Schabefleisch Pfund 90 Pf.

Schweinefleisch

Schinken Pfund 75 Pf.
Karbonadenstück mit Schwarte Pfund 75 Pf.
Koteletts Pfund 90 Pf.
Blatt Pfund 70 Pf.
Bauch Pfund 70 Pf.
Gehacktes Pfund 60 Pf.

Hammelfleisch

Dünnung Pfund 55 Pf.
Dicke Rippe Pfund 70 Pf.
Keule Pfund 70 Pf.
Koteletts 4 Stück 50 Pf.
Rücken Pfund 70 Pf.
Haxen Pfund 50 Pf.

Cervelatwurst Pfund 1.25

Salamiwurst Pfund 1.25
Knoblauchwurst Pfund 1.25
Teewurst Pfund 1.25
Mettwurst Braunschweiger Art Pfund 1.00
ff. Leberwurst Pfund 1.05
Hausmacher-Leberwurst Pfund 95 Pf.
Rotwurst Pfund 48, 75 Pf.
Zwiebelleberwurst Pfund 48 Pf.
Schinkenspeck Pfund 1.10
Nusschinken Pfund 1.25
Gänsebrust Pfund 1.55
Kochäpfel 5 Pfund 35 Pf.
Essäpfel Pfund 10 Pf.
Kochbirnen Pfund 9 Pf.
Essbirnen Pfund 20 Pf.

Kasseler Rippespeer Pfund 78 Pf.

Brech- o. Schnittbohnen 1/2 Dose 28 Pf.
Pfefferlinge 1/2 Dose 50 Pf.
Gem. Gemüsee 1/2 Dose 45, 65 Pf.
Suppenschoten 1/2 Dose 38 Pf.
Junge Schoten 1/2 Dose 45 Pf.
Kohlrabi 1/2 Dose 28 Pf.

Bruchspargel ohne Kopf 1/2 Dose 65 Pf.
Bruchspargel mit Kopf 1/2 Dose 95 Pf.
Stangenspargel 1/2 Dose 1.10
Erbsen (Victoria) Pfund 17, (geschält) Pfund 23
Linsen ..Pfund 11, 14, 17 Pf.
ReisPfund 17, 19, 23 Pf.
Bohnen Pfund 17, 22 Pf.

Schweizer Käse Pfund 78 Pf.
Tilsiter Käse (vollfett) Pfund 68 Pf.
Edamer Käse Pfund 78 Pf.
Brie-Käse Pfund 45 Pf.
Limburger Käse Pfund 48 Pf.
Camembert Stück 19 Pf.
Neuchateller Stück 19 Pf.



Heizrohre 85 Pf.
Auto-Schals weiss, mit Franzen 48, 95 Pf.
Trikot-Untertailen mit angewebtem Futter, langen Ärmeln, für Damen, 2 Grössen 95 Pf.

Kakao Pfund 65 Pf.

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?
So kaufen Sie
la. Briketts nach Gewicht!

A. B. KOCH

Kohlen- und Briketts-Großhandlung
gegründet 1893.
Hauptkontor:
Berlin O. 84, Petersburger Straße 1.
Telephon Amt 7, 3040 u. 3060.

Lagerplätze:
I. Rüdersdorfer Str. 71 - Ostbahn, Küstriner Platz.
II. Fruchtstr. 13 - Ostbahn, Güterbahnhof.
III. Behmstr. 28-34 - Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für la. Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr an:
la. Hahnehaube Hansa p. Ztr. 80 Pf.
la. Marienblücker Salon p. Ztr. 82 Pf.
la. Gotthold Salon p. Ztr. 92 Pf.
la. Diamant Salon p. Ztr. 1.- M.
(ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)
la. Ilse Salon p. Ztr. 1.- M.
la. Anthracit Cadé p. Ztr. 2,30 M.

Transport bis in den Keller oder 4. Etage, je nach Quantum, 10-18 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität und Steinkohlen billigst. - Koks zu Anstaltspreisen. Holz, nach Wunsch zerkleinert, per Ztr. 2,00 M.

Bei größeren Abschüssen und Original-Waggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Versand nach allen Bahnhöfen

Gummiwaren

aller Art. Anfr. erb. Gummi-Große-Haus C. A. Growald, Charlottenbg.-Bln. 37, P.-A. 2. Versand auch an Private.

Paul Köfer, Berlin 56., Kottbuser Damm 81/82, offeriert den seit Jahrzehnten rühmlichst bekannten

Ungewitter's Kautabak

an Wiederverkäufer zu Groß-Preisen. 4462

Die dunkelste Ecke

wird taghell, wenn Sie auf Ihrer Lampe

Urania-Salonoel

brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania-Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische

Sicherheits-Petroleum

zu erhalten. 215/5*

Urania-Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichisch. (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Pelz-Stola-Verkauf

zu hervorragend billigen Preisen!

Eigene Kürschnerei.

an gross Riesenhafte Auswahl

aber 1000 Stolas von 3 Mark an
Collers von 1,50 M. an
Echte Skunks-Stolas von 85 M. an

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.



1 Mark

wöchentliche Teilzahlungen
liefern elegante, fertige

Herren - Garderoben

= Ersatz für Mass =
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung

Julius Fabian, Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.

Vorwärtsleser! Aufgepaßt!
Pelzen-Handliche, Bringenstrasse 34. 1 Treppe (teu Laden). Monatsgarderobe und verfallene Pländer, für jede Figur passend, bestehend in Wintermanteln von 8-25. Anzüge von 10-25, Hosen von 2,50 an. Pelten, Bälge, Gardinen, Portieren, Teppiche, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Pelz-Stolas, im Verlaß verfallen, haarend billig. Annoncen-Beizeiger erhält Jahrgeld, Bringen-Handliche, Bringenstrasse 34, 1 Treppe (zwischen Mitterstraße und Kochplatz).

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 27. Oktober. Verfahren vor dem Oberversicherungsamt.

Auch hier traten die Sozialdemokraten entschieden dafür ein, daß der Berufungsinstanz über die Angehörigen das Recht haben sollen, auf ihre Kosten ein ärztliches Gutachten einholen zu lassen. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, dafür ein Abmilderungsantrag des Zentrums angenommen.

Das Oberversicherungsamt soll nach dem Entwurf für je vier Jahre am Schlusse des letzten, in der Regel nach Anhören der zuständigen Ärztevertretung, aus seinem Bezirke die Ärzte auswählen, die es als Sachverständige nach Bedarf zuzieht. Die Sozialdemokraten beantragten zunächst, daß bei der Wahl alle Bewerber hinzugezogen werden müssen, damit eine richtige Auswahl der geeigneten Ärzte erfolgt.

Die anderen Bestimmungen über das Verfahren vor dem Oberversicherungsamt werden im wesentlichen unverändert angenommen.

Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt.

Nach der Vorlage sollte gegen die Urteile der Spruchkammer nur Revision zulässig sein. Die Sozialdemokraten beantragten, daß Berufung (Rekurs) eingelegt werden kann, damit die Sache noch einmal nach allen Richtungen hin geprüft werden muß, während bei der Revision nur dann ein Urteil des Oberversicherungsamts aufgehoben werden kann, wenn ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen oder den Inhalt der Akten vorliegt oder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

In Ansprüchen auf Leistungen der Krankenversicherung soll nach dem Entwurf auch die Revision in den meisten Fällen ausgeschlossen sein. Die Sozialdemokraten beantragten, daß wenigstens dies gestrichelt wird.

Darauf handelte es sich darum, in welchen Fällen die Revision nicht zulässig sein soll. In erster Linie waren vorgeschlagen die Fälle, in denen die beiden ersten Instanzen dieselbe Entscheidung getroffen haben. Die Sozialdemokraten hatten wiederum die Streichung dieser Gruppe beantragt.

Die anderen Gruppen wurden mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Wirtschaftspolitik.

Im Oktober 1907 brachten wir aus dem offiziellen Berichte des österreichischen Generalkonsuls für Berlin einen Auszug, der bei aller diplomatisch gebotenen Zurückhaltung einer glatten Beurteilung der reichsdeutschen Wirtschaftspolitik gleichkam. Seither werden diese Berichte, die ob ihres Freimuths nicht nur, sondern auch ihres reichen Inhalts wegen von der üblichen trocken-bürokratischen Berichterstattung vorteilhaft abheben und allgemeinerem Interesse begegnen, eingefleht und werden nur mehr intern — d. h. mit Ausschluß der Öffentlichkeit — erstattet.

Zum Glück hat die merkwürdige Sparte des L. L. Fiskus den Handelsbericht des österreichischen Generalkonsuls in Hamburg verschont, und wir erfahren somit doch einiges von dem, was ein fremder Beobachter, der aber den Verdacht unfreundlicher Neugier durchaus erhaben ist, über die in Deutschland herrschenden Wirtschaftszustände denkt.

So, wenn gelagt wird, daß im ersten Halbjahr 1909 das geschäftliche Leben wegen der den Weltfrieden bedrohenden Verwicklungen, ferner wegen der nordamerikanischen Tarifvorlage und nicht zuletzt infolge der durch die deutsche Reichsfinanzreform, welche vorwiegend auf Lasten der kaufmännischen und gewerblichen Kreise eine Steuererhöhung um fast eine Milliarde Mark präliminierte, hervorgerufenen Beunruhigung nicht zu neuer Kraftentfaltung kommen konnte.

Der Konsulatsbericht spricht dann von der trotz der Erhöhung der Steuern und Verwaltungskosten recht ansehnlichen Steigerung des Gewinns der Banken, die sich immer mehr konzentrieren, und von den zahlreichen Niederlassungen ausländischer Bankinstitute, was damit erklärt wird, daß das deutsche Kapital in letzter Zeit eine auffallende Neigung kundgibt auszuwandern, und daß die ausländischen Banken diesem Umstande eben Rechnung tragen.

Voll doppelt geschädigt wird, hindert die nationalen Blutmacher nicht im geringsten in ihrer „gemeinnützigen“ Tätigkeit.

Mit den Handelsverträgen haben sich die Industriellen schon so ziemlich abgefunden; die Agrarier kennen doch ihre Wappensteinen! Zwar sind manche Industriezweige gezwungen worden, Filialbetriebe im Auslande zu etablieren, aber die Bindung der Böden für eine Reihe von Jahren hat der Ausfuhr Ruhe verschafft. Und die ist dem Kapitalismus am liebsten. Alle Väter trägt er schließlich, aber Ruhe miß er um jeden Preis! Darum ist ihm jede Störung des Geschäfts, dem er sich so leidenschaftlich hingibt; der Aneignung des Mehrwerts, so fatal. Ruhe ist daher auch die erste Bürgerpflicht der Agrarier. Der Kapitalismus hat daher dieses Grundprinzip des absolutistischen Regierungssystems übernommen und erklärt demgemäß jede Lohnforderung der Arbeiter als freche Begehrlichkeit und das Vorgehen der Gewerkschaften als „Wißlär“, wiewohl er die Wisklar der Agrarier und sonstigen Bodenrentner, die durch die „erheblich gesteigerten Preise der unentbehrlichen Lebensmittel“ sowie durch die Aufwärtsbewegung der Wohnmieten die Kaufkraft der Löhne beständig senken, in der Verdrängung nicht bestreiten kann.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen Syndikat.

Der rechnungsmäßige Abfall betrug im September bei 26 (im gleichen Monat des Vorjahres 26) Arbeitstagen 5 835 315 (Vorjahr 5 480 570) Tonnen oder arbeitstäglich 224 435 (Vorjahr 210 701) Tonnen.

Der Verband einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Güttenschen an die eigenen Güttenswerke betrug in Kohlen bei 26 (Vorjahr 26) Arbeitstagen 4 685 003 (Vorjahr 4 650 121) Tonnen oder arbeitstäglich 180 196 (Vorjahr 178 851) Tonnen; an Koks bei 30 (Vorjahr 30) Arbeitstagen 1 458 052 (Vorjahr 1 201 134) Tonnen oder arbeitstäglich 48 602 (Vorjahr 40 038) Tonnen; an Breiweiß bei 26 (Vorjahr 26) Arbeitstagen 290 107 (Vorjahr 253 965) Tonnen oder arbeitstäglich 11 158 (Vorjahr 9708) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 072 707 (Vorjahr 6 854 040) To., oder arbeitstäglich 272 027 (Vorjahr 264 002) To. und im vorigen Monat auf 7 291 920 oder arbeitstäglich 270 071 To.

In der Fördereiverammlung teilte der Vorstand mit, daß die Verhandlungen mit den Gewerkschaften Trier und Hermann zum Abschluß eines Vertrages über den Verkauf der Förderung der beiden Becken durch das Kohlen Syndikat gescheitert sind.

In der Vereinstagung wurden die Umsätze für das vierte Vierteljahr 1910 für Kohlen auf 10 Proz. wie bisher, für Koks auf 7 Proz. wie bisher und Breiweiß auf 9 Proz., statt bisher 7 Proz., festgelegt.

Die Emissionen der Welt im Jahre 1909.

Jetzt sind die statistischen Erhebungen in ihren Resultaten bekannt geworden, die der „Mon. d. Int. nat.“ alljährlich über 80 der wichtigsten Staaten durchführt. Die Statistik ergibt für das Jahr 1909 — 1908 ist in Vergleich gestellt — das folgende Bild:

Table with 3 columns: Staat, 1908, 1909. Lists countries like Egypt, USA, Belgium, etc. with their respective emission values in millions of francs.

In den 80 vorgenannten Ländern ist demnach die Emissionssumme von 21,3 Milliarden im Jahre 1908 auf 24,5 Milliarden im Jahre 1909 gestiegen. Nach den Vereinigten Staaten, die an der Spitze aller Länder stehen, kommt Deutschland, es hat damit Großbritannien weit überholt, das gegen 1908 einen scharfen Rückgang der Emissionssummen aufweist.

Aus der Frauenbewegung.

Fließnot und Stillungsnot.

Die immer weiter um sich greifende allgemeine Verteuerung der Lebensmittel, die ohne Frage eine tiefgehende Unterernährung der minderbemittelten Klassen im Gefolge haben muß, erhält naturgemäß eine besondere Bedeutung für die Stillfähigkeit der Wöchnerinnen und im engen Zusammenhang damit für die Säuglingspflege. In Preußen-Deutschland ist bekanntlich nur ein Fortschritt erlaubt, der der ungemessenen Preissteigerung für die notwendigsten Lebensmittel, und unter diesen natürlich insbesondere für die agrarischen Erzeugnisse, deren Preisauflschlag die Parole abgibt für die Verteuerung auf anderen Gebieten.

tenierung aller Lebensmittel und den völlig unzureichenden geschlechtlichen Sachbestimmungen für die den arbeitenden Klassen angehörenden Wöchnerinnen, danach fragen die in „charitativer“ Wohltätigkeit panischen Damen nicht. Wenn diese über so viel freie Zeit verfügenden Herrschaften, denen keinerlei Not und Entbehrung soziales Verständnis beigebracht hat, nur etwas Mühe aufzuwenden wollten, um sich klar zu werden über die lächerliche Rolle, die sie spielen! Wie ihnen wohl zumute wäre, wenn sie einmal die Unzulänglichkeit der Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes um eigenen Leibe verspüren müßten, nach denen während des sechsmonatigen Ausflusses der Wöchnerin von der Roboterarbeit ihr nur die Hälfte bis höchstens zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohnes gezahlt wird.

Auf zum Kampfe!

Die ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgüter hat in den minderbemittelten Kreisen der deutschen Bevölkerung arge Mißstimmung, große Empörung ausgelöst. Leider sind sich aber diese Menschen noch nicht klar über die Ursache der allgemeinen Verteuerung. Sie wissen nicht, daß Steuern und Zölle die Mißere herbeigerufen haben. Sie wissen nicht, daß die Rolle weniger dem Staate als einer Klasse von Leuten, nämlich den Junkern, Ruhen bringen.

Vor der Schlammnatur ihrer Gegner hat die Arbeiterklasse auf der Hut zu sein. Die bürgerlichen Parteien, gleichviel welchen Namen sie tragen, haben Feid gezeigt, weß Bestes Kinder sie sind. Vor den Wahlen machen sie dem Volke Versprechungen über Versprechungen, die nach den Wahlen vergessen waren. Dasselbe Spiel wird auch jetzt wieder versucht werden. Darum sei daran erinnert, daß die Belastung der Unbemittelten — trotz der schon aufs äußerste gestiegenen Not — noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht haben wird, wenn das Volk sich weiter betören läßt.

Unsere Mahnung richtet sich ganz besonders an die Frauen. Die kommenden Reichstagswahlen werden auch ihnen Gelegenheit geben, zu zeigen, daß sie mit dem in Deutschland herrschenden System der Volkshaushälterei durchaus nicht einverstanden sind. Die Frauen haben unter den heutigen Verhältnissen am meisten zu leiden. Ihr Protest gegen die Ausplünderungspolitik muß zugleich ein Protest gegen die Rechtslosigkeit der Frauen im Staate sein.

Nützen wir daher die Zeit bis zu den Wahlen. Jede Frauenversammlung muß durch guten Besuch ein berechtigtes Zeugnis dafür ablegen, daß der herrschenden Klasse ein gewaltig anwachsender neuer Feind erwachsen ist. Es gilt nicht den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung, sondern volles Menschenrecht und Freiheit zu erobern.

Abzählungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertr. Otto Starick

Franz Abraham

Bece Brause

Goldtröpfchen

Milz's

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung F.Falk!

Köhnen & Jöring

Bäckereien Konditor

Feronia

Oskar Baake's Brotbäckerei

Bäckerei „Nordstern“

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Erscheint 2 mal wöchentlich

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Nord-Ost

Bad Ostend

Passage-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Badenpark, Gummil.

Wende, A.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Max Fuchs

Georg Heroldt

Hinkel, Fr.

E. Lütcher

Misch, O.

Mold, Fritz

Gust. Nöbert

Peter-Schley

Rommek, C.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Unser Goldbier

S. D. Moewes

Münchener Brauhans Berlin

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schade

Schlossbrauerei

Westend

Verins-Brauerei

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hilsch

Boillon-Werke

„Krone“

Michaelis & Co.

Butter, Eler, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann

Ackermann

Gorgas, M.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Krebs, Aug.

Willy Münter

Schulze, A.

Weber, K.

Wolters, Theod.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Max Arnsdorff

Blumen-Kah.

Carl Brinnohler

Confektionshaus

Dombrowsky

Hirschowitz

Holz & Ascher

König

Prager, Ludw.

Fiedler, G.

Klinik d. Westens

Kröger, Rich.

Leopold & Schulz

Ernst Machnow

W. Malloschky

Carl Müller

O. Pluge

Röper, Carl

Röpk, G.

Rummler, H.

Rud u. Berlin

Färbereien, Wäscher.

Gebr. Erbgoth

O. Naefe

Taubert, J.

Fischhandlungen

C. Dittmann

Kahl

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

R. Wangerin

W. Wangerin

Berth. Axt

Felix Brighow

Martin Grissel

Körning

Krause, Wilh.

H. Lehmann

Meusel, P.

Sprengel, A.

Enthalper Perleberg

Max Kaplan

S. Kalner

Mareus, S.

Marks, F.

D. Perleberg

S. Posner

Kohlen, Koks, Briketts

Rud. Beier & Co.

Geisberger & Müller

Aug. Grimberger

Guse & Co.

Reuterplatz 3.

A. B. Koch

M. F. Leyke

J. Ferdinand Leyke sen.

Loebell, L.

Georg Knöpfel & Sohn

Gebr. A. & J. Podzuweit

L. Sager & Co.

Heim. Schupke

Herm. Schupke & Co.

Kolonialwaren

E. Altkoch

Gustav Behrens

August Dankert

Joh. Eichler

Kolonialwaren (Fortsetzung)
Karl Mercier, Huttenstr. 3
Meyer, Gust., Insterburger Str. 2
Michaelis, Paul, 8 Geschäfte in Nord-Berlin.

Lederwaren
Carl Fessel, Nachf., Gr. Frankf.-Str. 133
Lehranstalten
Harikes Zuschneide-Akademie, Schloßplatz 3, Damen-Waschschneid., Prospekte frei.

Lau, W., Krümme Str. 54
Losen & Jagmann, Wilmstr. 53
Lubberg, Landstr. Allee 127
Rob. Linde, Fruchstr. 67
Manke, M., Gensersw. 12

Hopp, Jul., Brunnenstr. 123
Janitzkow, P., Turmstr. 45
Gebr. Kassner, Kl. Teilschlag
König, A., R., Berlinerstr. 102

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker
Base, Paul, N. Müllerstr. 174

Selbst
Gustav Gambal, Kautstr. 64
Heidke, Paul, Burgstr. 13
John, A., Memeler Str. 48a

Warenhäuser
Bernhard, G., Ober-Schönweide
Bieber, Nf., Yorkstr. 37, am Hof
Max Blumenreich, Str. 1

Albert Nass, Burgstr. 2
Naack, Wilh., R., Wessertstr. 18
Aib. Niese, 2 Geschäfte im Nord-W. Niese, 24, Eckschloßstr. 14

Technikum, Bauschule
Berlin, Noanderstraße 3. Prospekte kostenfrei.
Licht-Hellanstalten
Charlottenburg, Cauerstr. 11

Alex. Ramboldt, P. Rausch, Beuelstr. 57a
P. Rentner, Kyffhäuserstr. 31
Rosin, G., Auguststr. 46

Misch
Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 163
Möbel-Kauf, Sieden, Köth. Damm 23
Nagott, H., Richardstr. 8, Alt. Neu.

Saffin, bester Schuhputz
Solarno, best Metallputz
Jäger & Kieselich, Berlin, SO, 33
Weltederglanz Karnobin

Abel, Goldstr. 30
Albert, Alfred, Manteuffelstr. 95
Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29

Warenhaus Max Codik
David, L. S., Sim-Dachstr. 42
Holzre, Partiewerf., Jaghausstr. 107

Julius Plotke, Reinickendorferstr. 13
Neue Hochstr. 21, Eckschloßstr.
O. Pöhl, Metzger Str. 22
Priebe, E., Boxhagen-Chaussee 22

S. Eisenstadt
Frankfurter Allee 163
Lieferant d. Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend.
Grünberg Nachf. M., Modewaren

Scheibe, Adolf, Eisenbahnstr. 25
H. Scheuermann, Fiedlerstr. 33
Dennwitzstr. 22, Zossenerstr. 39

Schmidt, Otto, Gärtenstr. 52
Herm. Schulz, Str. 12
Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21

König, Titus, Rixdorf, Bergstr. 10
Wilhelm Metzner, Große Frankfurterstraße 92
Spezialhaus für Damenhüte

Emil Dippe, Schönhauser Allee 122
Ebert, Otto, Huttenstraße Nr. 67
R. Eichler, Reinickd., O. Beilstein 145

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Waschmittel
Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Willy Boatzsch, Steinmetzstr. 18
Carl Robra, Langhansstr. 58 u. 148
Willy Rohme, Kreuzbergstr. 95

M. Anders, Usedomstr. 18
Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 28
W. Bachmann, Charl., Nehringsstr. 15

Schneider, Emil, Reichensbergerstr. 28
F. Scholz, Charl., Sep.-Charl.-Str. 109
Otto Schoeningh & Co., Friedenau

Stargard, O., Bar- u. Teilschlag
K. Thomas, Bernauer Str. 79
Lieferant d. Konsumgenossenschaft

Restorhandlungen
Neumann, G., Grenadierstr. 43
Schreiber, Berth., See Kästler, 13
Schirme u. Stöcke

Max Busse, Brunnenstr. 175/177
Emil Dippe, Schönhauser Allee 122
Ebert, Otto, Huttenstraße Nr. 67

Wine u. Fruchtsäfte
Hugo Beling, 50 Füllalien in allen Stadtteilen.
Bettinger, Eug., Wald-Lös, Wiekstr.

Willy Thomsen, Rixd., Herzmännstr. 51
Bernh. Thormacher, Wilmstr. 61
Ulrich, F., Rl., Warthestr. 12 u. 80

Hammerstadt, G., Str. 10
Herrmann, R., Burgstr. 144
Kais.-Fried.-Str. 164
P. Herrguth Nachf., Reichensd.-Str. 7

Witk. Gabbert, Brunnenstr. 102
Geppert, Paul, Zossenerstr. 22
Gericke, Fritz, Müllerstr. 148

Phönix-Nähmaschinen
die besten der Gegenwart
kauf man — auch auf Abzahlung

Wegner, R., Rixdorf, Schuhwarenhaus „Hannos“
Gr. Frkf. Str. 117, a. d. Andr.-Str.

Wittig, Ad., Rixdorf, Traskowstr. 7
Wutke, Karl, Rixdorf, Rixd., Traskowstr. 7

Wollhaus Lucas, Rixdorf, Bergstr. 43
Wild u. Geflügel
C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 42

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige Kleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke, Baden gelb gezeichnet.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
Hut und Mützen Engrosgeschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen

Kapitän-Rauchtabaken
Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den
die von hervorragendster Qualität in den verschiedensten
Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis
1,50 Mk.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind.

Der italienische Parteitag.

Vierter Verhandlungstag.
(Nachmittags-Sitzung)

Mailand, 24. Oktober.

Die Diskussion über die allgemeinen Leitfäden der politischen Aktion wird fortgesetzt.

Mazzoni, Sekretär des Landarbeiterverbandes und Delegierter der Romagna: Er habe eingesehen, daß die Partei durch Annahme einer Tagesordnung im revolutionären Sinne entweder einen Teil der Organisationen abstoßen würde, oder daß sie einfach unbeachtet bleiben würde und deshalb sei er bereit, die Tagesordnung Turati anzunehmen. Ich halte die Intransigenz für die Partei für notwendig. Wenn aber an seiner Medizin der Kranke sterben sollte, dann ziehe er es vor, sie nicht anzuwenden (Beifall bei den Reformisten). In der Romagna gab es eine starke republikanische Partei, die alle sozialen Schichten umfaßte. Als die Sozialisten kamen, trat der Klassenkampf in seinen scharfen Linien hervor. Heute sind die Republikaner die größten Feinde unserer Organisation und sind die Führer von Streikbrecherverbänden. Ich stimme für Turati, weil ich Reformist bin und für seine Wahltaktik, weil ich Praktiker und Positivist bin.

Von anhaltendem Beifall begrüßt, nimmt Genosse Morgari das Wort. Es sind die Genossen, die Sehnsucht tragen nach einem großen Ideal, die mit der Partei unzufrieden sind. Das Ideal war uns Leuchtfeuer, der uns die Wege der Zukunft erleuchtete, und diese Leuchte beginnt zu erlöschen. Es gibt reale Kräfte, die nicht zu wagen und zu zählen sind, und die ihr mit in Rechnung setzen müßt: Mitleid, Gerechtigkeit, der Glaube an die Sinaufbildung der Menschheit. Viele von denen, die heute die Tagesordnung Turati annehmen werden, werden morgen über „die Sonne der Zukunft“ spotten, von der unsere Arbeiterhymne singt. Eine Krise entsteht, sobald eine Trennung zwischen dem idealen und dem praktischen Geist eintritt. Aus den Versöhnlichen sind die Reformisten geworden, und aus diesen zum Teil die Kur-Gewerkschaftler. In der anderen Richtung lebt die Idealität und das Zukunftsstreben weiter. Als Entartung dieser beiden Richtungen haben wir auf der einen Seite das Sichverlieren in den bürgerlichen Radikalismus, auf der anderen die Rückkehr zu anarchistischer Impulsivität.

Genossen der Rechten! Ihr werdet mir sagen, daß Ihr an diese Dinge nicht mehr glaubt. Ich weiß wohl, daß Cabrini nicht mehr den Arbeitern sagen kann: Eure Reformen und Ernungen sind wichtig und notwendig, aber sie dürfen Euch nur eine Stufe zu einer höheren Gesellschaftsform sein. Man sagt nicht mehr, daß die einzige Lösung in einer neuen gesellschaftlichen Ordnung liegt. Man betont nicht bei jedem Streit den Charakter der Unzulänglichkeit des Kampfobjektes. Man weist nicht darauf hin, daß der eigentliche Kampf um die Expropriation der Produktionsmittel und des Grund und Bodens gehen muß (Zwischenruf von reformistischer Seite: Wie doch). Dann nehmt Euch die Gültige Reformisten ab und nennt Euch einfach Sozialisten (Beifall). Wenn Ihr um die soziale Gesetzgebung kämpft, so vergeht Ihr, dem Proletariat zu sagen, daß wir nicht nur dem Kapitalismus die Arme fesseln wollen, damit er die Proletarier nicht allzu roh vergewaltige, sondern, daß wir das Ziel haben ihn zu erzwängen. Ihr sagt der Bourgeoisie nicht mehr, daß wir den legalen Weg gehen werden, so lange sie ihn uns offen läßt, daß wir aber auf jeden Anschlag auf das Wahlrecht antworten werden, indem wir uns erinnern, daß das Heer aus Proletariern besteht (Beifall).

Ich verstehe, daß Menschen, die sich nicht mehr als Sozialisten

fühlen, ständige Bündnisse mit den Radikalen eingehen. Anstatt stolz zu sein, ist man geschämt geworden. Man geht Arm in Arm mit den Kamorristen. Ihr versteht nicht mehr die Größe, die darin liegt, daß die Sozialisten von Triest unter die Proletarier slavischer und italienischer Sprache das gleiche Wort der Befreiung tragen. So kommt es, daß ihr bei der Frage des Militarismus nichts im Auge habt, als die hinausgeworfenen Millionen, aber den Geist des Internationalismus nicht mehr fühlt. Daher finden sich auch unter Euch Leute, die aus Klugheitsrücksichten einen Menschen vor der Auspeisung der Bevölkerung des italienischen Volks geschützt sehen wollten, der der Erwärmer und Henker seines Volkes ist (Beifall, Ovation). Man sagt, es hätte nichts genügt, den Jaren auszupfeifen, es hätte vielmehr Mitleid von Italien entfremdet und so Oesterreich Gelegenheit gegeben, uns über zu überfallen. Aber man vergißt den Rückschlag einer solchen Politik auf das Empfinden der Massen. Man scheut sich nicht, zu dem zu gehen, der die Senatoren ernannt, und dem die Soldaten den Treueid leisten müssen, um von ihm Vorteile für unsere Organisation zu erlangen. Auf diesem Wege kommen wir zu einem italienischen Bündnis. Ich sehe ihn schon in seinem Kabinett, wie er dem Polizeidirektor Orden erteilt (Beifall auf der einen, Protest auf der anderen Seite, Unruhe).

Ihr Revolutionäre aber fühlt die Not der Gegenwart nicht, den heutigen Hunger des Armen, seinen Durst nach Erkenntnis. Ihr seht nicht ein, daß der Weg zum Sozialismus mit Reformen gepflastert ist, und daß ohne diese das Proletariat uns verlassen muß. Ihr fordert von uns, daß wir einer Situation gegenüber, die die Reaktion ans Ruder zu bringen droht, hilflos beiseite stehen, obwohl wir sie durch unser Votum verhindern könnten. Ich verstehe wohl, daß die Geschäfte auch diese Revolutionäre brauchen wird. Aber heute, wo das Proletariat noch eine Schaar von Wilden ist, von Analphabeten, heute hört Ihr die, denen Ihr helfen solltet, durch eure revolutionären Gehärdn. Außerdem glaubt Ihr es eurer Auffassung schuldig zu sein, dem Proletariat in allen Stücken recht zu geben. (Verda unbeschreiblich). Nein, Du nicht, aber die anderen. Die Revolutionären wollen bis zum Generalstreik gehen, damit stören wir aber heute unsere Aufwärtsbewegung. Vielleicht müssen 50 Jahre vergehen, ehe wir soweit sind, um einen Generalstreik durchzuführen zu können. Weiter sind die Revolutionären immer gegen die Akademiker gewendet und entfremden damit unserer Partei nützliche Elemente. Ich möchte aber, daß man der Richtung, die in ihrer Seele das Zukunftsstreben unserer Partei birgt, einen Einfluß auf den rechten Flügel einräumt, anstatt sie als überlebt und veraltet zu verhöhnen. Diese Linke fehlt ja nur durch allzu große Liebe für das Proletariat, durch allzu großen Eifer für unsere Sache. (Beifall, Gelächter bei den Reformisten).

Dem Mann, der die Tageszeitung unserer Partei leitet, sage ich, daß wir an seiner Stelle einen anderen sehen möchten, der die Partei nicht als dürren Zweig ansieht. Wir wollen die Selbständigkeit des Proletariats, aber wir streben nicht eine Organisation an, die die Arbeiter wie gut gepflegtes Vieh weidet und bewacht. (Langandauernder Beifall).

Der Redner der Revolutionären, Genosse Mazzarini, hat nach der teilweise hincitenden Rede Morgaris oratorisch einen schweren Stand. Er weist auf den Widerspruch hin, in den die Genossen der Romagna verfallen, wenn sie die Bündnisse mit den Republikanern ablehnen, aber mit den Radikalen zulassen, die ebenso schändlich an unserer Partei gehandelt haben, wie die Republikaner.

Man denke nicht, daß unser Ministerialismus keinen Einfluß auf die Massen hätte. Redner erinnert daran, daß er in Monteleone in Calabrien nicht hat reden können, so groß war die Erbitterung der Menge gegen den Vertreter einer Partei, die das Kabinett Ruzzatti unterstützt. Keiner glaubt im Ernst, daß wir

Feinde der Gewerkschaften sind. Es ist Redner selbst schon passiert, daß Arbeiter sich bei ihm beklagt haben: unser Abgeordneter hat uns dies oder das nicht verschafft, und er ist doch ministeriell. Dahin habt Ihr die Massen gebracht! Was die Vaterlandsverteidigung betrifft, so erkläre ich, daß ich nicht zu den Waffen greifen würde. (Obol Pfeifen bei den Reformisten).

Ihr wollt die Partei durch die Arbeiterbewegung ersetzen. Dann wird der Egoismus der Kategoien den Idealismus unserer Bewegung töten. Ich für meinen Teil arbeite als gewerkschaftlicher Organisator gerade weil und so weit ich Sozialist bin. Heute wird noch einmal die Zweideutigkeit siegen. Wir haben Zeit zu warten, bis nach weiteren zwei Jahren die sozialistischen Leitfäden von der Gesamtheit des Kongresses angenommen werden.

Turati hat das Schlusswort und beginnt mit der Erklärung, daß der Referent das Verjöhnende herauslehren müsse. Er verstehe deshalb die theoretische Diskussion auf andere Momente. Das Gefühl unserer Dekadenz ist ein Zeichen unserer Lebendigkeit. Die im Absterben befindlichen Aristokratien haben keine Empfindung ihres Verfalls. Das Heimweh nach der Zukunft, von dem Morgari spricht, ist Heimweh nach der Vergangenheit. Wir wissen heute, daß der Weg zur Zukunft mit Dornen besät ist, an denen Leben unseres Fleisches hängen bleiben müssen. Morgari braucht Glauben, wir nicht. Wenn man einen Berg besteigt, so entschwindet eine Zeitlang sein Gipfel unseren Blicken. Morgari will nun hinuntersteigen, um den Gipfel wieder zu sehen. Ich will keine Zeit verlieren und den Aufstieg fortsetzen.

In allen Ländern gewinnt unsere Richtung an Macht. Denkt an den deutschen Revisionismus, der behändig an Gewalt und Einfluß wächst, der in dem kulturell hochstehenden Süddeutschland seine Festungen hat und seine Siege erringt, während der rückständige Staatsorganismus des Reiches unverändert bleibt. Redner betont dann die Notwendigkeit, die Bündnispolitik zu beschränken.

Wir halten unsere Tagesordnung aufrecht. Die Bildung einer Arbeitspartei darf uns keine Sorge machen. Laßt uns nur sorgen, daß die Arbeitspartei der proletarische Sozialismus sei, nicht ein hieristaler Korporatismus, oder ein bürgerlicher Egoismus in Arbeiterkleidern. Früher mußte der Sozialist Gefängnis, Zwangsdomizil und Zuchthaus riskieren. Heute hat er nur die Aufgabe, ein demütiger und eifriger Diener des Proletariats zu sein. (Andauernder Beifall).

Die Diskussion ist somit abgeschlossen, und man geht zur gleichzeitigen Abstimmung über die drei Tagesordnungen über. Die Tagesordnung Turati ist den Lefern bekannt: sie betont die Notwendigkeit verschiedener Reformen, will die Bündnispolitik auf Ausnahmeverhältnisse beschränkt sehen, ermahnt die Partei zu eifriger Propaganda und schweigt über den Ministerialismus. Um die Stimmen der Romagna für diese Tagesordnung zu erlangen, wurde eine weitere Resolution entworfen, die die Sektionen auffordert, der republikanischen Partei in Erwägung ihrer Haltung in der Romagna jedes Bündnis zu verweigern. Die Tagesordnung Morgari-Salvemini vertritt die Ansichten der mittleren Richtung. Die Tagesordnung Mazzari schließlich lehnt jedes Wahlbündnis, sowie den Ministerialismus scharf und ausdrücklich ab.

Die Namensabstimmung findet ohne Zwischenfälle statt. Sie ergibt für die reformistische Tagesordnung, für die fast die ganze Romagna und die ganze Emilia stimmt, 12.001 Stimmen, rund 5000 Stimmen weniger, als die Reformisten in Florenz hatten. Für Morgari 4574 Stimmen, 1400 Stimmen weniger, und für Mazzari 6058, 700 Stimmen mehr als auf dem vorigen Parteitag. Da die Zahl der Stimmenthalenen nur 992 beträgt, so hat die reformistische Tagesordnung mit dem antirepublikanischen Zufuß die absolute Mehrheit des Kongresses.

Der morgende, letzte Kongressstag ist den übrigen Fragen der Tagesordnung gewidmet.

GEGRÜNDET 1867

Stiller



Jerusalemmer Str. 38-39
Friedrich-Straße 75
Potsdamer Straße 2
Tauentzien-Straße 19a
König-Straße 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Rixdorf, Bergstr. 25-26

Januar 1911:
Rosenthaler Str. 5

Zentrale und Versand:
Jerusalemmer Str. 38-39

Orthopädische Abteilung
für Fussleidende jeder Art

Kostenlose ärztl. Sprechstunde
Jerusalemmer Straße 38-39
wochentags von 5 bis 7 Uhr

Herstellung von Maß-Schuhwerk
und individuellen Einlagen für Senk-
und Hohlfüße, passend für jederlei
Schuhwerk

Damen-Tanzschuhe

Die neuesten Pariser-, Wiener- und amerikanischen Modelle sind in den billigsten Preislagen, von der einfachsten bis zur Luxus-Ausführung in konkurrenzloser Auswahl vorrätig

Feine Herren-Lackstiefel in ganz neuen Fassons

12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Stiefel mit Doppelsonnen	} Stiefel mit Plüschfutter	
Stiefel mit Korkböden		Stiefel mit Katzenfell
Stiefel mit Wollfutter		Stiefel mit Lammfell

Wasserdicht gearbeitete Jagdstiefel

Reitstiefel für Landwirte □ Schafstiefel für alle Berufe

Praktische warmgefütterte Schnallen-Stiefel

aus Leder, Filz und Tuch, mit und ohne Lederbesatz

Haupt-Preislagen für Damen- und Herren-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Preiswerte dauerhafte Kinder-Stiefel

Prima Boxcalf, zum Schnüren, in breiten naturgemässen Sohlenformen

No. 25-27	No. 28-30	No. 31-35
4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰	6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰

Der reich illustrierte Hauptkatalog wird kostenlos zugesandt

Inserem Kollegen
Otto Schmoll u. Frau
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur silbernen Hochzeit!
 Dolack-Kollegen u. Kassenbrüder

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 (Bezirke 108.)
 Am Mittwoch, den 26. Oktober,
 des Abends um 8 Uhr, Mitglied, Bezirksleiter
Gustav Vogt
 im 33. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 29. Oktober, nach-
 mittags 4 Uhr, auf dem Christus-
 Kirchhof in Mariendorf statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 211/8 Der Vorstand

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Kreis Nieder-Barnim
 Bezirk Ober-Schöneweide.
 Am Mittwoch, den 26. Oktober,
 verstarb nach längerem Kranken-
 lager unser Mitglied, der Arbeiter
Fritz Wenzel,
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 29. Oktober, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gemeinde-Friedhofes
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 220/5 Die Bezirksleitung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Lager-
 arbeiter
Fritz Wenzel
 am 27. d. M. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 29. Oktober, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gemeinde-Friedhofes in
 Ober-Schöneweide aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Hohen-Schönhausen.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Brauer-
 arbeiter
Ernst Hoffmann
 infolge Anginalschmerz am Son-
 tag, den 28. Oktober, im Alter
 von 28 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittags 3 1/2 Uhr von der
 Leichenhalle des Marius-Fried-
 hofes in Wilhelmshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 229/4 Die Bezirksleitung.

Deutscher
Buehbinder - Verband.
 (Zentrale Berlin.)
 Den Mitgliedern die traurige
 Nachricht, daß unser Kollege,
 der Goldschmittmacher
Hermann Klem
 am 27. Oktober durch den Tod
 entzissen wurde.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 27. Oktober, nach-
 mittags 2 Uhr, vom Trauerhause
 Engelstr. 122 aus statt. 3 Uhr
 Thomas-Kirchhof in Rixdorf,
 Demannshöhe.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 25/7 Die Ortsverwaltung

Am Mittwoch früh verschied
 nach langem Leiden mein innig-
 geliebter Mann, der Gehilft
Clemens Tenschler
 Jorndorfer Str. 39.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Anna Tenschler.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr von
 der Leichenhalle des Central-
 Friedhofes in Friedrichshagen aus
 statt. 19776

Am Donnerstag, 27. Oktober,
 verschied plötzlich nach langen
 Leiden meine innigste Geliebte Frau,
 unsere gute Mutter, Groß- und
 Schwiegermutter
Emma Kröbner geb. Droge
 im Alter von 63 Jahren.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Gustav Kröbner.
 Die Beerdigung findet morgen
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf
 dem Rixdorf-Kirchhof in Rixdorf
 statt. 16800

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herz-
 licher Teilnahme und die reichen
 Kranzspenden bei der Beerdigung
 meines lieben Mannes, unse-
 rer lieben Mutter, des Restaurateurs
Gustav Schwarz
 legen wir allen Verwandten und
 Bekannten, den Wahlvereinsmit-
 gliedern des 315. Bezirks, dem
 Wahlkreisverein sowie Herrn
 Manasse und den Sängern
 unseren herzlichsten Dank.
Witwe Berta Schwarz
 nebst Kindern. 124/15

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser guter Vater,
 der Köpfer
Karl Puhmann
 am 28. Oktober 1910 nach langem,
 schwerem Leiden gestorben ist.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Klara Puhmann
 und Kinder.
 Näheres wird noch bekannt-
 gegeben. 15429

Junge, talentvolle Schauspielerin
 von erstem Berliner Theater möchte
zu Festlichkeiten
 in Arbeitervereinen gegen mäßiges
 Honorar bessere Regierungen vor-
 tragen. Offerten J. S. 1293 be-
 fördert Rudolf Mosse, Berlin SW.

Gelegenheits-Käufe

und Reismuster!

Schicke Ulster
 Solide Paletots
 Moderne Anzüge

v. 12-45 Mk.

kolossal billig.

August Pietsch

G. m. b. H.

BERLIN

Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr.

Abonnements-Haus Jägerstr. 11

zwischen Friedrichstr. u. Kanonen-Strasse.

Aus unserer Abteilung fertige Herren-Garderobe:
 Gelegenheitskäufe in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese Stücke
 sind z. T. aus feinstem Material gefertigt (mit Steppfutter, auch auf
 Felde) gefertigt. Für jeden Herrn passend, Lagerverrat.

U. a. Serie I Serie II Serie III Serie IV

Winterpaletots . 10.- 14.- 18.- 22.-
 Ulster engl. Farben 12.- 16.- 20.- 24.-
 Jackett-Anzüge 11.- 15.- 18.- 24.-
 Gehrock-Anzüge . 18.- 22.- 27.- 32.-
 Joppen von 6.- an.

Hochzeits-Anzüge, Übergangs-Paletots, Bekleidungs-
 Gummimäntel etc., sehr preiswert!

Versand-Abonnements-Abteilung, Sonntag 8-10,
 12-2 Uhr.

Neu eröffnet! Nord-Ost-Bazar S. Schiffmann Neu eröffnet!

Innere Ebertstr. 57, Ecke Landsb. Allee! Innere

Billigste Einkaufsquelle
 für
Herren- u. Knabenbekleidung

Spezialität! Berufsbekleidung
 für sämtliche Gewerbe!

! Stets Gelegenheitskäufe in Arbeiter-Wäsche
 und wollene Unterzeuge!

! Nach Maß!

Wollen Sie sich einen
 tadellosen Anzug oder
 Paletot auf **Credit**
 zulegen, so gehen Sie zu

B. FEDER

Brunnen-Strasse 1
 Frankfurter Allee 89
 Kottbuser Damm 103

Größtes Waren-Kredithaus Deutsch-
 lands mit zirka 100 000 Kunden

Auf bequeme Teilzahlung

Herren-Garderobe

Jackett-, Rock-, Gehrock-, Smoking-, Frack-Anzüge
 Ulster, Paletots, Raglans, Joppen, Hosen, Gehpelze

Damen-Garderobe

Kostüme, Kleider, Blusen, Röcke, Jacketts, Capes
 Mäntel, Kimonos, Matinees, Jupons, Korsetts usw.

Damenhüte u. Schuhwaren

Pelz-Jacketts, Kolliers u. Muffen

**Burschen- und Knaben-
 Konfektien** **Backfisch- u. Mädchen-
 Konfektien**

Anzahlung und Raten nach Uebereinkunft

Von grösster Wichtigkeit für Käufer

Unter den sich ewig als grösste Kredithäuser wahrheitswidrig ausgebenden Geschäften
 ist in jeder Beziehung **B. FEDER** tatsächlich das grösste. Es existiert kein
 Kredithaus mit gleich grossen Lagern, gleich grossem Umsatz und gleich grossem
 Personal. Da man bekanntlich bei grössten Firmen auch die grösste Leistungsfähigkeit
 und natürlich die niemals zu unterschätzende, jeden Geschmack befriedigende Auswahl
 findet, so ist es fast selbstverständlich, dass man seine Einkäufe eben nur bei
B. FEDER macht; alle nachherzukommenden Kunden und auch diejenigen, die ihr Konto
 bereits eridigt haben, geniessen bei einem Einkauf von M. 30.- an das Recht auf

Gratis Theaterbilletts

Nach eridigtem Kaufe spreche man den Wunsch aus, in irgend ein Theater, zu einer
 Opern-, Varietè-, Zirkus-Vorstellung oder zum Besuch der Lichtspiele gehen zu wollen,
 und sofort erhält man sein Billett.

SALAMANDER

Einheitspreis für
 Damen und Herren M. 12.50
 Luxus-Ausführung M. 16.50
 Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

W. S. Friedrich-Strasse 163
 C. König-Strasse 47
 SW. Friedrich-Strasse 221
 C. Rosenthaler Tor
 N. Friedrich-Strasse 118/19
 W. Potsdamer Strasse 5
 NW. Wilensacker Strasse,
 Ecke Turm-Strasse 9
 NO. Gr. Frankfurter Str. 103
 (am Straußbergerplatz)
 W. Tauentzien-Strasse 15
 N. Bad-Strasse 20
 Charl., Wilmerdorfer Str. 126
 Spandau, Breite Strasse 30
 Steglitz, Schloß-Strasse 20
 Potsdam, Nauener Str. 24

H. Schlack- u. Salamiwurst à Pfd. 1.20 M.,
 sämtliche Wurstwaren, als Gänsefleisch, Gänseleberfleisch, Gänse-
 knochenfleisch, Reulen frisch und gedörrt, geräucherter Reulen zum
 roh essen empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
H. Leißner, Berlin C., Klosterstr. 95,
 124/9 **Edhaus Kaiser-Wilhelm-Strasse.**

Möbel

Bestellt auf **Teilzahlung**
 bei kleinster Anzahlung in be-
 kannter Güte
 (mit grösster Rücksicht bei Krank-
 heit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Möbel-Lechner

Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.

Wohnungseinrichtungen auf Kredit.

Billige Preise! Billige Preise!
 Riesen-Auswahl.

Extra-Abteilung

für
 Herren- und Damen-Garderobe, Pelzstoffe, Teppiche,
 Portieren, Gastrosen u. s. w. Große Auswahl. Alles auf
 bequeme Teilzahlung. Bei Vorzeiger dieses Anzeigers erhält
 beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben!
 Sonntag von 8-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.

Mit **5 M. Anzahlung**
an, erhalten Sie bei uns

Kleider-Spinde, Vertikos
Bettstellen, Sofas, Tische
Spiegel, Betten, Gardinen
Portieren, Teppiche usw.

Ganze **Wohnungseinrichtungen**
von **150 Mk. bis 3000 Mk.**
mit jeder nur annahmbaren
Anzahlung und ganz
geringer Abzahlung

C. Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Str. 15
Ecke Ravenstrasse
neben der Feuerwache

M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station
Kottbuser Tor.

Herbst- u. Winter-
Ulster 27⁵⁰ M. bis 54 M.
Winter-
Paletots 25⁵⁰ M. bis 65 M.
1 und 2reihige
Jackett-Anzüge
24⁵⁰ M. bis 68 M.
**Rock- u. Gehrock-
Anzüge 36⁵⁰ M. - 70 M.**

Herrn-Beinkleider,
Phantasie-Westen
Burschen- und Knaben-
Garderobe

Nur
eigene Konfektion

Anfertigung nach Maß
in eigener Werkstätte.



Amtlich geprüft sind unsere
Leder-Hosen Herkules
à **4.50 Mark**

Um die Haltbarkeit unserer
„Herkules Leder-Hosen“
dem Publikum vor Augen zu führen,
haben wir den zur „Herkules
Leder-Hose“ verwandten Stoff beim
„Königl. Material-Prüfungsamte“
einer Prüfung unterziehen lassen.
Das amtliche Ergebnis lautet:
Festigkeit und Dehnung

Bruchbelastung in Kp.		Reißlänge in m		Dehnung in %		Zimmer- Wärme C°	Feuchtig- keit der Luft
Kette	Schul.	Kette	Schul.	Kette	Schul.		
87,5	111.	3350	4250	4,8	19,3	18	65

Die Werte sind Mittel aus je 5 Versuchen
Die Reißlänge ist aus dem Quadratmetergewicht
der Probe bei 65% Luftfeuchtigkeit berechnet
Freie Einspannlänge der Probestreifen 560 mm
Breite der Probestreifen 50 mm
mit 5 mm freien Fadenmitten auf jeder Seite des Streifen

BaerSohn
Chaussee-Straße 29-30 ☐ 11 Brücken - Straße 11
Or. Frankfurter Str. 20 ☐ Schönberg, Hauptstr. 10

Katalog über Berufskleidung kostenfrei!

Enorm
billiger Verkauf
eleganter Monatsgarderoben
früher 50-90 M., jetzt
12-28 M.

Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89.
Nur 1 Treppe, kein Laden.
Sofortig wird vergütet.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
**elegante
Herren-Moden**
fertig und nach Maß,
feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Straße.



5 Proz. Rabatt
bei Vorzeig. dieses Inserats

Für Damen
Aus meinem
Engros-Lager.
Einzel-Verkauf
nur v. 2-8 Uhr

Nur diese Woche:
Eleg. engl. Kostime
auf Seide, Wert bis
40 Mark, jetzt 1800
bei mir 1000
Blaue Kammg.-Kost.
hochschick a. Seide
W. b. 50 M. 1800 2500
jetzt b. mit 1800 2500
Schwarze Jacketts
und Frauen-Mäntel
aus Eskimo- u. Breitwoll-
Stoffen jetzt . 1800 1800 2500

Röcke u. Blusen, auch
für starke Damen, enorm billig.

Kein Laden.

Sonnt. öffentl. | Fahrg. ersetzt

H. Heymann
parterre, Grüner Weg 48
(an der Koppenstraße).
Fahrg. Gelegenheit: Elektrische
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22,
31, 46, 76, 78, 79.

Paletots und Ulster

modernste Fassons — aparteste Dessins
18.— 24.— 28.— 33.— bis 60.— Mark



Steter Eingang
hervorragender
Neuheiten

**Hermann
Vandsburger**
BERLIN

SW, Friedrichstrasse 7
am Belle-Alliance-Platz
NW, Turmstrasse 30a
Ecke Wilhelmshavener Strasse

Geldnot
In das Nebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so
sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für
Monats-Garderoben erhalten Sie von

Millionären
Reisenden, Kavallieren, Doktoren nur wenig getragene
reiuollene, vielfach auf Seide gearbeitete

	Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	8 M.	14 M.	18 M.
Maß-Paletots	6 M.	12 M.	16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
nur Gr. Frankfurter Straße 93
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles christl. Geschäft. Keine Pittalen am Plage.
Abteilung II: Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Bankhalle
bietet an lebermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Ge-
wärtigkeit für tadelloser Sitz gegen
wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an.
Aufschiebung u. Verfertigung im Hause.
Zur Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.



Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelwerder**,
an der neuen
Querstraße beim **Alten Freund**.

Spezial-Offerte.
Echte Schweizer silberne Herren-
Remontoir-Uhr, 800 gestempelt, ele-
gantes Gehäuse, 2 echte Goldränder,
6 Rubine, fein emaill. Zifferblatt, arab.
od. röm. Zahlen, vergold. Zeiger, genau
einreguliert, 3 Jahre Garantie a M. 9,50
Dieselbe mit 10 Rubinen 11,-
Dieselbe m. aus. stark. Gehäuse . . . 14,-
Versand gegen Nachnahme oder Vor-
einsendung des Betrages.

Karl H. Greeven, Köln 351 Spezialhaus
in Taschenuhren.



Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Musik-Instrumente
= jeder Art =
auf Teilzahlung.
Berlin
Prinzenstr. 75.
Rixdorf
Routerstr. 34



Mit **5 M. Anzahlung**
an, erhalten Sie bei uns
streng moderne
Herren-Anzüge
Paletots, Ulster
Damen-Paletots
Kostüme, Röcke, Blusen
Mädchen- u. Kindergarderobe
Pelzwaren, Schuhwaren

C. Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Str. 15
Ecke Ravenstrasse
neben der Feuerwache.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 30. d. Mts., findet in der 1. und 5. Gruppe eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 30. Oktober, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Reinickendorf-Ost. Am Sonntag früh 8 Uhr findet zu der am Dienstagabend 8 Uhr im „Schützenhause“ stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Im Anschluß hieran erfolgt in einzelnen Bezirken (2, 2a, 2b, 8 und 4) eine „Vorwärts“-Agitation.

Witzhelmstraße-Kosenthal. Die Befestigung unseres neuen Krankenhauses in Reinickendorf findet morgen Sonntag, von 10 bis 5 Uhr statt.

Tegel. Sonntag früh von 8 Uhr ab findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Am Montag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in W. Tropp's Festsaal, Bahnhofsstraße 1, eine öffentliche Versammlung statt.

Friedrichshelde. Zu der am Mittwoch, den 2. November ex., bei Wandorf, Berliner Str. 18, stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung soll durch Flugblätter eingeladen werden.

Jensdorf. Am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokale von Julius Knorr.

Niederlehme, Hoherlehme, Königs-Winterhausen. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf der Dorfane am Luch in Niederlehme: Öffentliche Volksversammlung.

Spandau. Den Genossen und Genossinnen, die sich am Sonntag, den 30. Oktober, an dem geplanten Ausflug nach Falkenberg-Seegebiet beteiligen, zur Kenntnis, daß der Abmarsch nachmittags 2 Uhr vom Lokal des Genossen Karl Gottwald, Schönwalder Str. 80, erfolgt.

Berliner Nachrichten.

Zur Frage der Schulbücherbeschaffung.

Die Kritik hier nach den Erfahrungen eines Vaters beleuchtet wurde, teilt ein anderer Vater uns mit, wie es ihm erging, als er für zwei seiner Kinder unentgeltliche Bewährungen von Schulbüchern gebeten hatte.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch einmal auf die eingangs erwähnte erste Zuschrift zurückkommen, die wir vor 14 Tagen veröffentlichten.

Aus der Gewerbe-Deputation.

Mit einer recht verwickelten Geschichte hatte sich in ihrer letzten Sitzung die Gewerbe-Deputation zu beschäftigen. Die Bäder-

innung „Concordia“ hatte den Antrag gestellt, das Eigentumsrecht des der Innung gehörendes Hauses, Andreasstr. 64 bezw. Krautstraße 38, festzusetzen.

Dieser unklaren rechtlichen Zustand, so lang es aus den Darlegungen einiger Mitglieder der Deputation heraus, wollen sich die Innungsmeister der „Concordia“ zunutze machen.

Wie zur definitiven Erledigung dieser Angelegenheit wurde der vorliegende Antrag beider Bäderinnungen, „Concordia“ und „Germania“, auf Errichtung einer Zwangsinnung verlegt.

Vom Magistrat wurde in derselben Sitzung Mitteilung über die Angelegenheit der Verlegung der Herberge der Fleischerinnung, dem langjährigen Schmerzenskinder der Gewerbe-Deputation, gemacht.

Von unserer Seite wurde ausgeführt, daß die ganze Angelegenheit eigentlich gegenstandslos geworden sei, nachdem vor kurzem vom Oberverwaltungsgericht der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter als politischer Verein erklärt und damit aufgehoben worden sei.

In der vorigen Sitzung gab, wie nachträglich berichtet sein mag, die Gewerbe-Deputation ihre Zustimmung zum Bau eines Innungshauses der Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung in der Ohmstraße.

Die modernste Ehe. Im Schaufenster der bekannten Papierhandlung von Lohmann in der Friedrichstraße 91 hängt zu Ruh und Frommen neben klingenden Titeln und vielzähligen Kronen „fittlich“ Vermählter folgende hochfein lithographierte Heiratsanzeige aus:

Unter dem Drud der Gesehe wie auch in der Erkenntnis, daß ein vornehmliches Eingreifen in die heutige Ehe der gefehlichen und religiösen Bindung ungeheure Opfer und große Anforderungen an das feinere Empfinden jedes aufrecht und ehrlich Denkenden stellt, und da ferner der Wert ganzer Menschen vorerst nur in einer freien Vereinigung zu wahrhaft fittlicher Höhe gelangen kann, in welcher durch starke Selbstkultur in reinster moralischer Form sich einer dem anderen ebenbürtig und unentbehrlich zu machen weiß, beehren wir uns hiermit offen wahreren und aufrechten Fremden unsere am heutigen Tage in freier Ehe vollzogene Verbindung bekanntzugeben.

Rixdorf, den 2. Oktober 1910.

Luis G. Hans W. Die Unbeholfenheit des Stils beweist die Eitelkeit. Stammend und eifrig disputierend stehen die Friedrichstraßenplaner vor dem Schaufenster.

Vernünftige erzogen werden, trübten brennenden Auges den Text ins Notizbüchlein. Eine würdige Matrone, die strengen Blicks den Ausschlag sorgfältig, fällt entsetzt beinahe in Ohnmacht, und ein Unrot witternder Zentrumsmann, „Marke Noeren“, schaudert vor dem zunehmenden Sittenverfall bis ins Mark hinein.

Zum Leiter des Fürsorgewesens der Stadt Berlin hat der Berliner Magistrat einen Pastor gewählt, einen Herrn Krauth, der bisher Leiter der Fürsorgeanstalt in Gardehausen in Westfalen war.

Die bei ausgedehnten Krankheiten vorgeschriebene Desinfizierung der Wohnungen läßt in Berlin nicht mehr wie alles zu wünschen übrig. Wir haben wiederholt Mitteilungen machen müssen darüber, daß die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Desinfektionen zu einer Zeit erfolgen, in der sie ihren eigentlichen Zweck vollkommen verfehlen.

Was sich Schulkente heranzunehmen

erhebt aus einem Vorfalle, der sich am Donnerstagnachmittag nach 5 Uhr auf dem Bürgersteige des Rathauses in der Spandauer Straße abspielte. Auf dem Bürgersteige geht ein Arbeiter mit einem Rucksack auf dem Rücken.

Ein Frauenmord.

Koch ist der Mord an der Prostituierten Arnholz nicht vollkommen aufgeklärt, so wird schon wieder gemeldet, daß gestern vormittag am Schloß Bellevue in der Nähe der Luther-Brücke aus der Spree ein Sack aus grober Leinwand gelandet wurde, in dem sich eine Frauenleiche befand.

Ueber diesen Fund werden folgende nähere Mitteilungen verbreitet: Ein Mann aus der Stromstraße, der gestern in der zehnten Stunde über die Luther-Brücke ging, sah auf dem Wasser einen Sack schwimmen.

Seite früh ist an der Luther-Brücke in Moabit eine Frauenleiche aus der Spree gelandet worden. Sie war in einen Sack von grobem Leinen eingewickelt. Es liegt offenbar ein Verbrechen vor. Die Leiche ist die einer jungen kräftigen Frauensperson von Mittelgröße mit dunkelblondem oder braunem, glänzendem Haar.

Die Obduktion der Leiche

wurde von 2 Uhr an durch die Gerichtsärzte Sechnurat, Straßmann und Dr. Strauch im Säugsaal vorgenommen. Die Todesursache konnte nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden, weil die Verwesung schon zu weit vorgeschritten ist. An Krankheitserscheinungen wurde nur eine geringe Entzündung festgestellt. Sie macht es wahrscheinlich, daß die Leiche in ihren letzten Lebensstagen etwas geküßt hat. Keuchere Gewalt, die irgendwelche Spuren hinterlassen hätte, hat den Tod nicht herbeigeführt. Möglich ist, daß die Unbekannte mit Werten oder anderem weichen Material erstickt worden ist. Spuren einer Vergiftung wurden nicht gefunden, doch wurden einzelne Leichenteile zurückgehalten, um mikroskopisch und chemisch untersucht zu werden. Die Obduktion stellt fest, daß die Unbekannte noch nicht Mutter gewesen ist. Die Leiche hat nach ihrem Zustande mindestens 14 Tage, aber höchstens 6 Wochen im Wasser gelegen. Das Mädchen ist mindestens 6 Stunden nach der letzten Mahlzeit gestorben. Diese oder auch die vorliegende Mahlzeit hat aus Pfefferlingen bestanden.

Der Erkennungsdiens fertigt zweierlei Photographien an. Die einen zeigen die Leiche so, wie sie aus dem Wasser kam, die anderen besonders den Kopf, nachdem er durch ein künstliches Verfahren möglichst wieder in seinen früheren Zustand zurückverleitet worden ist. Dieses Verfahren macht das Gesicht wesentlich kenntlicher und erleichtert so die Feststellung der Persönlichkeit. Im Laufe des Nachmittags kamen mehrere Personen zur Kriminalpolizei und mochten Angaben über Vermisste. Die Nachprüfung dieser Mitteilungen ist noch nicht abgeschlossen. Kriminalpatronen verteilten sich gestern nachmittag gleich auf die ganze Stadt, um in allen Herbergen, Miets- und Vermittlungsbüros nachzuforschen. Zur Aufklärung des geheimnisvollen Todes wird zu beachten sein, daß diesmal die Leiche nicht in einzelnen Stücken, sondern ganz in das Wasser geschickt worden ist. Sie ist ziemlich schwer. Ein kräftiger Mann kann sie ja wohl tragen, aber es ist doch nicht ausgeschlossen, daß man sie mit einem Handwagen weggeschafft hat. Wer sich nach diesen Richtungen hin aus der letzten Zeit eine Wahrnehmung erinnert, sollte sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei melden. Auch für Mitteilungen dieser Art ist die ausgeschriebene Belohnung bestimmt.

Was das eine Erkennungszeichen betrifft, so trägt der kleine Ring nicht einen Granatstein, sondern nach Mitteilungen des Sachverständigen, dem er vorgelegt hat, einen Skarabäus. Es ist ein minderwertiger Ring, der vielleicht 4 bis 5 Mark gelostet hat. Er zeigt zu beiden Seiten des Steines zierliche Einprägungen, in denen wieder Blumen, durch Punkte gezeichnet, erscheinen. Ob die in der Hand der Toten gefundenen Frauenhaare von ihrem eigenen Kopfe stammen oder anderswoher, soll der Chemiker feststellen.

Eine unverständliche Polizeimaßnahme

Ein sonderbares Polizeistückchen hat sich unsere königliche Polizei gegen eine Anzahl Kraftwagenführer geleistet. Der „Courier“ berichtet in seiner letzten Nummer darüber folgendes: „Am 11. Oktober d. J. um 10 Uhr waren an 30 Kraftwagenführer nach dem kgl. Polizeipräsidium in vollständiger Abree mit Schild und Fahrkarte geladen. Nachdem dieselben bis gegen 11 Uhr dort gewartet hatten, wurden sie unruhig und verlangten gehen zu dürfen. Da kam der Kommissar und drohte demjenigen mit Gefängnisentscheidung, der sich entfernte. Als die Kollegen nun darauf drangen, zu wissen, warum sie überhaupt geladen seien, und warum sie noch länger warten sollen, erklärte der Kommissar folgendes: „Ein kaiserlicher Rat aus Wien wäre mit seiner Gemahlin vom Hotel „Adlon“ nach dem Anhalter Bahnhof gefahren und sei in der Kraftwagenschleife (Opelwagen) ein Sandstoffer mit Juwelen und sonstigen Wertgegenständen zurückgelassen. Der Fahrer, welcher die Fahrt ausgeführt hat, sei genau bekannt und soll von dem Wagenmeister des Hotels, welcher gleich erscheinen sollte, festgestellt werden. Aus diesem Grunde sollen alle Opelfahrer geladen werden. Als es sich aber nun herausstellte, daß auch Adler- und A. A. G.-Fahrer geladen waren und weiter bekannt wurde, daß der Wagenmeister nicht erscheint, da derselbe den Kraftwagenschleifenführer, welcher die Fahrt ausgeführt hat, nicht wiedererkennen, machte der Kommissar ein lautes Geschrei und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß auch andere als die Opelfahrer geladen waren. Ein Gepäckträger des Hotels, welcher mittlerweile erschienen war, konnte den betreffenden nicht ermitteln. Zwei Kollegen verlangten hierauf eine Entschädigung für ihre, durch die Polizei verschuldete Veranlassung, was natürlich abgelehnt wurde. Jedoch ließ man sich bewegen, 40 Pf. Fahrgehalt zu geben. Als die übrigen Kollegen ebenfalls Entschädigungsansprüche geltend machten, wurden sie hinausgewiesen.“

Wit vollem Recht bemerkt der „Courier“ zu diesem Polizeistückchen: „Wenn das ganze Ermittlungsverfahren schon etwas absonderlich klingt, indem man sämtliche Opelfahrer nach dem Präsidium zitieren will, so ist es andererseits ein ganz unverständliches Verlangen, da eine Anzahl Kollegen mit ihren Wagen dort waren und sich für eine Sache, die nur den kaiserlichen Rat aus Wien interessierte, verurteilen mußten. Hier wäre doch wohl eine Klage wegen Entschädigung am Platze. Da gegen den einzelnen ein Ermittlungsverfahren nicht vorlag, es sich auch gar nicht um eine Vernehmung des einzelnen handelte, sondern lediglich um Interesse des Geschäftigen diese Maßnahmen vorgenommen wurden. Es sollte nur noch, daß das Polizeipräsidium bestimmt hätte, um die oder die bestimmte Zeit fahren sämtliche Opelfahrer vor dem Hotel „Adlon“ vor, um auf diese Weise einen sogenannten Lokaltermin abzuhalten und die Ermittlungen vorzunehmen.“

Ob man sich dann auch gewiegert hätte, wenn irrtümlich Adler- oder A. A. G.-Fahrer geladen wären, vor das Hotel zu fahren, oder zu entschädigen, konnte man beinahe bezweifeln.“

Wenn in jedem einzelnen Falle, in welchem ein Wagen angeblich Gegenstände liegen gelassen sein sollen, die Kraftwagenführer nach dem Präsidium geladen werden, kämen die Leute vom Alexanderplatz gar nicht mehr weg. Die polizeiliche Maßnahme, wie sie im vorliegenden Falle erfolgt ist, ist einfach unerhört.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden der 17 Jahre alten Nymphenburgerin Johanna Pawlow aus der Dronheimer Str. 13 gefunden. Das Mädchen mochte am Sonntag vor acht Tagen mit dem Eltern und dem Bräutigam einen Vereinsball mit, geriet morgens aus Eiferlichkeit mit dem Bräutigam in Streit, lief aus dem Ballsaal weg und blieb seitdem verschwunden. Gestern fand man die Vermisste in der Nähe der Höherer Brücke im Spandauer Schiffahrtskanal als Leiche wieder.

Nieder das Duell in der Jungfernhelbe erzählt die „Volks-Ztg.“: Zu dem Pistolenduell, der in der Jungfernhelbe stattfand, erfahren wir, daß dieses Duell nur das erste von vier Duellen ist, die in diesen Tagen ausgefochten werden sollen. Es handelt sich um eine Reihe politischer und persönlicher Differenzen, die zwischen mehreren Politikern und hohen Militärs entstanden sein sollen. Unter anderen stehen sich auch ein General, der zugleich Landtagsabgeordneter ist, und ein Rittergutsbesitzer und Landrat gegenüber. Gerüchteleise verlautet auch, daß es sich hier um Differenzen handele, die mit dem Motiv für das Duell in Zusammenhang stehen, in das der Leiter des Reichsanwalters, Rittergutsbesitzer v. Weichmann-Hollweg jüngst verwickelt war. Die Untersuchung über das Duell wird mit aller Heimlichkeit geführt. Die beiden Soldaten, die Anzeige vom Duell in der Jungfernhelbe erstatteten, sollten gestern über das, was sie von dem Duell gesehen haben, von der Polizei in Widgenseer kommissarisch vernommen werden. Die Militärbehörde untersagte jedoch die Vernehmung und verbod den Soldaten, über ihre Beobachtungen etwas auszusagen, da die Untersuchung der Angelegenheit von militärischer Seite erfolgen werde. Das beweist die schon vorgestern

ausgesprochene Vermutung, daß es sich bei den Duellanten um Offiziere in Zivil handelte.

Der große Prejodendiebstahl in der Drantenstraße in dem Geschäft von Deike hat seine Aufklärung gefunden. Es sind mehrere Personen verhaftet worden, die diesen Diebstahl ausgeführt haben. Die Diebstehle ist bis auf eine Uhr wieder herbeigeführt worden. Verabredet wurde der Einbruch in der christlichen Herberge zur Seimat in der Drantenstraße.

Vom künstlerischen Leben und Schaffen unserer Zeit. Diesen Titel wählte die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes für ihr Winterprogramm. Die künstlerische Leitung der gesamten Veranstaltungen liegt in den Händen des Herrn Kestenberg. Es ist damit die Gewähr geboten, daß etwas Gutes zur Darstellung gelangt. — Der erste Abend findet am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, in der Industrie-Festhalle, Beuthstr. 19/20 statt, er ist der Großstadtpoesie gewidmet. Die Regitationen hat Herr Ludwig Harbt übernommen. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf. Abends 8 Uhr findet nicht statt. — Gäste können noch Eintrittskarten erhalten bei: Geisler, N., Anglerstraße 41 II; J. Michaelis, Engelauer 19 part.; A. Adam, Admiralstraße 17, Laden; J. Schellongowski, NO., Poststr. 88 part.

„Glor“ betitelt sich ein neues Konzerthaus, das gestern erstmalig seine Pforten geöffnet hat. Wenn man von der Zimmerstraße oder auch von der Rauerstraße aus die neuen Räume betritt, kommt es einem nicht in den Sinn, daß an dieser Stelle ehemals mit Gemüse, Wädlungen, Fleisch und Wurstwaren gehandelt wurde. Aus der ehemaligen Markthalle sind anheimelnde Aufenthaltsräume geworden. Mit Hilfe hervorragender Techniker ist die ganze innere Einrichtung auf das modernste ausgestattet; nette Malereien an den Seitenwänden erhöhen die Wirkung. Die Musik soll hier zu Hause sein. Für ein verhältnismäßig nicht allzu hohes Entree werden hier die Musikmeister aus den verschiedensten Ländern ihre Kunst zeigen. Eine italienische Kapelle machte gestern den Anfang.

Jungen gesucht. Personen welche am 29. Juni abends zwischen 9—10 Uhr gesehen haben, wie ein kleiner älterer Mann anfangs der fünfziger Jahre von einem Schuttmann auf dem Gartenplatz zur Wache gebracht wurde, werden ersucht, ihre Adresse Prinzen-Allee 25 3 Treppen links Vorderhaus abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in ihrer Sitzung am Donnerstag im Geschwindschritt fast die ganze umfangreiche Tagesordnung. Debattevolle Annahme fanden eine Reihe von Vorlagen, welche die Befolgsverhältnisse der Lehrpersonen an Gemeinde- und höheren Schulen betrafen, ferner Behauptungsplanänderungen und Staatsverpflichtungen. In die Deputation zurückverwiesen wurde aus der ersten Gruppe jedoch die Magistratsvorlage über Abänderung der Befolgsordnung für die Lehrer und Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule und der Mädchenmittelschule.

Ein weiterer Antrag des Magistrats schlug vor, dem freiwilligen Erziehungsbeitrag aus dem Stadtverordneten-Dispositionsfonds zur Lieferung von Milch an bedürftige Schulkinder in den Monaten November bis Februar den Betrag von 30000 M. zur Verfügung zu stellen. In der Begründung wird wörtlich gesagt:

„Daß sich in unseren Gemeinde- und Hilfsschulen insgesamt etwa 12000 Kinder befinden, für welche die unentgeltliche Verabreichung von Milch dringend wünschenswert ist. Bei diesen Kindern sind die häuslichen Verhältnisse so ungünstige, daß die Kinder durch ihre mangelhafte körperliche Ernährung in ihrer Schulfähigkeit wesentlich beeinträchtigt sind. Der größte Teil dieser Kinder kommt, ohne warmes Frühstück zu Hause erhalten zu haben, in die Schule. Erfahrungsmäßig haben die Kinder hierunter am meisten in den Wintermonaten (von Anfang November bis Ende Februar) zu leiden.“

Jedes bedürftige Kind soll deshalb täglich ¼ Liter warme Milch erhalten. Die Auswahl der Kinder geschieht durch den Rektor; die Verteilung der Milch soll unter Aufsicht einer bei den Schulen tätigen Vertrauensperson des freiwilligen Erziehungsbeitrags vor sich gehen. Der letztere hat der Schuldeputation und dem Magistrat nach Semesterabschluss Bericht und Abrechnung zu erstatten. — Die Versammlung bewilligte die beantragte Summe.

Der Bau einer massiven Brücke im Zuge der Kaiser-Friedrichstraße über den noch zu erbauenden Teil des Schiffahrtskanals wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion an die Tiefbaudeputation zurückverwiesen. Bei dem Voranschlag für die Tiefbauarbeiten sind 40000 M. für die Anlage einer Brücke in Holzkonstruktion von 19 Meter Breite vorgesehen worden. Der Magistrat will aber mit Rücksicht darauf, daß die Kaiser-Friedrichstraße bei ihrer Fertigstellung hinter der Ringbahn eine Hauptverkehrsstraße werden dürfte, ferner auf die bald zu erwartende Bebauung des östlich der Bahn liegenden Stadtteils und auf die beschlossene Anlage des neuen Bahnhofs an der Kaiser-Friedrichstraße die Brücke von vornherein massiv und in 30 Meter Breite anlegen. Die Kosten in Betonausführung würden 320000 M. betragen. — Wegen diesen Plan polemisierte sowohl Stadtd. Adam, welcher aus Sparmaßregeln vorläufig die Holzbrücke erachtet wissen will, als auch Stadtd. Heller (Soz.). Der letztere verlangte besonders die Erwägung der Frage, ob die Anlieger jenes Stadtteils, deren Grundstücke doch eine wesentliche Regenerierung durch den Brückenbau erfahren, nicht zu den Kosten herangezogen werden können. Der Ausschuss müßte dies gründlich prüfen.

Die Vergebung einer Anleihe von 400000 M. an die Stadtsparkasse zu Zins von 4 Proz. und mit einer jährlichen Tilgung von 2 Proz. wurde genehmigt.

Die Dringlichkeit für den sozialdemokratischen Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung bis 8 Uhr abends auszudehnen und die Wahlen der dritten Abteilung auf einen Sonntag zu verlegen“

wurde anerkannt. Nach einer knappen und treffenden Begründung durch den Stadtd. Groger (Soz.) erklärte Stadtd. Nietz, daß eine Verdrängung des Antrages jetzt nicht mehr möglich ist, bei späteren Wahlen würden die Anregungen desselben jedoch im Magistrat eingehender Erwägung unterzogen werden. Stadtd. Dr. Silberstein (Soz.) stellte fest, daß der Magistrat schon diesmal, wenn der gute Wille vorhanden war, die Wahlzeit der zweiten Abteilung hätte bis 8 Uhr ausdehnen können, wie es auch bei der letzten Wahl bereits der Fall war. Als der Redner den Verdacht aussprach, daß auch diese Verschlechterung wiederum ein Liebesdienst des Magistrats gegenüber den Wahlrechtsäubern sei, brach bei der bürgerlichen Mehrheit die bei dieser Kennzeichnung übliche Nervosität aus, welche sich in erregten Juristen Luft machte. — Mit Rücksicht auf die augenblickliche formelle Undurchführbarkeit zogen die Sozialdemokraten hierauf ihren Antrag zurück.

Den Rest der Sitzung füllten Ersatz- und Ergänzungswahlen zum Magistrat aus. Stadtbaurat Weigand, dessen Amtsperiode im April 1911 abläuft, wurde mit 39 Stimmen wiedergewählt, und zwar — trotz des Widerspruchs unserer Gewissen — auf Lebenszeit; 20 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die Ergänzungswahlen für 5 turnusmäßig auscheidende unbesoldete Stadträte und 1 verstorbenen unbesoldeten Stadtrat ergaben folgendes Resultat: Wiedergewählt wurden die Stadträte Bärner mit 51 Stimmen, Kargraff mit 53 Stimmen, Koch mit 49 Stimmen, Wilschke mit 39 Stimmen (16 weiße Stimmzettel).

Schmidt mit 36 Stimmen (22 weiße Stimmzettel); neugewählt wurde Stadtd. Adam mit 30 gegen 18 Stimmen, welche letztere Stadtd. Conrad (Soz.) erhielt. Bei den Wahlen für 2 neugewählte Stadtratsmitglieder erhielt die Stadtd. Hilbrandt 30, Niemeh 32, Dr. Silberstein (Soz.) 18 und Wulff (Soz.) 17 Stimmen; die beiden letzteren sind somit — allerdings mit ebenso häufigen Majoritäten wie Adam — gewählt.

Schöneberg.

Heute abend 8 Uhr findet in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 122, die Aufführung des Schauspiel „Kaiserentwurf“ statt. Die Vorstellung der Plätze beginnt um 9 Uhr, während die Vorstellung pünktlich um 9 Uhr ihren Anfang nimmt. Da die Billets alle umgelegt sind, kann ein Verkauf an der Kasse nicht stattfinden. Während der Vorstellung darf weder geraucht noch serviert werden, auch haben Kinder im schulpflichtigen Alter keinen Zutritt. Die Besucher wollen den Anweisungen der Komiteemitglieder in jeder Beziehung Folge leisten. Nach Beendigung des Theaters findet in denselben Räumen Tanz statt und zahlreich Herren, die sich daran beteiligen, 50 Pf. nach.

Johannisthal.

Am Sonntag veranstaltet der Bildungs- und Jugendbund Johannisthal einen gemeinsamen Besuch des Eisenbahn- und Verkehrsmuseums. Treffpunkt 8 1/2 Uhr im Lokal von Senfleben, Friedrichstraße.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Unter den Eingängen, die der Versammlung zugegangen sind, befand sich auch eine Resolution, die in einer in voriger Woche bei Wölke abgehaltenen öffentlichen Vollversammlung einstimmig angenommen war. In dieser Vollversammlung sprach Genosse E. Niedeck Berlin über die wahren Ursachen des hiesigen Straßenbahnunglücks. Es wurde von Referenten die Person des Straßenbahndirektors Müller gemeinsam bezeichnet, der von Chemnitz, wo ihn die Stadt nicht mit übernommen hatte, nach Spandau gekommen ist und hier in selbstherrlicher Weise die Straßenbahnangelegenheiten behandelt. In dieser Behandlung, sowie in dem Umstand, daß den Wagenführern nicht genügend bekannt gegeben wurde, daß die Straße der Wagnbahn in der Genußwaldstraße eingeleistet befahren wurde, sah der Referent die wahren Schuldursachen für das Unglück. Die Resolution wurde durch den Vorsteher Lüdicke zur Vorlesung gebracht. Der Oberbürgermeister Niedeck gab dazu eine längere Erklärung ab. Wie er sagte, wäre er gern in die Versammlung gegangen, wenn man ihn dazu eingeladen hätte. Er bezweifelte dann, daß der Genosse Niedeck eine Ahnung von den Spandauer Straßenbahnverhältnissen habe und nimmt den Straßenbahndirektor Müller kräftig in Schutz. Sodann erklärt der Oberbürgermeister, daß er aus Anlaß der öffentlichen Versammlung die Straßenbahnangelegenheiten zusammenberufen und ihnen einen Vortrag gehalten habe über ihre Rechte und Pflichten und wie sie sich als städtische Angestellte zu verhalten haben. Wenn sie etwas zu erbitten haben, mögen sie aus ihren Reihen einige Personen erwählen, die diese Wünsche vorbringen und gerne werde man mit ihnen verhandeln. Mit Personen aber, die außerhalb der städtischen Verwaltung stehen, namentlich aber mit solchen vom Transportarbeiter-Verband, könne der Magistrat nicht verhandeln. Er habe den Leuten auch gesagt, daß im Falle eines Streikes sie die größten Leidtragenden seien. Wer seine Schuldigkeit tue, könne den Wohlwollen der städtischen Verwaltung sicher sein, dessen Rechte würden auch vertreten. Ueber die Schulfrage vertrat der Oberbürgermeister den Standpunkt, es sei Sache des Gerichts, den Schuldigen zu ermitteln. In der Diskussion trat Genosse Pieper den Ausführungen des Oberbürgermeisters entgegen. Er wies darauf hin, daß der Direktor Müller den Wagenführer keine Kenntnis davon gegeben habe, daß die Wagnbahn auf der Straße, wo das Unglück passierte, nur einseitig befahren werden konnte. Er bezweifelte auch auf das Schärfste das Vorgehen des Direktors gegen die Angestellten. Einen gewissen Einfluß scheint die öffentliche Versammlung aber doch ausgeübt zu haben, denn die Straßenbahndeputation ist mehr würdevoll nach dieser Versammlung sehr rasch zu dem Beschluß gekommen, daß mit dem 1. Januar kommenden Jahres Schaffner eingestellt werden. Die Versammlung beschloß, erst die Entscheidung des Magistrats, dem die gleiche Resolution zugesandt ist, abzuwarten. Es wurde dann die Wahl von 4 unbesoldeten Stadträten vorgenommen. Drei davon, die Stadträte Müller, Zimmermann und Kersten wurden wiedergewählt. An Stelle des Stadtrats Schulze, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, wählte die Versammlung den früheren Stadtverordnetenvorsteher Schröder, den man Anfang dieses Jahres so schmachlich von seinem Vorsteherposten abgelöst hatte. Auch der Patriotismus mußte wieder einmal herhalten. Der Magistrat hatte nämlich beantragt, daß an Kriegervereine resp. Militärvereine, die ihre 25-jährige Stiftungsfest feiern, ein Fahnenband im Preise von 60 Mark verliehen wird. Die Vorlage war schon einmal eingeleistet, war aber zurückgezogen worden, weil die Firma Herzog Berlin als Fahnenband-Lieferant genannt war und sich verschiedene Stadtverordnete darüber aufhielten. Bei der jetzigen Vorlage wurde nicht gefragt, wer der Lieferant ist. Der Verleger des konservativen Tageblattes, Stadtverordneter Schob, war Referent der Vorlage und empfahl dieselbe selbstverständlich. Genosse Pieper beantragte strikte Ablehnung. Das Geld der Steuerzahler könne andere Verwendung finden. Jetzt aber sprang ein Vertreter der dritten Abteilung, der Stadtverordnete Betriebs-Schreiber Simon, in die Schranken, der die Annahme empfahl, da erfahrungsgemäß die Mehrheit der Spandauer Einwohner nicht aus Sozialdemokraten bestehe. Die Vorlage wurde natürlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Die Versammlung beschloß, vom dem Boden aus dem ehemaligen Festungsgeleise 60000 Kubikmeter für 40 Pf. pro Kubikmeter an die Pöbengefellschaft Spandau-Berlin zu verkaufen. Von den weiteren Vorlagen sei noch bemerkt, daß die Versammlung zur Regulierung und Pflasterung der Pöbeldorferstraße nach Pöbeldorf zu 299000 Mark bewilligte.

Briefkasten der Redaktion.

Die wöchentliche Ehrenrunde Andre Windenstraße Nr. 69, vorn über Treppen — 7 Uhr abends — wochentlich von 6 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 11 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist in Buchstabe und eine Zahl als Vermerk einzutragen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bitte Anträge tragen man in der Ehrenrunde vor.

E. S. 27. An die Steuerdeputation. — S. B. 93. Jurist hätte — wenn die Eisenbahndirektoren ihre Schadenerschaftspflicht aus dem Grunde nicht befreit — nur eine bezügliche Feststellungsfrage Aussicht auf Erfolg. Der Eisenbahndirektor hätte nur für den Vermögensschaden. Solange also ein Vermögensschaden nicht nachweisbar ist, ist auch eine Zahlungspflicht ausgeschlossen, trotz des ärztlichen Gutachtens. In Frage kommt das Recht der Schadenerschaft (vgl. Sper, Anmerkung 8 zu § 1). — R. S. 1. und „Anwältendirektor“. Die Anwaltenschaft ist erloschen. Sie lebt wieder auf, wenn mindestens 200 weitere Marken gestellt und entwertet sind. Es sind bei Versicherungspflichtiger Beschäftigung oder der Weiterverweisung innerhalb zweier Jahre mindestens 20 Marken zu entwerfen, und ist die Karte innerhalb dieses Zeitraumes umzutauschen. — D. R. 1001 St. Nr. 1. Geb. 1897. Die Versicherung liegt nicht vor. — R. S. 5. Wenn Hinterbliebenenrente gewährt wird, so besteht kein Anspruch auf Erhaltung von Beiträgen. — S. B. 1. Der Beschluß der Deputation, den Veteranen eine Unterstützung zukommen zu lassen, bedarf erst der Genehmigung der Stadtverordneten und des Magistrats. Trist er in Kraft, so müßte natürlich eine entsprechende amtliche Aufforderung zur Weidung ergeben.

Amstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Generalkartoffeln. Marktlage: Fleisch: Zufuhr gering, Gedäch etwas reger, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Gedäch lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr in Mäßen reichlich, sonst knapp, Gedäch lebhaft, Preise gut. Schweine: Zufuhr etwas reichlicher, Gedäch ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gedäch ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Obstzucht: Zufuhr reichlich, Gedäch fest, Preise schwankend.

Gerichts-Zeitung.

Schwere Schäden der Irrengesetzgebung

enthüllte wieder einmal ein gestern von der 8. Zivilkammer des Landgerichts II zugunsten eines zu Unrecht Entmündigten entschiedener Prozeß.

Der Rechnungsrat im Justizministerium Knappik hatte gegen seinen Vater, den Bürgermeister a. D. Theodor Knappik, den Antrag auf Entmündigung und vorläufige Vormundschaft gestellt, weil — der Vater die Absicht hatte, sich wieder zu verheiraten! Diesem Antrage hatte das Amtsgericht Köpenick stattgegeben, indem es den Bürgermeister ohne jede Sachprüfung unter vorläufige Vormundschaft stellte. Nachdem das Landgericht die dagegen eingelegte Beschwerde verworfen hatte, gelang es dem Bürgermeister Knappik, erst beim Kammergericht die Aufhebung der vorläufigen Vormundschaft und die Zurückverweisung der Sache in die erste Instanz zu erwirken. In diesem Stadium des Entmündigungsverfahrens schloß der Sohn mit seinem Vater einen notariellen Vertrag ab, durch welchen er sich Zug um Zug gegen Zurücknahme des Antrages auf Entmündigung und vorläufige Vormundschaft zum Erben einsetzte und sein Erbteil bei der Deutschen Bank sicherstellen ließ. Diese Verträge hat Bürgermeister Knappik durch Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried als gegen die guten Sitten verstößend und erzwungen anfechten lassen. In dem gestrigen Termin ist der Erbvertrag für nichtig erklärt und dem Vater wieder die freie Verfügung über sein Vermögen zugesprochen worden. Die Kosten des Rechtsstreites wurden dem Sohne auferlegt.

Dieser Fall schreit wie so viele geradezu nach einem Schutz gegen die Entmündigung geistig Gesunder. In wie vielen Fällen sind auf Antrag erbgrößerer Verwandter oder aus Ständesüchtigen oder aus „politischen Gründen“ im öffentlichen Interesse geistig Gesunde entmündigt oder gar als gemeingefährlich interniert? Der vorstehend geschilderte Prozeß wirft übrigens auch ein treffliches Licht auf die Auffassungen eines Teiles unserer Bureaukratie über das Gebot, Vater und Mutter zu ehren.

Seid Ihr Streikbrecher?

Wenn die Staatsanwaltschaft einen Streikbrecher für beleidigt hält, dann klagt sie den vermeintlichen Beleidiger im öffentlichen Interesse an, während anderen Leuten, wenn sie sich

beleidigt fühlen, gemeinhin nur der Weg der Privatklage offen steht. Das seine Gefühl, welches die Staatsanwaltschaft für die Ehre von Arbeitswilligen hat, brachte den Schmied Elöner gestern auf die Anklagebank des Schöffengerichts Berlin-Tempelhof. Elöner traf während des Schmiedestreiks mit dem Schmiedemeister Buhl in Tempelhof zusammen, als dieser einen seiner arbeitswilligen Gesellen schließend nach Hause geleitete. Nach Angabe des Schmiedemeisters Buhl ist der Angeklagte an ihn herangetreten mit der Frage: „Streikt Ihr auch?“ Buhl wies den Angeklagten ab mit den Worten: „Das geht Sie gar nichts an.“ Darauf soll der Angeklagte zu dem Meister und seinem Arbeitswilligen gesagt haben: „Ihr Streikbrecher!“ — Lediglich diese zwei Worte sind es, welche der Staatsanwaltschaft Veranlassung gaben, im öffentlichen Interesse gegen Elöner die Beleidigungssklage zu erheben. — Der Begleiter Buhl, der arbeitswillige Schmiedegeselle Szenkowski, stellt die Sache im Gegensatz zu seinem Meister sogar ganz harmlos dar. Seiner Erinnerung nach hat der Angeklagte nur gesagt: „Seid Ihr Streikbrecher?“ Das würde auch, wie Rechtsanwalt Dr. Oskar Gahn als Verteidiger ausführte, der Situation entsprechen, denn anscheinend hat der Angeklagte die ihm unbekannt Personen gefragt: „Streikt Ihr auch oder seid Ihr Streikbrecher?“ — Das Gericht folgte der Aussage des Schmiedemeisters und verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 10 M. Nach Ansicht des Gerichts ist der Ruf: „Ihr Streikbrecher“ eine Beleidigung für die so Angeredeten.

Damit ist also wieder einmal gerichtlich festgestellt, daß Streikbruch eine unehrenhafte Handlung ist. Denn sonst könnte doch die Bezeichnung „Streikbrecher“ keine Beleidigung sein. Wie darf aber eine Verurteilung trotz der Wahrheit der als aufgestellt betrachteten Behauptung erfolgen? Eben wegen der Wahrheit. Das verstößt zwar gegen das sittliche Empfinden und gegen den im § 186 des Strafgesetzbuches aufgestellten Grundsatz. Indessen es liegt „im öffentlichen Interesse“.

Auf Kriegsschiff mit der hohen Weiblichkeit

leht der Bierfischhändler Schmolke. Anscheinend fühlt er sich in seiner Berufsschere dadurch getränkt, daß ihn die im Hause beschäftigten Dienstmädchen scherzweise als Heringshändler bezeichnen und sich auch sonst kleine Scherze mit ihm gestatten, zu denen die übermütige weibliche Jugend jungen Männern gegenüber gern bereit zu sein pflegt. Der biedere Bierfischhändler aber verstand diese Scherze so schlecht, daß er die jungen Dienstmädchen mit feindseligen Blicken betrachtete. Als Schmolke einmal ein Wäschebündel die Treppe hinauftrug, begegnete ihm ein schmutzes 16jähriges Dienstmädchen, dessen Erscheinung wohl geeignet ist, einen Mann, der kein Weiberfeind ist, anzuziehen. Schmolke aber rannte das Mädchen an und als sie einige Stufen hinaufsprang, warf er ihr sogar das Wäschebündel nach und rief ihr zu:

„Warte, Du Kack, Du kriegst noch mehr!“ — Der erbitterte Feind holdseliger Mädchen kam infolge dieses Streiches auf die Anklagebank und das Schöffengericht verurteilte ihn gestern wegen Körperverletzung zu 30 M. — Der Richter gab dem Angeklagten den verständigen Rat, er hätte doch die Scherze der Mädchen mit Lachen beantworten und sich dadurch in ein gutes Verhältnis zu ihnen setzen sollen.

Guch bekraste Kritik.

Das Hamburger Schöffengericht verhandelte in zweitägiger Sitzung gegen den Benossen Lehmann, Vorsitzenden der Hamburger Zählstelle des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes, wegen angeblicher Beleidigung der Betriebsleitung der Kafkas-Kompagnie in Wandersleben. L. hatte in einem „Eingefandl“ im „Hamburger Echo“ neben der Organisationsfeindschaft dieses billige Arbeitskräfte liebenden Betriebes mehrere Unsauberkeiten und Mißstände, die dort vorgekommen sein sollen, einer Kritik unterzogen. In der umfangreichen Beweisaufnahme fanden Behauptungen gegen Behauptungen. Unter Beweis wurde gestellt, daß verschiedene Mißstände vorgekommen seien. Die Direktoren erklärten, wenn Unsauberkeiten vorgekommen seien, so seien die Arbeiter dafür verantwortlich; sie hätten nie die Anordnung getroffen, mit Schmutz durchsetzte Abfälle wieder zu verwerten. Obwohl der Beweis für die behaupteten Dinge erbracht wurde, indem mehrere Zeugen unter Eid sie bestätigten, erklärte das Gericht den Wahrheitsbeweis für mangelhaft, weil, wenn solche Sachen vorgekommen sein sollten, nicht die Direktoren, sondern subalterne Vorgesetzte bzw. Arbeiter die Schuld trügen.

Das Urteil lautet auf eine Geldstrafe von — 1200 M. oder sechs Monate Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten. Da der Angeklagte noch unbescholten sei, habe das Gericht „nur“ auf diese Strafe erkannt.

Die Wahl Demonstrationen in Remmünster in Ostpreußen

kamen gestern vor dem Reichsgericht zur Sprache. Das Landgericht Kiel hat am 4. Mai den Arbeiterssekretär Klabosch und neun andere Personen wegen Vergehens gegen § 10 des Vereinsgesetzes, Auf- laufs und Widerstandes, zu Gefängnisstrafen verurteilt. Einzelne Angeklagte sind teilweise freigesprochen worden, andere aber auch wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt worden. — Die Revision kam am Donnerstag vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Von den vielen materiellen und prozessualen Rügen kam nur eine prozessuale Rüge zur Verhandlung, weil diese allein schon zur Aufhebung des Urteils führen mußte. Das war die Lieberlichkeit des Protokolls. Im Protokoll fehlt hinter dem Vordruck „nach Leistung des“ das Wort „Zeugeneides“; bei einem Zeugen steht sogar statt dieses Wortes das Wort „des Angeklagten“. Da nun das Urteil ergibt, daß auf den Aussagen dieses Zeugen, namentlich des Polizeikommissars Gutschmann, das Urteil gegen alle Angeklagten beruhen kann, so kam das Reichsgericht gemäß dem Antrage des Reichsanwalts auf Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.

Empfehle meinen allbekanntesten
Mittagstisch
zu kleinen Preisen; außerdem bei
Vermählungen 1/2 Bier 10 Pf.
Thüringer Würststube
89B* Andreasstr. 61.
Wilhelm Juran.

Lühower Str. 5a
am Rathaus
Nur Sonnabend, Sonntag:
Schweinefleisch, Schulter 70 u. 75 Pf.
Kaneel und h. Rippeper 90 u. 90
Schweinefleisch u. Schutt . . . 85
Schmorfleisch, Kauladen . . . 90 an
Hammelfleisch, Rind . . . 75 u. 80 Pf.
5 Pf. gemahlte Butter . . . 4 u. 5 Pf.

Ofen 2,60 M.
an.
Dauerbrandofen von 5,75 M. an.
Kochmaschinen, Gasöfen (portabil)
Maybach-Ufer 17/19
Wolff,
(Rottbuser Straße)
und Charlottenburg,
Kneesebeckstr. 6/7 (a. Stric).

**Arbeiter- und
Berufskleidung,**
Unterjacken, Hemden,
Winterjoppen
gefüttert, tauchen Sie recht
und billig im
**Roten Laden,
Schöneberg,**
Hauptstraße 108.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, Dresden Str.
Fabrik (ab wird vergütet).

Neue Schriften von Parvus.
Der Staat, die Industrie
und der Sozialismus.
Preis 3 M.
Das soziale Problem
unserer Zeit.
Preis 40 Pf.

Der Sozialismus
und die
soziale Revolution.
Preis 25 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Sie kaufen zu teuer!



wenn Sie Ihre Paletots beim Mass-Schneider mit 100 Mark und mehr bezahlen, oder wenn Sie Ihre Anzüge durch den Zwischenhandel erst aus zweiter und dritter Hand beziehen. Darin gerade besteht meine Leistungsfähigkeit, dass ich meine Konzeption selbst fabriziere. Die grossen Vorteile des direkten Einkaufes aus der Fabrik genießt meine Kundschaft.

**Folgende besonders preiswerte:
Ulster und Paletots**

sind aus modernen Stoffen hergestellt, die ich längst in Forster, Spremberger und Aachener Tuchfabriken sehr billig erstanden habe.

3235	Cheviotstoff	dunkel gestr., m. Kfekt.	15
3138	Doublestoff	dkl. gestr., m. Plaidfutter	18
3996	Waben-Cheviot	grau gestreift . . .	23
3990	Fischgrat-Cheviot	dkl., m. Plaidfutt.	27
3991	Cheviot	meistert, sehr haltbar	27
3926	Diagonal	mit angewebtem Futter . . .	29
3979	Meltonstoff	marengo, sehr haltbar, . .	34
3978	Meltonstoff	reinwollen, meliest	37
3975	Diagonal	zweifarbzig	42
4116	Eskimo	Rautenmuster	45
4011	Waben-Cheviot	reinwollen	48
4059	Ulsterstoff	englisch Rautenmuster . . .	54
4067	Double-Melton	beste Qualität	58

!!Beachten Sie meine 8 Schaufenster!!

Gottlieb Weiss
Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch
u. Kaiser-Friedrichstr.

Wurst Speck Schinken
H. Aufschnitt, Kassler
Schmalz, Margarine, Bouillonwürfel
u. v. a. offeriere zu billigen Tagespreisen
Julius Grunwald
(Voh. K. Hennig)
102. Kottbuser Damm 102.

**Toupets, Locken,
Zöpfe**
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Monats - Garderobe
zu enorm billigen Preisen. Verkauf
neuer Herren- u. Knaben-Gar-
derobe. Anzüge, Paletots nach
Maß von 25 M. an. Gelegenheits-
käufe aller Art enorm billig.
Geht, Petersburger Str. 80, 1.
(Ballenplatz)

Hut-Engrosgeschäft
Alvin Sussmann
parterre 38 Holzmarktstr. 38 parterre
Jeffries- u. Johnson-Formen p. Stück 3.50
Die Hauptschlager der Saison.

Zentral-Markthalle
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Rixdorf, Bergstr. 5.

Schnitt- und Brechbohnen 2 Pfd.-Dose 27 Pf.	Frischob-Marmelade, Eimer (2 Pfd. Inhalt) 78 Pf.
Gemüse-Melange 2 Pfd.-Dose 45 Pf.	Gut Geprüf. Pfd. 10 Pf. Schinken Pfd. 18 Pf.
Jamaika-Bananen Stück 5 Pf.	

Schweinefleisch im Ganzen Pfd. 75 Pf.	Prima Hefe-Maisgänse Pfd. 68 Pf.
Schweinefleisch u. Schutt Pfd. 90 Pf.	Extra große Waldhosen Stück 3,75 M.
Schweinebauch . . . Pfd. 75 Pf.	Hirschfleisch im Ganzen Pfd. 75 Pf. bide Rippe Pfd. 70 Pf. Suppen- und Brathäuer zu den billigsten Preisen.

H. Margarine Pfd. 60-80 Pf.	Hocheine Tafelbutter Pfd. 1.10 M.
Gut lösende Linsen Pfd. 10 Pf.	Bollwetter Tücher . Pfd. 70 Pf.
Marmelade Pfd. 25 Pf.	Blagauer Limburger St. 58 Pf.

Lebende Hechte Pfd. 85-95 Pf.	Celardinen, 1/2 Dose (18 Stück Inhalt) 1.00 M.
Caplan Pfd. 25-30 Pf.	Zensgurken in Glasern, circa 11 Pfd. brutto, a 3,00 M.
Schollen Pfd. 30 Pf.	Hollmüße 30 Stück 1,00 M.

Zwiebel-Beber- und Rotmark Pfd. 45 Pf.	Branschweiger Schladwark (im Feißbarm) Pfd. 1.40 M.
Hollweiner Schladwark Pfd. 1.25 M.	Fetter Speck Pfd. 75 Pf.
Schinkenped . . . Pfd. 1.10 M.	Schle Halberstädter Würstchen 3 Paar 25 Pf.

Kartoffeln.
1000 Zentner Winterrote
so lange der Vorrat reicht, pro Zentner 2,50 M. frei Haus.
Probe gratis!

Wohrrüben . . . 8 Pfd. 10 Pf. | Gütliche Zeit. Rindchen Pfd. 20 Pf.

Gustav Blumenfeld & Co.,

Rixdorf
Berlinerstr. 47-48
gegenüber dem Rathaus

Wir bieten etwas ganz Besonderes!

Um unseren werten Kunden Gelegenheit zu geben, ihre Angehörigen zum Weihnachtsfest mit einer Photographie zu überraschen, verabfolgen wir vom Sonnabend, den 29. Oktober, bis Freitag, den 4. November

Gratis! Photographie-Bons **Gratis!**
Bei einem Einkauf von: Bei einem Einkauf von:

7.50 M. 1/2 Dutzend Visit-Bilder	15 M. 1/2 Dutzend Visit-Bilder	20 M. 1/2 Dutzend Kabinet-Bilder	30 M. 1/2 Dutzend Kabinet-Bilder
--	--	--	--

Trotz dieser Vergünstigung verabfolgen wir

Rixdorfer Rabatt-Marken - Reiche-Spar-Marken. - Eigenes Sparsystem mit Extra-Bar-Prämie.



Schaustellungsplatz Alt-Boxhagen.

Größter Vergnügungspark des Ostens.

Neu! **Das Teufelsrad.** Neu!

Wird nach laden!

Mechanische Ausstellung. Automobil-Karussell.

Neu! **Die Teufelsmühle** Neu!

und noch ca. 30 große Schaustellungen am Platze. fünf Dampfmaschinen sorgen für elegante und fernhaltige Beleuchtung.

Auf Kredit!

Auf Kredit!

40, Berliner Str. 40, Ecke Münchener Str.

40, Berliner Str., Rixdorf, Berliner Str. 40.

Möbel

Betten

Sofas, Kinderwagen

komplette Einrichtungen

Anzüge

für Herren und Knaben

Damen-Konfektion

in riesiger Auswahl auf
Kredit

Wilhelm Schulze

RIXDORF

40, Berliner Straße 40, 1 Treppe,
Ecke Münchener Straße.

Saal mit Bühne, 300 Personen fassend, ist noch
Silvester und Neujahr frei.
an einigen Sonnabenden sowie
Gr. Frankfurter Str. 30.

Ulster und Paletots

von M. 15.- bis M. 45.-

Joppen von M. 7.- bis M. 24.-

Nur eigene
Anfertigung.

Reelles christliches
Geschäft.

Adolf Raltzig, Frankfurter Allee 107.

Bei Einkauf von **M. 5.-** an
1 Los gratis.

Roter Laden Charlottenburg
Kaiser-Friedrichstr. 45b

Arbeiter- und Berufskleidung.
Gelegenheitsposten in Hosen, Joppen, Anzügen, Paletots.
Bei Einkauf von Mark 5.00 an ein Los gratis.

Wäsche, eigenes Fabrikat

Trikotagen

Schneiderartikel

Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25
Ecke Samariterstraße.



Größtes
Kinderyarderohen-Spezialhaus
des Ostens.

Enorme Auswahl in
Mädchenmänteln und Jacketts,
Knabenpaletots und Pyjacks,
Eisbärmänteln und Saccos,
Samt- und Manchester-Mänteln

Mäntel und
Jacketts zu
Pelzgarnituren, Hüthen, Kappen, Mützen

konkurrenzlos billigen Preisen

C. & A. Wendt,
BERLIN NO., 118. Große Frankfurter Str. 118.

Spezial-Geschäft
Wäsche-Golde

119 Große Frankfurter Str. 119.

Betten. Bekannt gute Waren. Prima Näherol. Billigste Preise. Bettfedern. Eigene Fabrikate.

H. Joseph & Co.

Berliner Str. 54-55 : **RIXDORF** : Ecke Jägerstraße.

Extra-Angebot in Lebensmitteln

Sonnabend

So lange Vorrat reicht

Sonnabend

Landleberwurst	Pfd.	90
Feine Leberwurst	Pfd.	1.00
Knoblauchwurst	Pfd.	1.15
Pommersche Teewurst	Pfd.	1.10
Thür. Cervelatwurst	Pfd.	1.30
Fleischwurst	Pfd.	75

Gemüse, Erbsen	1/2 Dose	20
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose	43
Stangen-Spargel	1/2 Dose	1.10

Schweizer Käse	Pfd.	90
Romadour-Käse	Stück	30
Harzer Käse	5 Stück	10
Spitzkäse	3 Stück	23
Tilsiter Käse	Pfd.	75

Schinkenspeck Pfd. 1.05

Stangen-Spargel 1/2 Dose 1.10

Feinste Tafelmargarine Pfd. 65

Oderbrucher Fettgänse Pfd. 65

Feiner Zucker Pfd. 21

Cacao Pfund 75

Bruchchocolade Pfund 68

Fleisch: Prima Ochsenfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch zu billigsten Tagespreisen.

Casseler Rippespeer Pfund 80

Citronen Dutzend 35 — **Blumenkohl** Kopf 20 — **Aepfel** Pfund 10 — **Birnen** Pfund 15

Im Erfrischungsraum: 1 Tasse Kaffee und Kuchen mit Schlagsahne 15 — 1 Bockwurst mit Salat 15.